# UNZERTRENNLICH

Autonomes Blatt

NR. 9

sommer 88

2.50 Mark

sieht sich ja ganz hübsch an.diese neue nummer,und ein gutteil der artikel beinhaltet sogar eine -immer wieder geforderte und zu selten eingehaltene- tiefergehende bearbeitung wichtiger themen der autonomen debatte.geht's aufwärts?
der schein trügt - und zwar gründlichst!
das projekt unzertrennlich steht -zum zweiten mal in ihrer kurzen geschichte- vor der möglichen auflösung.anstrengende konzeptdiskussionen und z.t. mühselige artikelbearbeitungen haben unsere widersprüche und grundprobleme nicht auflösen können.im gegenteil,sie wirk(t)en chronisch und haben sich eher verschärft: die ansprüche auf "gute zeitung" gegen das "nur-einlassen" auf die redaktionsarbeit als "hauptnebensache" (neben bzw. nach unseren lokalen/regionalen aktivitäten),die inhaltliche heterogenität gegen die "liberale" redaktionsgruppenautonomie...wir hatten dazu in den letzten vorwörtern ja einiges geschrieben.
wie auch immer: zwei weitere gruppen sind deshalb ausgestiegen und die löcher kann der rest beim besten willen nicht stopfen.schon von jeher stützte sich die unzertrennlich auf maximal eine handvoll und damit zu wenige redaktionsgruppen.
eine"durchschlagende" ausweitung ist niemals gelungen.die in autonomen kreisen anerkannte,zumindest selten bestrittene notwendigkeit eines überregionalen,regelmäßigen diskussionsforums fand bisher keine entsprechende strukturelle umsetzung.mit den neuen ausstiegen bricht das dem projekt unzertrennlich höchstwahrscheinlich das genick.
"lieber ein ende mit schrecken als ein schrecken ohne ende", sagen die einen, "wir wollen auf alle fälle irgendwie weitermachen",sagen die anderen... warten wir ab!
wir haben uns jetzt erstmal auf folgendes vorgehen geeinigt:
- zwangspause bis ende dieses jahres
- im nov. oder dez. wird noch mindestens eine nummer herauskommen
- bis dahin müßte sich eine stabile struktur (mit mindestens fünf verbindlichen redaktionsgruppen) entwickelt haben,ansonsten wird das projekt (auf unbefristete zeit) eingestellt..

soweit,so schlecht.
jetzt zur vorliegenden nummer:

in der nummer 5 vom mai 87 stand ein unzertrennlich-schwerpunkt unter der überschrift "datenangriff, prävention".
im schatten der volkszählungskampagne hatten wir damals versucht, die gesamte "reichweite des sozialpolitischen datenangriffs anzureißen". die artikel sollten - an diesem von uns als "strategisch" eingeschätzten thema - den beginn einer gründlicheren bearbeitung markieren. wie so oft kamen wir auch hier über den (doch gelungenen) anfang nicht hinaus, das thema lag wieder brach - bis jetzt.
eine gruppe aus dem ruhrgebiet hat uns einen längeren text zum "neuen schub in der gesundheits- und sozialverwaltung" zukommen lassen, den wir vollständig abdrucken.

"zur bedeutung revolutionärer gewalt und politischer organisation" ist ein weiterer artikel, der uns - diesmal aus unbekannter quelle - erreicht hat. wesentliche fragen der militanz- und organisierungsdebatte werden in diesem beitrag angesprochen... und... konsequenzen gefordert...

ein früherer unzertrennlich artikel zu vergewaltigung in der scene(in bielefeld) hatte doch einige diskussionen ausgelöst. in den letzten ausgaben war dieser ansatz dann in eine "allgemeinere",prinzipiellere patriarchatsdiskussion übergegangen. diesmal haben wir wieder einen artikel abgedruckt,der zum ausgangspunkt zurückführt:der frage nach unserem,weiblichem und männlichem umgehen mit vergewaltigung in der autonomen linken,dem konkreten verhalten dazu.ständig weitere "neue fälle" erhalten den fragen ihre (traurigtypische) aktualität...

die startbahnfolgeartikel gehen in dieser ausgabe in verschiedene richtungen:zum einen einige eindrücke vom auslieferungsprozeß gegen frank in amsterdam
zum anderen haben wir zur kapitalstruktur in rhein-main einen längeren beitrag abgedruckt.darin wird einerseits die bankenorientierte cityplanung in frankfurt dargestellt;für nicht rhein-mainler im einzelnen detail eventuell etwas schwer nachvollziehbar,aber in der gesamtaussage doch klar verständlich,wie wir meinen. andererseits greift der artikel den flughafen von seiner ökonomischen bedeutung her auf.wohl zu recht wird einleitend behauptet,daß die repressionswelle in der region auch vor dem hintergrund dieses strategischen stellenwertes des flughafens gesehen werden muß: weitestgehende ruhe zu erzwingen für die dem anhaltenden luftfahrtboom entsprechenden ausbauplanungenam airport selbst und für die umstrukturierungen in der region...
schließlich hat auch die hier ausgebreite knastdiskussion ihren (letzten) kick über die startbahnereignisse bekommen, über die verstärkte konfrontation mit verhaftungen und womöglich langfristigen haftstrafen.
sicherlich bleibt es wichtig (und hier unerfüllt),"ganz nahe" an den startbahnereignissen die diskussion um unsere strukturen,verrat und militanz.. weiterzuführen.nicht zuletzt für die anstehenden prozesse sind unmittelbare einschätzungen,konkrete verhaltenskritik und aktionsvorschläge gefragt.diesbezüglich verweisen wir auf die neue nummer (3) des rhein-main-infos.

INHALT:


| | SEITE |
|---|---|
| einleitung | |
| freiräume oder alpträume - frauenalltag in der autonomen szene | 3 |
| autonome und knast - spannungsverhältnis - gespanntes verhältnis - spannendes verhältnis | 4 |
| autonomer knastkampf!? | 9 |
| eindrücke vom auslieferungsprozeß gegen frank | 9 |
| autonome und die forderung nach zusammenlegung - ein widerspruch? | 10 |
| kapitalstruktur/imperialistische zurichtung in rhein-main | 12 |
| die ganz normale datenherrschaft - neuer schub in der gesundheits- und sozialverwaltung | 18 |
| zur bedeutung revolutionärer gewalt und politischer organisation | 21 |
| eg-politik im trikont | 24 |
| sprengel verteidigen ... | 32 |
| kampf dem iwf-kongreß !!!!! | 36 |

aber für nicht weniger notwendig halten wir die ausweitung der auseinandersetzungen in die genannten bereiche.und gerade zum knastkampf ist die (wieder-)eröffnung einer lebendigen debatte längst überfällig.bei der hier dokumentierten spannbreite der positionen (von der zustimmung/ weiterentwicklung der zusammenlegung bis zu deren ablehnung als blockierung sozialrevolutionärer knastkampfperspektiven) soll doch eins vorweg nochmals betont werden:es geht uns (mit der debatte) um nichts geringeres (hört,hört!) als die entwicklung revolutionärer gegenmacht, drinnen wie draußen.über "die wege zum erfolg" wollen und müssen wir streiten. unsere gemeinsame,jeweils sicherlich genauer zu bestimmende abgrenzungslinie läuft zu jedweder reformistischen befriedungsstrategie,draußen wie drinnen.insofern sind amnestievorstöße àla pohrt,vollmer oder -wie jüngst- jünschke für uns kein thema. letzterem sei zu sagen,daß es jedem/r gefangenen/m offensteht,den kampf aufzugeben und zu kapitulieren. aber aus dieser individuellen handlung sich erfahrungsträchtig gebende,politische befriedungsweisheiten zu zimmern, ist und bleibt politischer verrat.auf der grundlage dieses abschwörens kann und wird für uns keine diskussion ablaufen. vielmehr sind diese vorstöße als reformistisches spielbein neben dem repressiven standbein zu begreifen,als teile ein und desselben einbindungs- und zerstörungssystems.
davon ausgehend hoffen wir,daß die folgenden,sich streitenden beiträge (richtige) fragen und (wichtigen) zündstoff in sich tragen,um die (knast-)debatte (vor-)anzutreiben,und,nicht als "irgendwelche artikel" in der (wiedermal vor-) letzten ausgabe dieser autonomen zeitung abgeheftet zu werden.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# FRAUENALLTAG IN DER AUTONOMEN SZENE

# freiräume oder ALPTRÄUME

vergewaltigungen in hamburg und in der hafenstraße,in der bielefelder scene,in berlin während der unruhen am 1.mai '87,in essen,in duisburg,in hanau vergewaltigungsversuch im besetzten haus... . frau erfährt oft ganz nebenbei,zufällig,manchmal erst nach monaten oder jahren,daß "da was war".
in letzter zeit vermehren sich die informationen und diskussionen.vergewaltigung in der scene wird langsam (endlich?) zum thema,auseinandersetzungen darüber in frauen- und männergruppen,aber auch in gemischten zusammenhängen häufen sich.auf vergewaltigungen und vergewaltiger wird (mehr oder weniger und in unterschiedlicher form) öfter reagiert.
klar ist,daß die gefahr,vergewaltigt zu werden,zum alltag von frauen gehört.wir haben,mehr oder weniger stark,ängste,allein abends irgendwo rumzulaufen,nehmen unser "deo" (gas-spray) mit,sind unsicher,angespannt,wachsam und trainieren selbstverteidigung.
aber vergewaltigung in der scene war für uns in hanau kein thema, bis sich die infos häuften,bis in hanau selbst "was passierte".in unseren diskussionen darüber wurde uns klar,wie wichtig öffentlichkeit,d.h. weiterverbreitung des geschehenen und eine diskussion über gemeinsame reaktionen und verhaltensweisen gegenüber vergewaltigern,über schutz und hilfe für die frauen ist.aber auch,wie schwierig es ist,das zu erreichen.

jede betroffene hat in unterschiedlicher form probleme,damit umzugehen,darüber zu reden,auch mit vertrauenspersonen.für die betroffene ist es in den meisten fällen sicherlich unmöglich,eine form von öffentlichkeit in der scene zu schaffen.trotzdem ist gerade die information über den angriff wichtig, vielleicht könnten/ sollten das jeweils die informierten vertrauenspersonen übernehmen(in absprache und mit einverständnis der betroffenen).daß das bisher so selten oder oft erst lange nach der vergewaltigung geschah,liegt an den berechtigten bedenken und ängsten, das thema anzuschneiden (darüber spricht man?nicht !?).
ist frau glaubhaft oder beginnen peinliche fragungen? wird die situation ernstgenommen? wie reagieren frauen und auch männer im umkreis? wie steht es mit der frauensolidarität,wie wichtig nehmen frauen die informationen, die notwendigkeit zu reagieren? wie weit sind wir alle überhaupt zu gemeinsamen reaktionen fähig?

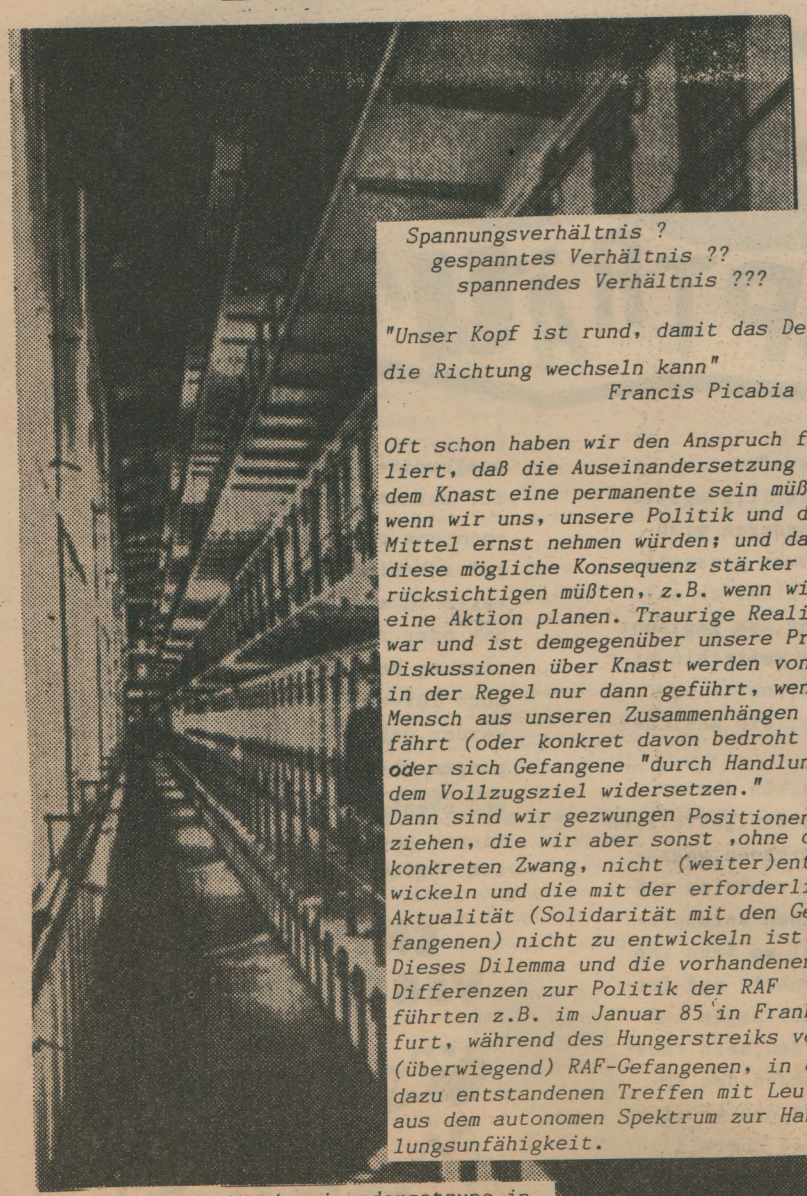
als in frankfurt in einem besetzten haus ein bekannter berliner vergewaltiger auftauchte und mehrere frauen ihn rauswarfen,war die reaktion einiger frauen einfach nichtverhalten oder ungläubiges staunen -"was,der?"-,einiger männer solidarität mit dem vergewaltiger -"die sind doch verrückt!". als der vergewaltigungsversuch in einem besetzten haus in hanau monate später erst in hanau selbst bekannt wurde,lange nach dem rausschmiß des typen aus anderen !! gründen,gab es zwar diskussionen, aber auch wir waren nicht fähig, den typ mal anzumachen,zur rede zu stellen.

ein grund für die unfähigkeit zur reaktion,zu gemeinsamem handeln, ist sicherlich die tatsache,daß die vorgänge selbst oft unklar sind,daß die infos eher als gerüchte rüberkommen,daß fast immer unsicherheiten über den wahrheitsgehalt solcher vagen gerüchte und aussagen aus 2ter und 3ter hand bestehen.andererseits ist klar,daß vermeintliche spitzel und verräter auf selbst vage aussagen hin schon oft genug angemacht,ausgequetscht,rausgeworfen wurden.
liegt das an der unterschiedlichen wertung von verrat und vergewaltigung? fühlt sich,wenn überhaupt, sowieso nur "die eine hälfte des himmels" angesprochen? liegt es auch am "nicht-glauben-wollen", daß "so was" unter uns geschieht oder was steckt sonst dahinter? wie gehen wir außerdem damit um, wenn der typ die tat von sich weist,behauptet,daß alles ganz anders war? wie ist tatsache und gerüchteküche (sicherlich überall so phantasievoll wie in hanau)zu unterscheiden,wenn frau (und auch mann) die personen oder eine davon nicht persönlich kennt? trauen wir dem typen eher die tat zu, oder der frau eine falsche aussage?wer ist vertrauenswürdiger? der typ,den frau seit jahren kennt, mit dem sie vielleicht in politischen und privaten zusammenhängen steckt,der typ,der mit frau "gegen (fast!) jede art der unterdrückung" kämpft,soll eine frau vergewaltigt haben? eine frau aus "unseren kreisen" soll die tat nur erfunden haben? beides ist schwer vorstellbar.wir selbst tendieren dazu,einer frau zu glauben,-eine vergewaltigungsstory aus rache oder anderen gründen ist für uns schwer vorstellbar und sicherlich ziemlich selten.die entscheidung,wem geglaubt wird,bleibt für uns weiterhin eine gefühlsmäßige,personen- und situationsabhängige; die unsicherheiten bleiben.
wichtig ist für uns,von dieser auch bei uns selbst festgestellten unfähigkeit zu reaktionen wegzukommen.die mindeste reaktion müßte doch sein,den typen anzusprechen,anzumachen,egal wo frau ihn trifft.seine anwesenheit auf festen,treffen,veranstaltungen muß problematisiert werden,sein rausschmiß gefordert werden.dem typen soll klar werden,daß er nicht so einfach wie vorher überall auftreten,mitmachen,mitreden kann, auch nicht an anderen orten,in anderen zusammenhängen.
berechtigt und verständlich finden wir auch "bestrafungsaktionen" wie sie z.b. in hamburg gelaufen sind.ein vergewaltiger ist ein brutales schwein,das auf mieseste art versucht,macht über frauen auszuüben.wenn die reaktionen auf solch ein schwein z.b. darin bestehen,daß sich frauen zusammentun,um dem kerl einen "denkzettel" (auch körperlich!) zu verpassen, ist das erst mal für uns okay. selten genug,daß sich frauen zur wehr setzen!
versuche,andere frauen,auch in anderen orten,vor dem vergewaltiger zu warnen,sind wichtig und richtig,auch wenn das z.b. durch anzeigen in zeitungen ("achtung, x hat in y frau vergewaltigt bzw. zu vergewaltigen versucht") oder ähnlich wie in hamburg durch informationsplakate oder -flugis geschieht.wir sind nicht,wie z.b. "anagan" der meinung,daß solche infos "steckbriefe" sind,daß die typen unverhältnismäßig krass gebrandmarkt sind.für uns stehen informationen und warnung anderer frauen im vordergrund,und wir sehen in solchen anzeigen und zetteln eine möglichkeit.für die verbreitung von infos über solche angriffe müssen alle möglichkeiten genutzt werden bzw. neue geschaffen werden.bestehende kontakte zwischen frauen/-gruppen,auch städteübergreifend,müssen benutzt und ausgeweitet werden.ebenso wie für anstehende räumungen,x-tage, spontane oder geplante reaktionen auf schweinereien von "oben" kontakte zu anderen städten und gruppen oder rundruflisten zur aktivierung benutzt werden,müßte es auch für uns selbstverständlich werden,daß infos über vergewaltigungen "brühwarm" weitergegeben und eventuell gemeinsame reaktions- und verhaltensmöglichkeiten abgesprochen werden.ein aus-

## ENTWAFFNET VERGEWALTIGER

tausch über verhalten und/oder reaktion (z.b. durch antworten auf diesen artikel,besser noch durch treffen und gespräche untereinander)muß verstärkt werden,um unsicherheiten abzubauen.
ein versuch,für hanau solche strukturen zu schaffen,soll für uns ein regelmäßiges frauencafe im besetzten haus sein.unsere zielvorstellung dabei ist näheres kennenlernen,aber auch gespräche z.b. über probleme von verhältnissen in gemischten gruppen,in beziehungen bis hin zu vergewaltigungen und reaktion.eine zusätzliche idee ist, eine art briefkasten aufzuhängen bzw. hinzustellen.damit soll frauen,die vergewaltigt wurden oder von vergewaltigungen erfahren haben,die möglichkeit gegeben werden,infos weiterzugeben,ohne direkt darüber reden zu müssen,was vielleicht noch(?) schwer fällt. zudem kann eine regelmäßige einrichtung wie das frauencafe auch gleichzeitig anlaufpunkt für frauen aus anderen städten sein,eine möglichkeit,infos rüberzubringen, ohne einzelne frauen abklappern zu müssen.

# Autonome und Knast



Spannungsverhältnis ?
gespanntes Verhältnis ??
spannendes Verhältnis ???

"Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann"
Francis Picabia

Oft schon haben wir den Anspruch formuliert, daß die Auseinandersetzung mit dem Knast eine permanente sein müßte, wenn wir uns, unsere Politik und deren Mittel ernst nehmen würden; und daß wir diese mögliche Konsequenz stärker berücksichtigen müßten, z.B. wenn wir eine Aktion planen. Traurige Realität war und ist demgegenüber unsere Praxis. Diskussionen über Knast werden von uns in der Regel nur dann geführt, wenn ein Mensch aus unseren Zusammenhängen einfährt (oder konkret davon bedroht ist) oder sich Gefangene "durch Handlungen dem Vollzugsziel widersetzen."
Dann sind wir gezwungen Positionen zu beziehen, die wir aber sonst ,ohne den konkreten Zwang, nicht (weiter)entwickeln und die mit der erforderlichen Aktualität (Solidarität mit den Gefangenen) nicht zu entwickeln ist. Dieses Dilemma und die vorhandenen Differenzen zur Politik der RAF führten z.B. im Januar 85 in Frankfurt, während des Hungerstreiks von (überwiegend) RAF-Gefangenen, in einem dazu entstandenen Treffen mit Leuten aus dem autonomen Spektrum zur Handlungsunfähigkeit.

So zieht sich die Auseinandersetzung in mühsamen Etappen von einem Anlaß über Jahre hinweg zum nächsten, ohne daß Entscheidendes geklärt wird. Dabei können wir nach einer gewissen Zeit natürlich nicht mehr dort anknüpfen, wo wir das Mal davor aufgehört haben, da solche Auseinandersetzungen in den seltensten Fällen in schriftlicher Form festgehalten oder geführt werden.So ist es verdammt schwierig aus unserer Geschichte zu lernen auch wenn diese noch jung ist.
Auch dieser Artikel ist, zumindest als Teilstück, schon 86 als Diskussionsbeitrag in einer Prozeßgruppe zu den Rüsselsheimer 129a Verfahren in Vorbereitung gewesen.Aber dann war der Prozeß vorrüber, er ist auch noch relativ "glimpflich" mit Bewährungsstrafen ausgegangen, und mit dem konkreten Anlaß schwanden auch die "kühnen " Planungen. Das übliche Springen von einem Punkt zum nächsten ließ alles in der Versenkung verschwinden.
Aus (vor)gegebenen Anläßen erhielt er alledings erneute ,wenn auch traurige, Aktualität und rückte den Bereich Knast wieder mal ins engere Blickfeld: Die einsetzende Repressionswelle nach dem 2.11.87 im Rhein-Main Gebiet und die Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penselin nach den Hausduchsuchungen vom 18.12.87.
Nachfolgend sollen 4 Bereiche erörtert werden:
1)Was sind mögliche Ursachen für das Fehlen einer entwickelten autonomen Position zu Knast, dem Überleben darin und den "Möglichkeiten" politischen Handelns
2)Schwierigkeiten des Verfassers mit der Zusammenlegungsforderung von RAF und Antiimps
3)Darstellung einer autonomen Position zu Knast in Fragmenten
4)Plötzensee und Waiterstadt als Modelle der zukünftigen Knäste

zul) Wenn wir zum Anfang der 70er Jahre zurückblicken, werden wir feststellen, daß es damals besser bestellt war mit der Knastpolitik der radikalen Linken in der BRD. Dies erklärt sich aus der noch vorhandenen Stärke der Apo insgesamt, auch wenn sich Zersplitterungstendenzen schon abzeichneten. Die Bereitschaft, eine radikale Politik und auch deren militanten Mittel als Möglichkeit umfassender Veränderung zu sehen oder zu unterstützen, war in der Linken wesentlich mehr verankert.
Die Erfahrung, den Bereich Knast mit in politische Arbeit einzubeziehen , war für die Apo eine Neue und geprägt von der Notwendigkeit, Menschen, die aufgrund politischer Aktionen eingesperrt wurden, weiterhin zu unterstützen.
1969 gab es die ersten Gefangenen aus den Reihen der Apo, die wegen Teilnahme an einer Demonstration, Haus- oder Landfriedensbruch "einsitzen" mußten.
Ab 1970 wurden die Roten Hilfen gegründet, als Gruppen mit regional unterschiedlichen Positionen, die politische Gefangene unterstützen wollten; allerdings sahen sie ihre auf Repression bezogene Arbeit nur als einen Teil eines umfassenderen revolutionären Konzepts. Wurden sie am Anfang von fast allen Teilen der Linken als geeignetes Gremium zur Unterstützung der Gefangenen angesehen, kam es bald zu Auseinandersetzungen und Streits, die dann zur Gründung der Schwarzen Hilfen, Rote Hilfen e.V.`s, des Gefangenenrats und der Kommitees gegen die Isolationshaft geführt haben. Diese Aufteilung gibt die Fraktionierung in der politischen Organisierung wieder und die unterschiedlichen Gruppen unterstützten mit verschiedenen Ansätzen und Selbstverständnissen nur noch Gefangene "ihrer" Richtung. Die Schwarzen Hilfen, die von Leuten aus dem Umfeld des 2.Juni gegründet wurden, waren in der Zusammensetzung klarer bestimmt von anarchist. Gruppen, denen die Ablehnung der Politik der RAF gemeinsam war; sie lehnten überhaupt die Unterscheidung von politischen und "nicht politischen"/sozialen Gefangenen ab. In den Roten Hilfen war dies (je nach Region) unterschiedlich, da sie in ihrer Zusammensetzung weniger einheitlich waren. Teilweise bezogen sie sich nur auf politische Gefangene und einige nur auf RAF-Gefangene.
Die Roten Hilfen e.V.`s u.ä. waren lediglich Unterorganisationen von K-Gruppen und benutzten die Gefangenen zu deren Propagandazwecken; sie haben insgesamt sehr wenig Einfluß gehabt.
1973 entstanden auf Initiative von RAF-Gefangenen und deren Anwälten die Kommitees gegen die Isolationshaft, die die drohende Vernichtung der RAF-Gefangenen durch den Staat öffentlich machen und damit einen gewissen Schutz für diese erreichen wollten. Etwas später entstand der Gefangenenrat, welcher sich in seiner Arbeit auf das Lumpenproletariat bezog und damit die Randgruppenstrategie weiterführte; er warf denen, die den Gang durch die Institutionen absolvierten den Verrat an den Lumpen vor, da sie nun als SozialarbeiterIn/Psycholog(e)In mithalfen jene ruhigzustellen.
Untereinander , aber auch innerhalb vieler Gruppen, kam es zu andauernden Streits, welche Forderungen zu stellen seien, die den Knastkampf voranbringen könnten.
Immer in der Gefahr zwischen den internen Auseinandersetzungen und der von außen drohenden Kriminalisierung zerrieben zu werden, schafften es die Roten und Schwarzen Hilfen 1974, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, in Berlin, Frankfurt oder München bis zu 2000 Leuten zu Veranstaltungen zu mobilisieren. Bei solch einer, aus heutiger Sicht unvorstellbar hoch erscheinen Anzahl von BesucherInnen muß mensch dazu sagen, daß Mitte der 70er , aufgrund der Erfahrungen des außerparlamentarischen Widerstands, noch eine große Hoffnung auf revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorhanden war. Diese schwand allerdings kontinuierlich und die Kriminalisierung tat ihr übriges, so daß die vom Staat verlangte Distanzierung von jeglicher militanten Politik nach 1977 in weiten Teilen der Linken massiv vollzogen wurde,
sahen viele darin eine Möglichkeit das Trauma des deutschen Herbstes zu überwinden.Als Reaktion auf die Zersplitterung und Zerschlagung des Widerstands entstanden eine sich immer weiter entpolitisierende Alternativbewegung und die Grünen. Die weitestgehend zerfallenen Knastgruppen waren dann Ende der 70er Jahre kaum mehr in der Lage noch eigene Infos rauszugeben und Artikel über Knast und Gefangene wurden in der Alternativpresse zunehmend rausgekickt, so daß nicht einmal mehr eine gewisse Öffentlichkeit gewährleistet war.
Von diesen Zerfallszuständen bis heute haben nur die Antiimps kontinuierlich den Bereich Knast als Teil ihrer pol. Arbeit behalten, und nachdem es die Institution der Kommitees nicht mehr gab,die Gefangenen der RAF und des antiimperialistischen Widerstands unterstützt.Dies war für sie auch immer mehr eine existentielle Notwendigkeit, da viele ihrer GenossInnen auf Jahre eingekerkert sind und sie bei ihrer pol. Arbeit am schärfsten mit der Repression konfrontiert waren.
Auf Seiten der Autonomen ist da eher eine "spontane Leichtigkeit" zu bemerken , die auszudrücken scheint, mit "solchen Problemen " hat mensch höchstens zeitweise etwas zu tun (in der Regel erst dann wenn es zu spät ist).
Wie fatal diese Einstellung ist , zeigt sich deutlich an der zunehmenden Anzahl von 129a Verfahren auch gegen autonome Gruppen in den letzten Jahren; spätestens jetzt müßte deutlich werden , daß eine verschärfte Repression, die sich früher noch vorwiegend gegen RAF und Antiimps richtete, sich ausweitet auf alle, die sich gegen das Modell Deutschland auflehnen.Für das an diesem Punkt schwach entwickelte Bewußtsein sind wohl mehrere Faktoren maßgebend: Wir waren nie mit so vielen Gefangenen aus unserem Spektrum "belastet". Aus diesem Grund und weil es natürlich auch ein "angenehmerer" Weg ist,haben wir die Verdrängung dieser "unangenehmen Konsequenz" vorgezogen. Dazu kommt vielleicht die Hoffnung, daß Aktionen, die aus dem Zusammenhang von Bewegungen entstehen und von relativ vielen Menschen getragen werden oder zumindest positiv aufgenommen werden, für den Staat schwerer zu kriminalisieren seien. Hinzu kommt eine gewisse Naivität, die wir bei der Planung von Aktionen desöfteren pflegen: Was dreimal, wenn auch mit etwas Glück , gutgegangen ist, wird auch beim x-ten Mal schon nicht schief gehen.Falls dann Leute von uns verhaftet werden kommt es aus fehlender klarer Position zu kurzsichtigen Entscheidungen; so werden dann Überlegungen für eine Unschuldskampagne angestellt, es bleibt länger unklar, ob und wie eine Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden soll, weil mensch nicht weiß ,ob es überhaupt gewünscht wird; oder innerhalb der Mauern wird überlegt, vielleicht lieber keinen Kontakt zu politischen Menschen oder Institutionen aufzunehmen, aus der Angst heraus, daß dies gegen eine(n) verwendet werden könnte.
Alles Schwierigkeiten, die eine eh knifflige Unterstützungsarbeit ungemein erschweren.

In den letzten Jahren gab es nur wenige Gefangene, die sich auf autonome Politik bezogen haben und dementsprechend wenige Äusserungen oder Aktionen im Knast, die zumindest eine Nähe dazu erkennen ließen. Hier 3 eher willkürliche Beispiele:
-Der Hungerstreik von Klaus Viehmann (2.Juni) und 5 anderen Gefangenen im Mai 84 im Bielefelder Trakt. Sie forderten u.a. die Abschaffung der Trakte und erreichten ihre Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt.
-Der im Oktober 85 durchgeführte Hungerstreik von 4 Gefangenen aus dem Freiburger Knast, die ihre Verlegung von der "geschlossenen Abteilung" forderten, und die von einer Anzahl von Menschen außerhalb des Knastes durch eine Dachbesteigung des nahegelegenen Finazamtes unterstützt wurden.
-Gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in einem "Reformknast" richtete sich u.a. ein Hungerstreik von 8 Frauen in Berlin/Plötzensee im August 87.
Dies sind Aktionen, die zu verschiedener Zeit an verschiedenen Orten der BRD stattfanden; sie hatten zwar die Gemeinsamkeit, sich gegen Sonderbehandlung im Knast zu richten, aber sie haben sich nicht aufeinander bezogen und konnten dies auch nicht, da die zeitliche und örtliche Trennung eine mögliche gemeinsame Diskussion ausschloß und es keine Gefangenenbewegung in der BRD gibt, die einen möglichen Rahmen zumindest erleichtern könnte herzustellen. Gemeinsam war ihnen noch, daß sich Autonome an allen 3en an Öffentlichkeitsaktionen beteiligt haben; Anstöße für eine weitergehende Diskussion konnten sie dabei nicht liefern, da ihnen klare Positionen fehlen.

zu2) Eine über Jahre nahezu unverändert gebliebene Zusammenlegungskampagne von RAF und Antiimps erhält demgegenüber natürlich eine gewisse Anziehungskraft und wird teilweise (mehr oder weniger) kritisch auch von Autonomen übernommen. Hier sei in Kürze versucht, ihre Entstehung zu beschreiben.
Am 13.9.74 nutzte Ulricke Meinhof den zu der Zeit laufenden Baderbefreiungsprozeß in Berlin als Forum, um einen beginnenden Hungerstreik und dessen Forderungen bekanntzugeben. Diese wandten sich "gegen Sonderbehandlung und gegen die Vernichtungshaft an politischen Gefangenen in der BRD."
Verknüpft mit den Forderungen wurde das "Provisorische Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter" aufgestellt, aus dem die folgenden 14 Punkte sind:
1. freie selbstorganisation der gefangenen
2. tarifgerechte bezahlung, anspruch auf ausbildung und arbeit, betriebsrat und streikrecht
3. rente und krankenversicherung
4. ärztliche versorgung durch nicht-beamtete ärzte in krankenhäusern draußen, freie arztwahl
5. selbstverwaltung durch wählbarkeit in alle funktionen
6. unbeschränkte besuchsfreiheit-ohne bewachung
7. versammlungsfreiheit ohne bewachung
8. abschaffung des behandlungsvollzugs, jeder sonderbehandlung, der isolation
9. abschaffung des jugendstrafvollzugs
10. gemischte anstalten
11. abschaffung der hausstrafen
12. abschaffung der briefzensur
13. abschaffung der vollzugsmedizin
14. freie politische information aus allen in- und ausländischen publikationen, die auch außerhalb der knäste zugänglich sind
Das Kampfprogramm ist abgedruckt in der Broschüre "Der Kampf gegen die Vernichtungshaft" von den Kommitees gegen die Isolationsfolter (Seite 17-23), in der zwei oder drei Jahre später in Schweden herausgegebenen Textsammlung "Texte der RAF" wird es nicht mehr erwähnt.
Durch den Hungerstreik sollte die Isolation der RAF-Gefangenen durchbrochen werden, um danach mit dem Zusatzprogramm die Debatte um einen allgemeinen Knastkampf zu führen. Es sollte für andere Gefangene Information und Orientierung bieten. Die Strategie war dabei, eine Gleichstellung von RAF-Gefangenen mit anderen zu erreichen. Als sich aber die Aufhebung der Isolation nicht durchsetzen ließ, wurde dieses Ziel aufgegeben und die Anwendung eines Statuts entsprechend den Mindestgarantien der Genfer Konvention gefordert.
Für die Berufung auf die Genfer Konvention waren mehrere Gesichtspunkte maßgebend:
Auf der einen Seite die politische Argumentation der RAF, in der sie die mindestens propagandistische Beteiligung der BRD am US-Vernichtungskrieg gegen das nordvietnamesische Volk betonte.

Die RAF verstand sich als gegen die BRD kriegführende Partei. Bei ihren Anschlägen auf US-Einrichtungen in der BRD begriff sie sich als antiimperialistische Verbündete des Vietcong.
1977 kam es zur Erweiterung der Genfer Konvention, um den Begriff von Guerilla-Gruppen als Kriegsgegner, da in der UNO inzwischen einige frühere Befreiungsbewegungen saßen, die mindestens einen Beobachterstatus einnahmen, aber auch auf Druck einer Anzahl von Ländern des Trikont. Die RAF bezog sich schon immer stark auf Befreiungsbewegungen und erhoffte diese und "fortschrittliche" Staaten in der UNO für sich zu gewinnen, und durch diese z.B. eine Verurteilung der BRD auf internationaler Ebene zu erreichen. Denn, spätestens nach einem Bundesgerichtshofurteil, in dem die zerstörenden Folgen der Isolationshaft als "rechtmäßig" erlärt wurden, stellte sie fest, daß sie sich auf nationales (BRD) "Recht" nicht mehr berufen konnte.

- Die Feststellung, daß sich die Isolationshaftbedingungen der RAF-Gefangenen nicht aufheben ließen.
- Die Überlegung sich auf taktische Forderungen zu einigen, die auch kurzfristig eine realistische Chance auf Durchsetzung ermöglichen sollten; dies vor allem aus der Notwendigkeit heraus, einen Schutz für die RAF-Gefangenen zu organisieren, da erkennbar war, daß der Staat diese vernichten wollte.

Die Forderung nach "interaktionsfähigen Gruppen" (von mind. 15 Leuten) stützte sich dabei auf ein von einem Gericht(!) beauftragtes Gutachten, daß feststellte, das die weitere Verhandlungsfähigkeit der Gefangenen nur gewährleistet sei, wenn die Isolation aufgehoben würde und sie in interaktionsfähigen 15er Gruppen zugelegt würden; denn die bestehende Haft verursache schwerste körperliche und geistig/seelische Schäden. Diese gerichtliche Feststellung nahmen die Gefangenen in ihrer Argumentation auf, da es für den Staat schwerer möglich war sie abzulehnen, wenn es schon gerichtlich festgestellt war, ohne zuzugeben, daß die Vernichtung geplant und beabsichtigt war.

Später entstand dann die Forderung nach Zusammenlegung von RAF-Gefangenen (viel später auch noch einschließ des "antiimperialistischen Widerstands"). Sie ließ sich 1977 für ein paar Monate in Stammheim durchsetzen und es entstand dort im 7.Stock zeitweise ein Zusammenhang von bis zu 10 RAF-Gefangenen, der aber nach der Erschießung Pontos durch ein RAF-Kommando auseinandergerissen wurde. In späteren Jahren bestanden in einigen anderen Knästen nur noch die Kleingruppen von bis zu 4 Personen.
An dieser Forderung wird bis heute starr festgehalten, ohne daß erklärt wird, warum aus einer ursprünglich taktisch verstandenen Forderung eine strategische geworden ist. Schließlich ist sie aus den konkreten Bedingungen der Zeit heraus entstanden und diese haben sich in 10 Jahren sicher geändert. Dies findet sicher seine Parallelen in anderen fehlenden Erklärungen für Brüche und blinde Flecken der RAF, die nicht thematisiert werden.
Heute wird diese Forderung, die aus nachvollziehbaren Erwägungen zum Schutz und Überleben der RAF-Gefangenen entstand, und in diesem Sinne sicher auch heute ihre Berechtigung hat, als revolutionäre Strategie für den Knast und darüber hinaus ausgegeben. Warum dies unsinnig ist und welche Aspekte das außer Betracht läßt soll später noch erklärt werden.

Die Forderung ist somit zu einer Art Grundsatzprogramm von RAF und Antiimps geworden, die letztere bei jeder sich bietenden Gelegenheit, ob es in den Zusammenhang paßt, scheint dabei egal zu sein, einbringen. Dabei wird sie selten politisch begründet und wenn auch oft nur oberflächlich ("...ist die einzige Möglichkeit im Knast Kollektivität zu erreichen...") und nicht dazu gesagt, in welchem Kontext sie steht. So scheint es manchmal, daß sie sich durch ihre Wiederholung selbst erklären und stützen soll. Daß sie dabei auch von Leuten aufgegriffen wird, die dem Kontext der Forderung kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, liegt sicher auch daran, daß sie Kontinuität und Klarheit vorgibt. Ohne entwickelte eigene Position wird dann vielleicht diese Kontinuität an sich schon als Stärke und damit positiv aufgefaßt, ohne zu überlegen, daß es auch eine gewisse Starrheit und einen Mangel an Flexibilität bedeuten kann, wenn eine Forderung über ein Jahrzehnt nicht politisch reflektiert und kaum verändert wird. Oder es wird übersehen, daß die andere Seite der "Klarheit" auch die Eingeschränktheit auf RAF und Antiimpspektrum bedeutet.
Diese Beschränkung ist eine Schwäche, was auch dadurch nicht verändert wird, wenn der letzte der periodisch stattfindenden Hungerstreiks (1984/85) von einer relativ hohen Anschlagswelle begleitet worden ist; denn die Verankerung in der Linken war so niedrig, wie nie zuvor, was sich nicht nur durch ein Abflauen der Bewegung nach dem Hoch 80/81 erklären läßt.
Jenseits des Solidarisierungsdrucks, der während eines Hungerstreiks besteht, sei hier der Versuch unternommen, zu erläutern warum vorher entstehungsgeschichtlich erklärte Forderung nach Zusammenlegung einer sich auch sozialrevolutionär beggreifenden Position entgegensteht.
a) Der Bezug auf die Genfer Konvention ist überholt und aus dem historischen Kontext gelöst falsch
b) Zusammenlegung (ZL) bedeutet Beschränkung und Isolation
c) ZL ist ein "Einlassen auf die Trakte" und die Konzeption der neuen Knäste
d) Die Auswirkungen der (bestehenden) (Klein)Gruppenisolation können auch leicht destruktive sein

zu a) Die Berufung auf die Genfer Konvention bedeutet die Berufung auf Vereinbarungen der Herrschenden, die sie im Falle eines Krieges den feindlichen Soldaten bei deren Gefangennahme als Behandlung "garantieren". Abgesehen davon, daß solche "Vereinbarungen" oft nicht soviel wert sind, wie das Papier, auf dem sie abgedruckt sind, bedeutet die Forderung nach vergleichbaren Bedingungen behandelt zu werden die Erklärung eines Sonderstatus anderen Gefangenen gegenüber. Welcher Gefangene kann schon für sich verbuchen, bewaffnet kämpfend und waffentragend in der BRD sich aufgehalten zu haben, bevor er dann in den Knast kam? Diese Bezugnahme hatte ihre propagandistische Berechtigung zu der Zeit, als das entsprechende Zusatzprotokoll der Vereinten Nationen unterzeichnet wurde; diese Zusatzprokoll bezieht Guerillagruppen als Sonderform von "nichtuniformiert waffentragenden Soldaten" in die Vereinbarungen, die sich vorher nur auf "ordentliche" Soldaten bezogen, mit-

ein, und war 1977 verabschiedet worden. In dieser Zeit hätte der Bezug eine Mobilisierung der bürgerlichen (Welt)Öffentlichkeit bedeuten können, nach dem Motto die BRD foltert in ihren Knästen und weigert sich das entsprechende Zusatzprotokoll der UNO zu unterzeichnen.
Aber die Aufrechterhaltung bedeutet die Zementierung einer elitären Politik und macht es unmöglich einen Kampfansatz über das begrenzte Spektrum im Knast zu erreichen; womit nicht behauptet werden soll, daß dies einfach möglich sei, fahren doch viele Gefangene auf den "Reformvollzug" ab.

zu b)Die ZL-Forderung bedeutet eine Einschränkung auf einen Teil des politischen Spektrums (RAF und Antiimps), da sie von ihnen entworfen und auf deren Interessen und Bedingungen ausgerichtet ist.Ihre Kriterien, nach denen sie die Forderung aufstellen, mit welchen Menschen sie also konkret "zusammengelegt" werden wollen, sind die politische Übereinstimmung aber auch persönliche Sympathien sofern sie sich vor der Zeit im Knast schon kennen.Dies ist aber sicher eine besondere Situation, und in der Regel gibt es sicherlich die unterschiedlichsten politischen Analysen oder Anschauungen und die allerwenigsten Gefangenen kannten sich untereinander vor ihrer Zeit im Knast. Für diese ist es unsinnig eine wie auch immer zusammengesetzte Gruppe zu erreichen, da ihr Interesse ist, erstmal rauszubekommen mit wem sie politisch/persönlich auskommen und dies ist dann möglich ,wenn es keine die Kommunikation einschränkenden Sonderhaftbedingungen gibt.
ZL bedeutet aber das Festschreiben einer Gruppe nach "aktuellen" Gesichtspunkten/ Sympathien (sofern mensch sich nicht von früher kennt) für lange Zeit, wobei diese Kriterien ja nicht statisch sind, sondern durchaus einer Veränderung unterworfen sind. Ausschließlicher Kontakt zu Menschen einer Gruppe ist eine Beschränkung der persönlichen und politischen Kommunikation. Denn auch wenn mensch mit vielen Personen wenig tiefschürfende Gespräche führt, gehört aber diese Vielfalt und Abwechslung zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Diese sind zwar im Knast alle extrem beschnitten, aber dies ist ja kein Grund dies fortzuführen und keinerlei Anstöße außerhalb einer Gruppe zuzulassen.
Auch das Argument, das politische Gefangene gezielt mit faschistoiden Gefangenen oder Spitzeln konfrontiert wurden und dies immer wieder versucht werden kann, spricht nicht für die Beschränkung (in einer Gruppe), denn so eine Situation bedeutet ja nicht , daß mensch sich mit diesen dann abgeben muß, sondern sie schneiden/ignorieren kann. Auch (vor) schnelles Vertrauen ist im Knast unter diesen extremen Bedingungen nicht angesagt, braucht vielmehr noch mehr Zeit als draußen.

zu c)Ein "Einlassen auf Hochsicherheitstrakte" bedeutet ZL, weil sie ,wenn überhaupt nur innerhalb jener zugelassen wurde und auch werden wird. Denn die Trakte sind konstruiert für sich widersetzende Gefangene und mit derselben Argumentation werden dann auch "gefährliche" Gruppen im Trakt von anderen Gefangenen abgeschottet. Dies entspricht auch der Konzeption der "neuen Knäste" (siehe Punkt 4), mit den für verschiedene Gefangenengruppen bestimmten Abteilungen. In diesen werden Gefangene nach ihren "Delikten" zusammengesteckt (z.B. BTM' lerInnen nur unter sich) und unter trakt-ähnlichem Sicherheitsaufwand werden die verschiedenen Gruppen untereinander abgeschottet.

zu d) Ein letztes Argument gegen die ZL in Gruppenist die zu erwartende (Klein) Gruppenisolation. Denn in den allenfalls zu erreichenden Kleingruppen laufen mit der Zeit zerstörerische Prozesse ab, die sich auch dann nicht ausschließen lassen, wenn am Anfang eine große persönliche/ politische Nähe unter den einzelnen Gruppenmitgliedern vorhanden ist.
Dazu ein Auszug aus einer Erklärung von 2. Juni-Gefangenen (Reinders,Klöpper, Viehmann, Teufel und Fritsch) von 1980 in(Berlin)Moabit (abgedruckt in: Der Blues ,Bd.I, S.333):
" Körperlicher und geistiger Abbau, bis hin zur totalen Deformation sollen hier erreicht werden .Eine kleine, von der Außenwelt abgeschottete Gruppe, die ständig aufeinanderhängt, die trocknet aus, die bekommt keine neuen Lernreize und läßt Spannungen untereinander aufkommen. Dazu werden fast alle optischen und akustischen Umweltreize weitgehend von den Bullen beschränkt und kontrolliert. Selbst wenn das nicht vergleichbar ist, sollt ihr doch mal versuchen, euch vorzustellen, ihr schließt euch mit eurer Wohngemeinschaft zusammen (ein), verlaßt die Wohnung nicht und lebt aufeinander. Stellt euch mal vor, ihr macht das freiwillig, nehmt drei bis sieben der besten Kumpels oder Genossen und schließt euch zehn bis fünfzehn Jahre ein. Falls ihr nicht schon jetzt, bei der Vorstellung davon 'ne Gänsehaut habt, dann würdet ihr bei einem praktischen Versuch feststellen, wie schnell ihr abbaut und wie sich auch die besten Kumpels auf den Wecker gehen. Ihr werdet nach nicht allzulanger Zeit die Türen aufreißen und kreischend ausbrechen. Und genauso funktioniert die Kleingruppenisolation. Mit dem winzigen Unterschied, daß das Ausbrechen hier wesentlich erschwert ist, dass hier eine ständige optische und akustische Überwachung stattfindet und dass die Bullen permanent auf der Lauer liegen, um Widersprüche unter uns zu entdecken und 'nen Keil ansetzten wollen, uns menschlich und politisch zu spalten. "

Der erste Text ist von Klaus Viehmann aus seiner Prozeßerklärung 1980 " Schweine ins Weltall" (Der Blues Bd. II S. 905 ff.) :
"Dabei muß gerade jetzt die Diskussion über den Knastkampf endlich mal auf 'nen Punkt kommen, sie muß geführt werden und zwar politisch und nicht moralisch. In der Hoffnung auf eine ausführlichere Diskussion werde ich eine Position auch hier nur kurz anreißen. Gegen die Forderung nach Zusammenlegung sprechen im wesentlichen folgende Sachen:
Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla beinhaltet in irgendeiner Form die Einlassung auf Hochsicherheitstrakte und es ist ein Irrtum zu glauben, die Trakte seien von Innen zu knakken. Eine Forderung nach Zusammenlegung in Gruppen, selbst wenn es sogar die 15 ner Gruppen wären und nicht die erheblich wahrscheinlicheren Kleingruppen, wie sie in nächster Zeit bestehen werden, kommt grundsätzlich dem Abteilungsgefängnis entgegen, wie es von den Knastkommandanten in der BRD eingeführt wird. Kleine Gruppen unter hohem Sicherheitsaufwand, bzw. unter permanenter Überwachung sind das Credo dieser Gefängnis-"reform". Selbst Jugendknäste werden schon so gebaut als Reaktion der Bonzen auf die unkontrollierte Subkultur in Knästen alten Stils, wo praktisch alle Gefangenen noch irgendwie zusammenkommen konnten.Der wichtigste Einwand gegen die Zusammenlegung von Gefangenen aus der Guerilla in Sondergefängnissen oder Sicherheitsbereichen ist langfristig ein politischer. Durch die Abschottung der Gruppe verliert man jeden Kontakt zu den bereits entstehenden und immer weiter anwachsenden sozialrevolutionären und oppositionellen Bewegungen im und um den Knast. Die Brigate Rosse haben mit der Entführung des Richters d'Urso aus der schon weiter eskalierten Situation in Italien die Konsequenz gezogen. Ihre Strategie zielt auf die Einheit aller Gefangenen, die kämpfen wollen ab."

Bevor zwei Textauszüge von Klaus Viehmann und Stefan Wisnewski (RAF) den Punkt 2 abschließen und zum dritten überleiten sollen eine kurze Zusammenfassung :
Es sollte verdeutlicht werden, daß die ZL Forderung natürlich ohne Zweifel die Belange der Gefangenen aus RAF und antiimperialistischen Widerstand vertritt und für diese sowohl eine Verbesserung der Haftbedingungen als auch eine pol. Strategie darüber hinaus bedeuten mag. Der kurze Rückblick auf die Entstehung und Geschichte zeigt allerdings, daß es Brüche und Widersprüchlichkeiten gibt, die vom antiimperialistischen Spektrum nie offen erklärt und diskutiert wurden. Dies wäre die eine Linie der Kritik, nämlich aufzuzeigen, daß die Forderung ein ganzes Stück weg ist von dem, wie sie ürsprünglich konzipiert war (aufgrund der veränderten Bedingungen) obwohl sie noch fast genauso bezeichnet wird.
Die zweite Linie ist die, zu zeigen, daß es falsch ist ,wenn behauptet wird, ZL könne eine allgemein revolutionäre (und damit auch sozialrevolutionäre ) Perspektive für einen Knastkampf und darüber hinaus bedeuten, da sie einer sozialrevolutionären Position entgegensteht.

Der zweite Text ist ein Ausschnitt aus "2 Fragmente als Ankündigung zur Bestimmung einer neuen Etappe" aus der Radikal 5 von 81 (oder auch: AK Mai 81). In diesem Papier begründet Stefan Wisnewski warum am Hungerstreik 81 nicht teilnimmt und formuliert seine Vorstellung von einer Zusammenlegung:

"2.Die 15er Gefangenzusammenlegung von uns, auf der zwischenzeitlich überholten und für den Guerillakampf innerhalb der Metropolen unbrauchbaren Schiene der Genfer Konvention, ist eine politisch falsche Stoßrichtung. Sie trennt uns langfristig von jedem sozialrevolutionärem Ansatz in der BRD, wie er schon heute im Keim einer sozialen Bewegung sichtbar wird. Eine 15er Zusammenlegung -selbst wenn sie realisierbar wäre- ist ohne eine Form des Hochsicherheitstraktes undenkbar. Das aber heißt: halt doch die Stufeneinheiten des reformfaschistischen Strafvollzugs zu akzeptieren.
3. Zusammenlegung verstehe ich als Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen.

Nur so materialisiert sich Selbstorganisation und Befreiungskampf.
Es muß gehen um: die Zerschlagung der Hochsicherheitstrakte und auf Dauer der Gefängnisse überhaupt. Stichwort "Rekonstruktion der Klasse" in der Stunde der ökonomischen Krise und Restrukturierung, Aufhebung der Spaltung Proletariat/Subproletariat bzw. hier Kriminelle/Normale (auf internationaler Ebene siehe italienische Erfahrungen)."

zu 3) Eine sozialrevolutionäre autonome Position zu Knast und möglichen Auseinandersetzungen darin müßte Verbindungslinien suchen mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, um der Einordnung und Funktion desselben gerecht zu werden. Denn Knäste sind nur ein Teil der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie, wenn auch mit ihr schärfstes Disziplinierungsmittel. Schon architektonisch fallen Parallelen auf: es gleichen sich die alten Mietskasernen und die alten Knäste als auch die Betonsilos der Vorstädte und die neuen Knäste. In letzteren ist jegliche Kommunikation nahezu ausgeschlossen bzw. nur kontrolliert möglich. In beiden Institutionen kriegt mensch seinen Nachbarn nicht mehr mit. Aber auch im Bereich Arbeit lassen sich Gemeinsamkeiten finden:
"Während die in den Knästen übliche Zwangsarbeit den wesentlichen Aspekt hat, Profit für die Knastverwaltung zu bringen, ist die Arbeit im HS-Trakt offensichtlich unrentabel. Alleine die aufwendige Überwachung und Baukosten in sechsstelliger Höhe für die Arbeitsräume machen das deutlich. Ein eindeutiges Indiz dafür, daß diese Form von **Trakt**-Arbeit nur wegen ihrer zerstörerischen Auswirkungen auf die Gefangenen verlangt wird.
Die neue Sozialpolitik der achtziger Jahre spiegelt sich somit doppelt wieder: In den neuen Trakten Arbeit in ihrer direkten Funktion als Anpassung an das herrschende Regime; Arbeit als Ausbeutung der letzten erreichbaren Reservenaus nicht-produktiven Bereichen im allgemeinen Knast. Die Parallen zur Zwangsarbeit gegen Sozialhilfeempfänger und in der BRD lebende Emigranten sind deutlich. Zudem sind es dieselben Sklavenhändler und Subunternehmer, die draußen ihren Schnitt machen, die auch als Vermittler zwischen Firmen draußen und Arbeit im Knast auftreten (Sinnigerweise werben übrigens manche Firmen, die im Knast produzieren lassen, mit der Parole 'deutsche Heimarbei'). Die Zwangsarbeit im Knast in Verbindung zu setzen mit den laufenden Angriffen von Staat und Kapital auf die Lebensbedingungen der Unterklassen draußen, würde die Möglichkeit schaffen, die meist 'aufgesetzte' linke Knastarbeit endlich in eine Gesamtstrategie zu integrieren."
(aus Autonomie Nr.13, "Knast und Zwangarbeit" von K.Viehmann)

Über diese zu ziehenden Verbindungslinien ließe sich erreichen, das Thema Knast auch inhaltlich zu einem Teilaspekt der politischen Arbeit zu machen, z.B. bei der Untersuchung von Sklavenhändlern oder Stadtteilarbeit und nicht nur, wenn Leute darin einfahren. Auch wäre es nicht der permanente Hauptpunkt der Tagesordnung, wie bei den Knastgruppen früher. Das **Dilemma** bleibt dabei die bei dieser Herangehensweise bestehende Oberflächlichkeit, die die andere Seite der Nicht-Fixierung ist.
Auch wenn eine nicht nur punktuelle Mobilisierung von Autonomen zu Knast in weiter Ferne ist, sei hier doch in 2 Punkten angerissen, woran sich dann aufgestel lte Forderungen orientieren sollten. Wie Bedingungen zu schaffen sind im Knast politisch und menschlich zu überleben.

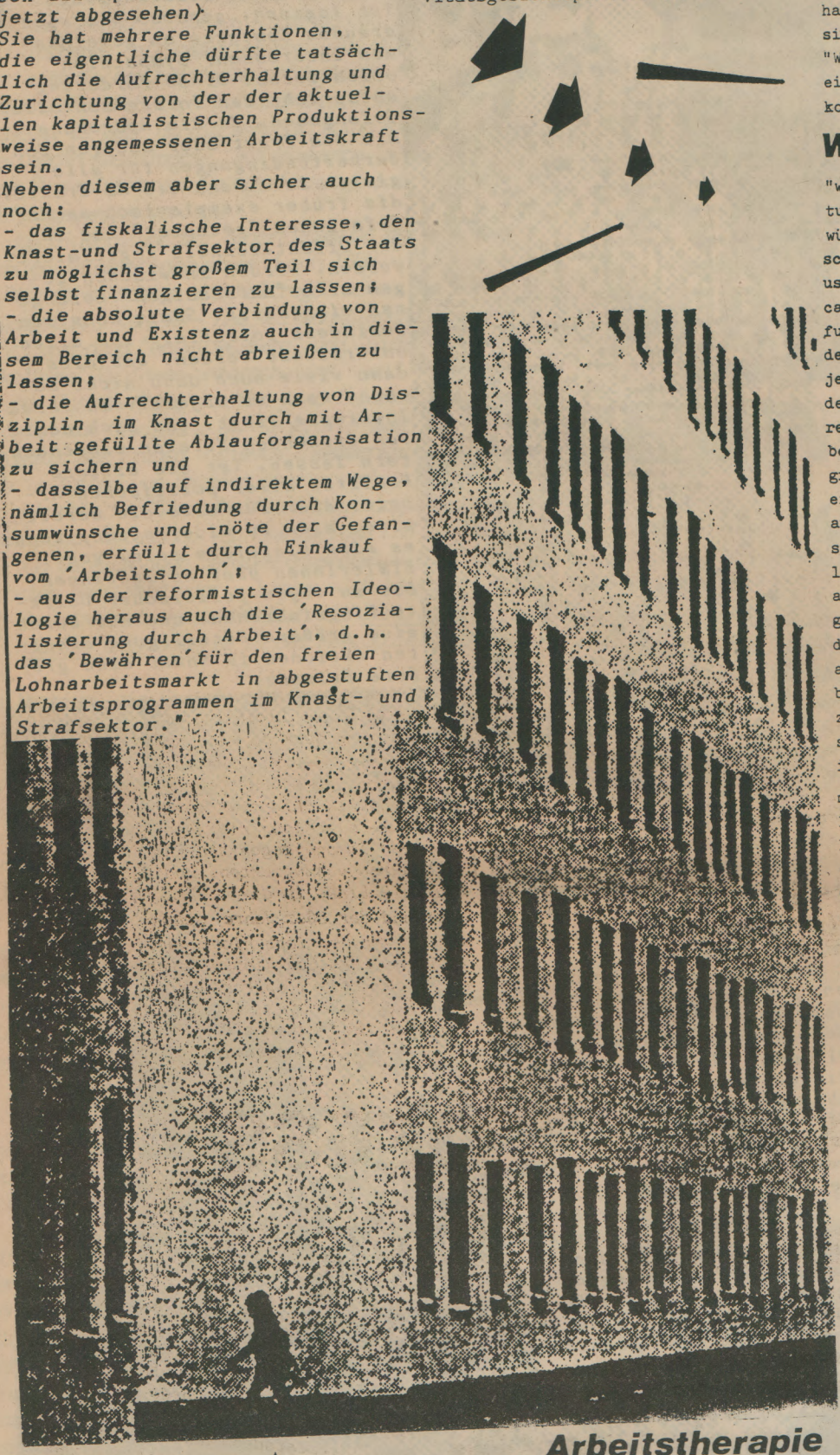
a) die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und sämtlicher Sonderhaftbedingungen und b) der Kampf gegen den Zwang zur Arbeit.

zu a) Wäre die Aufhebung aller Sonderhaftbedingungen erreicht, hätten alle Gefangenen selbstbestimmt die Möglichkeit zu entscheiden, mit wem sie pol. Diskussionen oder persönliche Gespräche führen wollen.
Daß mensch sich dann nur auf wenige Personen tatsächlich bezieht (z.B. beim Hofgang) ist logisch, genauso wie sich draußen Kontakte an gemeinsamen Interessen/ Sympathien orientieren. Diese Forderung entspricht den Interessen aller Gefangenen, da die Bedrohung mit dem Trakt oder anderen Sonderhaftbedingungen für alle gleich ist. Denn die HS-Trakte, die früher exemplarisch an RAF-Gefangenen "getestet" und in der Öffentlichkeit legitimiert wurden, werden inzwischen gegen alle "aufsässigen" Gefangenen eingesetzt. Somit kann sie zumindest potentiell von allen unterstützt werden. Daß dies dann viele auch dann nicht machen, wenn es objektiv in ihrem Interesse liegt, und sich damit von drohenden Strafen einschüchtern lassen, ist die bittere Realität aller politischen Arbeit. Aber für alle, die bereit sind, sich zu widersetzen, kann es eine Plattform sein, von BTMlerInnen über AsylantInnen bis zu wegen politischer Delikte Eingefahrenen, und nur durch eine größere Beteiligung erhalten Aktionen im Knast eine größere Brisanz.

zu b) "Anzunehmen ist auch, daß Zwangsarbeit im Knast in den letzten Jahren deshalb wieder zunimmt, damit die Abschreckungsfunktion bei denen, die das "Absitzen" zu wörtlich nehmen, erhalten bleibt. In Zeiten der Marginalisierung reicht ein hierzulande bisher hinlänglicher Entzug von Bewegungsfreiheit, Kommunikation, Sexualität usw. alleine als Abschreckung wohl nicht mehr aus.(Von den Trakten als spezielle Funktion jetzt abgesehen)
Sie hat mehrere Funktionen, die eigentliche dürfte tatsächlich die Aufrechterhaltung und Zurichtung von der der aktuellen kapitalistischen Produktionsweise angemessenen Arbeitskraft sein.
Neben diesem aber sicher auch noch:
- das fiskalische Interesse, den Knast-und Strafsektor des Staats zu möglichst großem Teil sich selbst finanzieren zu lassen;
- die absolute Verbindung von Arbeit und Existenz auch in diesem Bereich nicht abreißen zu lassen;
- die Aufrechterhaltung von Disziplin im Knast durch mit Arbeit gefüllte Ablauforganisation zu sichern und
- dasselbe auf indirektem Wege, nämlich Befriedung durch Konsumwünsche und -nöte der Gefangenen, erfüllt durch Einkauf vom 'Arbeitslohn';
- aus der reformistischen Ideologie heraus auch die 'Resozialisierung durch Arbeit', d.h. das 'Bewähren' für den freien Lohnarbeitsmarkt in abgestuften Arbeitsprogrammen im Knast- und Strafsektor."

zu 4)

Zum Schluß ist hier ein Flugblatt der Bunten Hilfe Darmstadt abgedruckt, welches die Bedingungen der neuen Knäste gut darstellt.
Es zeigt sich, daß eine ZL-Forderung spätestens hier unsinnig ist, da hier (Zwangs-)gruppen, die voneinander abeschottet sind, die Normalität bedeuten. Die Zusammensetzung derselben wird nur nach Destruktivitätsgesichtspunkten bestimmt.



## Der Knast Weiterstadt und Berlin/Plötzensee

nach plötzensee(west-berlin) wird jetzt in weiterstadt der zweite hochsicherheitsknast gebaut. das neue an diesen knästen ist die für alle stationen geltende sicherheitsstufe 1, ihre technische und architektonische orientierung an den hochsicherheitstrakten(von denen es in weiterstadt auch welche gibt), und die daraus abgeleitete form der isolationshaft auf a l l e haftplätze. verschleiert wird diese haftsituation durch den soziologischen begriff "WOHNGRUPPENVOLLZUG", der jedoch real nur eine andere form von isolation und totaler kontrolle darstellt.

## Wohngruppenvollzug

"wir sollten unsere gesellschaft so restrukturieren, daß alle von geburt an trainiert würden, selber zu wollen, was die gesellschaft von uns fordert." (james mc connel, us-psychologe in seinem bericht "criminals can be brainwashed"). nach diesem prinzip funktioniert der wohngruppenvollzug im knast: der gefangene soll sich, sein verhalten und jegliches der gesellschaftlichen norm zuwiderlaufendes bedürfnis als krank akzeptieren.
bevor die gefangenden auf die einzelnen wohngruppen verteilt werden durchlaufen sie die einweisungsabteilung. dort wird ein psychiaterstab die einzelnen gefangenen auf anpassungsbereitschaft bzw. widerstandswille durchleuchten. anhand der ergebnisse wird ein gutachten erstellt, das die aufteilung der gefangenen auf die einzelnen wohngruppen bestimmt. die wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt; angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu den ganz anpassungswilligen. das ziel: eine "karriere" des gefangenen durch aufsteigen von der untersten (=unangepaßtesten) in die höchste (=konformste) wohngruppe.

mitarbeit an der eigenen "karriere" wird belohnt, gegenteiliges verhalten bestraft (isolation, streichung von erworbenen privilegien, einkaufsverbot usw.).
die zusammensetzung einer wohngruppe wird danach bestimmt, daß die geringstmögliche homogenität einer gruppe zustande kommt, das heißt: antipathien und nicht zusammenlaufende motivationen der gefangenen sind die kriterien. die größe einer wohngruppe kann bei 2o, nach den erfahrungen von plötzensee aber eher bei 1o bis 15 personen liegen. die jeweiligen wohngruppen können zusätzlich durch verschiebbare trennwände in noch kleinere gruppen unterteilt werden - um, wie der ehemalige berliner justizsenator meyer erklärte, spannungen in der gruppe nach bedarf abzubauen oder fördern zu können.

zwischen den wohngruppen besteht keinerlei möglichkeit der kontaktaufnahme. jede wohngruppe ist von der anderen vollständig isoliert. der in alten knästen mögliche Informationsaustausch und die koordinierung von gemeinsamen aktionen zwischen gängen, blöcken oder etagen ist unmöglich.
das einzige schlupfloch um der kleingruppenisolation scheinbar zu entgehen, ist der kanalisierte weg in die arbeitswerkstätten.

## Arbeitstherapie

typisch für die neuen knäste ist, daß für jeden gefangenen ein arbeitsplatz zur verfügung steht, denn es herrscht arbeitszwang. malocht werden muß unter frühkapitalistischen arbeitsbedingungen. für ein pfenniglohn von dm -.8o/stunde (plötzensee), akkordvorgaben und sprechverbot. ein beispiel(plötzensee):in der schneiderei sind die nähmaschinen durch sichtblenden von einander abgetrennt, es herrscht a b s o l u t e s sprechverbot. bei nichteinhaltung der vorgaben gibt es lohnabzug und haftverschärfung.

therapieziel ist, die gefangenen daran zu gewöhnen, daß es hafterleichterungen, zwischenmenschliche kommunikation und andere vergünstigungen nur gibt, wenn die sklavischen bedingungen exakt eingehalten werden. das ist die dressur im knast für ein widerspruchsloses, obrigkeitshöriges leben draußen. wer die arbeit verweigert sitzt 23 stunden totalisoliert in der zelle.

## Überwachung und Psycho-Personal

die zellen sind schallisoliert und aus fugenlosen betonfertigteilen gebaut. die überall gleiche deckenhöhe drückt mit der zeit auf den kopf. eine gefangene aus plötzensee: "... ich hab mir nach ner zeit in der plötze einfach nen gang angewöhnt, und zwar nen gedrückten gang. ich nehme ne haltung an die darauf hindeutet, als wenn mir jemand von oben immer drauf drückt. total zusammengesunkene haltung."

jede zelle wird durch eine gegensprechanlage akustisch überwacht. die gruppenräume sind verglast und abhörbar, gänge kameraüberwacht, werkstätten ebenso. zusätzlich überwachen ein stab von psychologen, soziologen und geschulten wärtern jede lebensäußerung der gefangenen. sie registrieren jeden kontakt zwischen den gefangenen. zum beispiel wer was und mit wem spricht, wo konflikte aufbrechen usw. diese beobachtungen werden in therapieprogrammen gegen die gefangenen umgesetzt. sie dienen auch dazu herauszufinden, wer auf welches druckmittel reagiert.

in einzel- und gruppengesprächen zwischen psychologen und gefangenen werden kooperative gegen unkooperative gefangene aufgewiegelt, sodaß sich die gefangenen in den gruppen gegenseitig fertig machen. therapie- und gesprächswilligkeit wird belohnt, ihre verweigerung wie arbeitsverweigerung bestraft. die verweigerung einzelner wird mit repressalien gegen die gesamte gruppe beantwortet. das war eines der wesentlichen prinzipien in nationalsozialistischen konzentrationslagern. das so afgebaute streßpotential findet innerhalb der wohngruppe als ventil nur die mitgefangenen und fördert so den wunsch aus der gruppe auszusteigen.

zusammengefaßt kann man sagen: wer nicht aktiv an der zerstörung der eigenen persönlichkeit mitarbeitet, unterliegt ausnahmslos der totalisolation. daß isolationshaft eine form der weißen folter ist, die in letzter konsequenz unabwendbar zum tod des gefangenen führt, - weil durch den totalen reiz- und wahrnemungsentzug das vegetative nervensystem des körpers mehr und mehr aufhört zu funktionieren -, ist aus den erfahrungen der politischen gefangenen in der brd bekannt.

in plötzensee und weiterstadt fließen somit alle erkenntnisse der modernen deprivations- und isolationsforschung mit den erfahrungen des arbeitszwangs und des gruppenterrors aus den konzentrationslagern zusammen, zu der neuen art des subtil verfeinerten konzentrationslagers der 80ger jahre. der unterschied zwischen den alten nazi-kz's und den modernen high-tech-konzentrationslagern besteht nur in einer verwissenschaftlichung der folter unter dem deckmantel der psychologie. ihre funktion ist heute dieselbe wie damals:
auslese von kapitalverwertbaren menschen und vernichtung des nicht integrierbaren teils der bevölkerung.

Verwendete Materialien:


Stammheim von Pieter Bakker Schut aus dem Malik-verlag

Texte der RAF

Der Kampf gegen die Vernichtungshaft von Komitees gegen Folter an Polit. Gefangenen in der BRD

Bunte Hilfe Info Nr. 2

Der Blues - gesammelte Texte der Bewegung 2.Juni Band 2

Bruchstücke Nr.1 "Zwangsarbeit im Knast" vom autonomen Knastbüro Bochum

Ratgeber für Gefangene, Verlag "schwarze Seele" Berlin

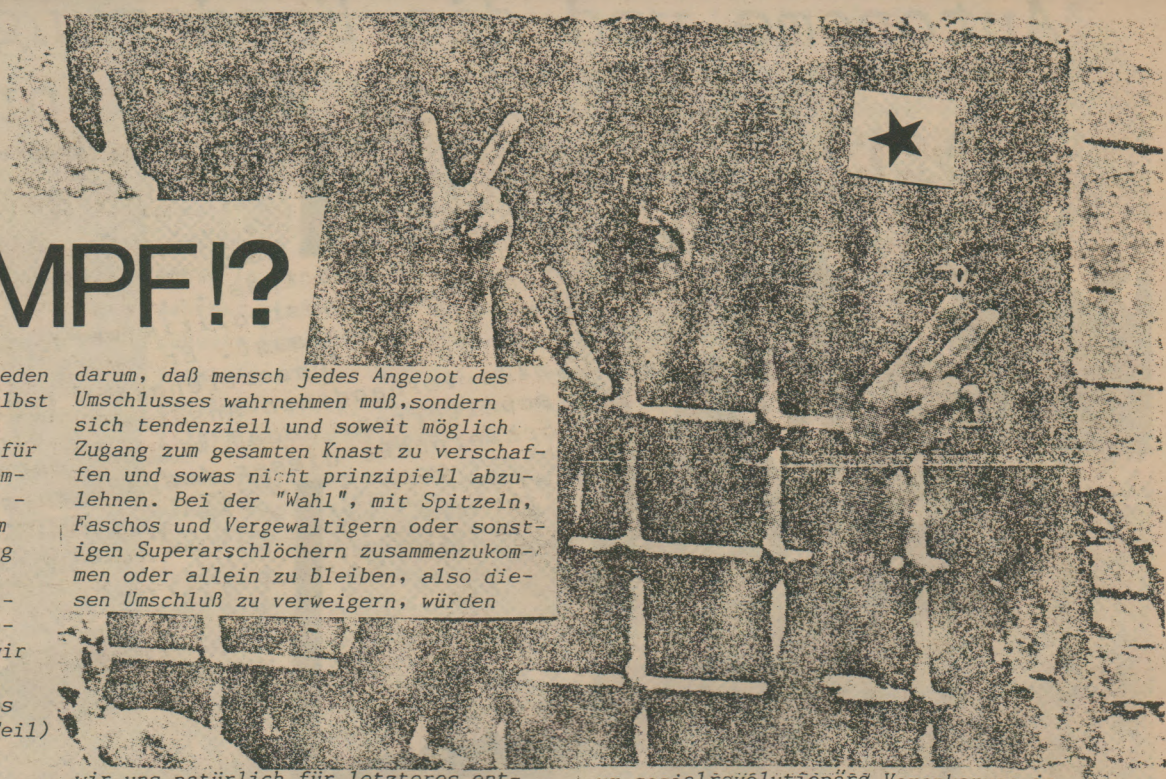
Auszug aus der Radikal 5/81 "Zwei Fragmente als Ankündigung zur Bestimmung einer neuen Etappe" von Stefan Wisniewski

Wildcat 37 S.17ff Bambule im Freibur ger Knast

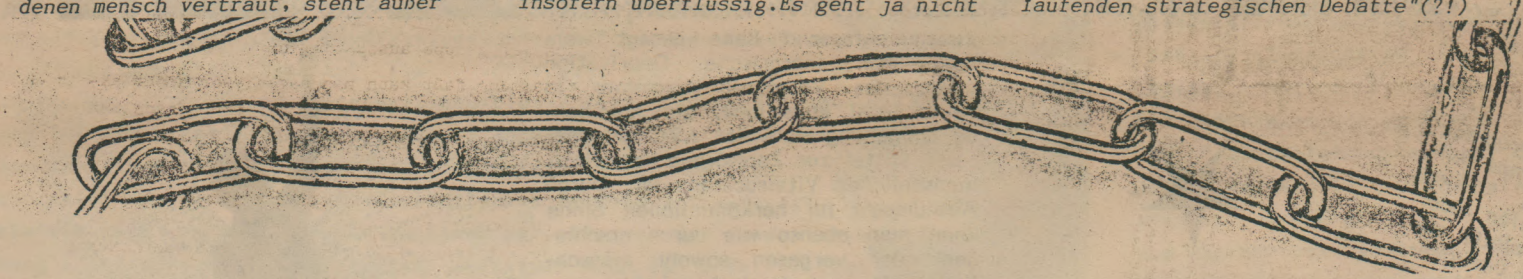
Auszug aus: Gefangene des Bewegung 2.Juni zum HST Febr. 80 "Schweine ins Weltall"

Prozeßerklärung von K.Viehmann '80

# AUTONOMER KNASTKAMPF!?



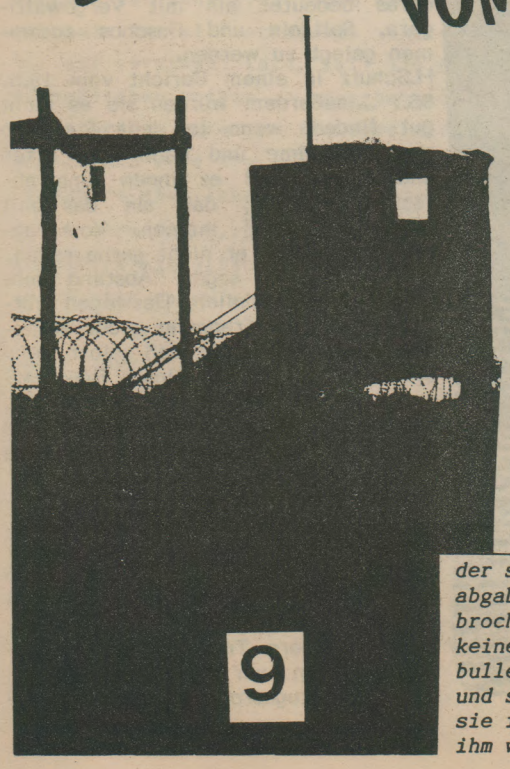
Wir können die ZL-Forderung verstehen als unmittelbare Forderung nach Kollektivität und soweit würden einige von uns sie auch politisch und moralisch (nicht nur in weiteren Hungerstreiks) unterstützen. Aber mit der Konzentration auf dieses (Etappen) Ziel als zentraler Forderung wird - erst recht, wenn sie an die Genfer Konvention gebunden ist - eine sozialrevolutionäre Knastkampfperspektive blockiert. Die ZL-Forderung entspricht vielmehr der aktuellen RAF-Politik, Revolutionäre,Kriegsgefangene, die westeuropäische Guerilla zu organisieren und favorisiert damit eindeutig eine avantgardistische ("alt_") antiim - perialistische linie. Deshalb kann sie keinen Ausgangspunkt für einen sozialrevolutionären,autonomen Knastkampf bilden (siehe obigen Artikel).
Aber was stattdessen, wie vor allem würdest du dich selbst verhalten, wenn du einfährst, womöglich über längere Zeit? Diese Frage wird immer wieder gestellt, gerade auch von Leuten, denen - theoretisch - klar ist, daß die ZL zu kurz greift. Die Antwort: gegen Isolation, gegen Trakte, gegen Zwangsarbeit... als abstrakte (Ersatz)Forderungen reicht nicht aus. Deshalb im folgenden ein paar konkretere Überlegungen: für den wahrscheinlichen Fall, daß mehrere Leute aus einem mehr oder weniger intensiven gemeinsamen Zusammenhang eingeknastet werden, halten wir die Forderung nach Zusammenkommen in einem Knast für richtig und wichtig. Der kollektive Ansatz, mit den Leuten zusamensein zu wollen, mit denen mensch auch draussen gekämpft hat,die mensch kennt und denen mensch vertraut, steht außer Frage. Aber diese Forderung- ohne jeden bezug zur Genfer Konvention- wir selbst würden sie niemals zu der zentralen machen. Denn gleichbedeutend steht für uns die Forderungen nach Zusammenkommen mit anderen sozialen und politi - schen Gefangenen , nach dem, was vom sogenannten Normalvollzug noch übrig ist, weitergehend nach "freiem" Umschluß im gesamten Knast, nach gleichen Umschlußrechten für alle Gefangenen. In beide Richtungen würden wir alle (angebotenen und erkämpften) möglichkeiten wahrnehmen, allerdings immer im Hinterkopf, daß mit der (Teil) erfüllung der einen Forderung die zweite nicht weniger wichtig wird.
Wenn es z.B. ein Angebot gäbe, mit 2 oder 3 Leuten, mit denen wir eingefahren sind, zusammenzukommen, dann würden wir dies natürlich annehmen. Diese Kleingruppe, in der Regel im Abteilungsknast oder gar im Trakt, wäre für uns allerdings kein längerfristig zu akzeptierender Zustand. Es kann nur der kurzfristige,taktische Ausgangs - punkt für Überlegungen und Aktionen sein,diese Kleingruppeniso anzugreifen,auch um den Preis erneuter Einzeliso als Bestrafungsmaßnahme.
Wenn es - wahrscheinlicher- z.B. ein Angebot gäbe, an Gemeinschaftsveranstaltungen , Umschluß etc. teilzunehmen, würden wir dies natürlich auch wahrnehmen. Aber auch dies kann nur Ausgangspunkt für weitergehende Forderungen, nach z.B. stationsübergreifenden Umschlußund zusammenkommen mit den "eigenen Leuten". Das ewige Gegenargument, es gäbe ja die Erfahrung , daß du als "Politischer" höchstens Umschluß mit Spitzeln oder Faschos bekommst,ist insofern überflüssig.Es geht ja nicht darum, daß mensch jedes Angebot des Umschlusses wahrnehmen muß,sondern sich tendenziell und soweit möglich Zugang zum gesamten Knast zu verschaffen und sowas nicht prinzipiell abzulehnen. Bei der "Wahl", mit Spitzeln, Faschos und Vergewaltigern oder sonstigen Superarschlöchern zusammenzukommen oder allein zu bleiben, also diesen Umschluß zu verweigern, würden wir uns natürlich für letzteres entscheiden.Jedoch nicht, hone erneut Umschluß zu fordern, denn Umschlußmöglichkeiten an sich als Entpolitisierung abzulehnen, halten wir für arroganten Kurzschluß. Erfahrung ist ja auch, daß nicht nur Arschlöcher im Knast sitzen, sondern z.B. auch Leute aus der"Klein-Kriminellen"- oder BTM-szene , die durchaus ansprechbar sind und sich im Knast "Rückgrat leisten". Natürlich ist es im Knast total schwierig, unter miesesten Bedingungen wirkliche Vertrauensverhältnisse zu schaffen, darauf aufbauend gemeinsame Forderungen zu stellen, eventuell sogar Aktionen zu machen und so - ganz praktisch- Knastkampfperspektiven zu eröffnen. Und oft genug ist zu hören, daß diese Vorstellung idealistischer Quatsch sei,wo die linksradikale Szene es nicht mal draussen, also unter besseren Bedingungen, schafft, zu anderen Teilen der Klasse, der verweigernden"Kleinkriminalität", den Flüchtlingen ... aufzubauen.
Daß aber genau dieser Punkt in der laufenden strategischen Debatte"(?!) um sozialrevolutionäre Verankerung in den Metropolen von vielen Autonomen empfunden und analysiert wird, sparen diese KritikerInnen wohlweislich aus. Die resignative Aufrechnung: was hier draußen kaum entwickelt ist, bleibt für drinnen erst recht Illusion, ist nicht zuakzeptieren.Vielmehr behaupten wir,daß genau dieses avantgardismus undGhetto-Bewußtsein , die damit verbundene Nichtbereitschaft, sich mit sicherlich widersprüchlichen szenes und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen, daß genau dies die Forderung nach sozialer Verankerung zur Leerformel macht.
Hier und heute, drinnen und draußen ist der Anspruch sozialrevolutionärer Perspektiven nur anzugehen, wenn genannte Verbindungslinien aufgebaut werden,wenn revolutionäre Widerstandszellen **sich** mit kleinkriminellen banden **in Beziehung setzen**, wenn politische organisierung mit alltäglichen Versorgungsstrukturen und subkulturellen Leben zusammengeht. Autonomer Knastkampf, unsere kurz-undlangfristigen For - derungen im und gegen den Knasthätten sich daran auszurichten. Und daß die radikale Linke in diesen Fragen **Anfang der 70er und der 80er Jahre** schon weiter war, spricht nicht dagegen; vielmehr wäre auf diesen Erfahrungen dafür zu sorgen, spätestens bis anfang der 90 er Jahre (es eilt,d.s.) erneut, verstärkt und dauerhafter einen sozialrevolutionären Knastkampf zu entwickeln.



# AUSLIEFERUNGSPROZESS GEGEN FRANK

**am 19.3.88 wurde frank h. in amsterdam verhaftet.wenige tage nach dem 2.11.87 war gegen ihn ein internationaler haftbefehl erlassen worden:über t.a.gesschau, aktenzeichen xy und schließlich bka-plakate wurde nach ihm gefahndet.laut bundesanwaltschaft (baw) hatte der "festgenommene hauptverdächtige" andreas e. frank schwer belastet.diese lange zeit von uns als lüge angesehene baw-mitteilung hat sich mittlerweile bestätigt. andreas e. ist uns dazu bisher noch jede erklärung schuldig geblieben.**

## EINDRÜCKE VOM



9

frank wurde also nach viereinhalb monaten fahndung geschnappt,durch einen zufall: eine unbekannte frau hatte ihm in einer fußgängerzone die brille runtergerissen und ihn bedroht,zwei bullen tauchten gerade auf,personalienkontrolle.. am 14.6.88 hatte frank in amsterdam seinen ersten auslieferungsprozeßtermin. die vergangenen drei monate u-haft war er erst in amsterdam,dann in groningen und ist -mit weiterer zwischenstation- inzwischen in maastricht gelandet.dieses "verlegungskarussell",wie er es im prozeß ausdrückte,habe allein zum ziel,ihn zu terrorisieren.er sei jetzt in maastricht total isoliert,"hofgang" habe er in einem käfig,alles arbeitsmaterial sowie briefe seien ihm abgenommen worden.als frank diese erklärungen zu seiner situation in der schlußphase des abschiebungsprozesses abgab,wurde er vom richter ständig unterbrochen.frank hat nochmals betont,daß er keinerlei aussagen machen wird,daß er die bullenangebote zur zusammenarbeit ablehne, und selbst dann nicht aufgeben will,wenn sie ihn mit lebenslänglicher haft bedrohen. ihm wurde dann das mikrophon abgedreht.

weil sich die ca. 60 prozeßbesucher in einem schallisolierten panzerglasbalkon befanden,war mit rufen nicht viel drin. dafür wurden transparente gezeigt,und mit handbeschriebenen zetteln grüße bestellt,fragen gestellt... von daher war die stimmung im prozeß selbst gar nicht so schlecht.frank selbst machte auch einen ziemlich gefaßten eindruck und hat sich über die vielen alten gesichter sehr gefreut.

daß die holländischen bullen -aller angeblichen liberalität zum trotz- den deutschen schlägern kaum nachstehen,haben sie zumindest in diesem fall bewiesen.
frank war die ganze zeit über durch eine holzlatte im hosenbein,die mit gürtel und fußgelenkschnüre befestigt war,quasi laufunfähig gestellt.als sich während des prozesses ein gurt löste,sprangen gleich vier bullen auf ihn zu..

vor dem besuchereingang standen die ganze zeit panzerwestenberüstete bullen, die bei der abfahrt von frank die straße unter einsatz von prügelruten freidrängten.gleichzeitig wurde auf der anderen seite des gebäudes die 1-200 köpfige solidaritätsdemo nach kurzen drängeleien von den bullen angegriffen und übelst zusammengeprügelt.mehrere leute hatten kopfverletzungen,einige wurden festgenommen.entgegen der einschätzung und erfahrung (nicht nur) der holländischen genossen hatten die bullen die demo ohne vorherige zwischenfälle aufgelöst."hartes durchgreifen" war wohl als abschreckung angesagt,von deutschen stellen instruiert,oder selbstverständliche europäische übereinkunft?

die entscheidung des abschiebungsprozesses wurde zwar vertagt,aber es steht -das langausgearbeitete plädoyer von bakker shut,franks anwalt, ignorierend- außer frage,daß dem antrag der baw stattgegeben wird.den widerspruch dagegen einberechnet,muß frank damit rechnen,spätestens gegen ende dieses jahres an die brd ausgeliefert zu werden.
wer schreiben will,frank freut sich ganz bestimmt:

frank hoffmann
huis van ...
...lande

**verlegt!!** ◆ **Die neue Adresse von Frank Hoffmann:** Huis van Bewaring, St. Jorisstraat 31, 5211 HA s'Hertogenbosch, Niederlande

# Autonome und die Forderung nach Zusammenlegung- ein Widerspruch?

Autonome und Knast..... Dieser Artikel zu einer neuen Perspektivdiskussion autonomer Knastpolitik wurde vor einigen Monaten von einem Redaktionsmitglied verfasst. Er löste eine der kontroversesten Diskussionen aus, die wir in der "Unzertrennlich Redaktion" je geführt haben. Mehrere Versuche alle vorhandenen Ansätze in einem "ausgewogenen" Artikel unterzubringen scheiterten, sodaß wir uns entschlossen haben, das Thema Knast zu einem Schwerpunkt dieser Ausgabe zu machen.

Will mensch autonome Knastpolitik aufarbeiten, wird man/frau bei der Durchsicht kaum vorhandener Materialien erkennen, daß wir zwar nach punktuellen Anlässen wie z.B. Kreuzfeld, Brokdorf oder jetzt Frankfurt den Anspruch auf eine Diskussion fordern, aber kaum in der Lage sind, sie langfristig umzusetzen. Praxis ist, daß sich mit dem Thema Knast nur in den Zusammenhängen befasst wird wo konkret ein Mensch einfährt oder eingefahren ist.

Anders stellt sich Knastpolitik bei den Antiimps dar, die bisher einen Großteil der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung getragen haben. Ihre an die RAF angebundene Position nach Zusammenlegung für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand, der Abschaffung der Iso-haft sollten für uns Autonome die Grundlage zu einer Auseinandersetzung zum Komplex Knast darstellen.

Daraus ergibt sich folgendes Problem: Sind die Positionen der Antiimps teilbar, gemeinsam umsetzbar, können wir (teilweise) daran anknüpfen, oder aber müssen wir sie (komplett) ablehnen, bzw. fühlen uns an bestimmten Punkten von ihnen funktionalisiert?

Iso-haft bzw. Vernichtungshaft zielt bewußt darauf den Gefangenen ihre Identität zu nehmen und die Politik für die sie stehen möglichst von allen Menschen fernzuhalten, garnicht erst an die Öffentlichkeit kommen zu lassen.

"In der Natur ist höchstens die Situation eines in die Wüste verirrten Menschen, der Fata-Morgana-Erscheinungen halluziniert, mit der Situation des total sensorisch Deprivierten vergleichbar. Aber in der Wüste finden zumindest noch die naturgesetzlich ablaufenden Veränderungen von Tag und Nacht mit ihren wahrnehmbaren und voraussehbaren Licht- und Temperaturschwankungen statt, die der Verirrte mit seinen Sinnesorganen registriert und auf die er sich einstellen kann und muß. Derartige Orientierungshilfen fehlen dem künstlich und gewaltsam sensorisch Deprivierten völlig. Vielmehr ist er einem für ihn undurchschaubaren und aus seiner Situation heraus unveränderlichen Willkürregime ausgesetzt, daß selbst die Naturgesetze des Wechsels von Tag und Nacht, warm und kalt, Geräusch und Stille außer Kraft zu setzen scheint. Vor allem eine fast totale Geräuschisolation, höchstens unterbrochen durch gelegentliche seltene Schalleruptionen, hat hier wohl eine Schlüsselfunktion: Veränderungen oder eine Strukturierung des Geräuschpegels sind in der Natur entweder Indizien für den Ablauf von Wettergeschehnissen (Wind,Regen,Donner) oder aber für die Anwesenheit anderer Lebewesen. Gerade das letztere ist für Menschen als soziale Lebewesen der erste oder letzte Anker bzw. Strohhalm. Nicht umsonst ist Sprache und Musik als akustisches Kommunikationsmittel die älteste und am weitesten entwickelte Form des Informationsaustausches der Menschen untereinander.....

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische Deprivation durch das Versetzen einzelner in eine total künstliche, gleichbleibende Umgebung wohl das z.Zt. geeigneteste Mittel zur Zerstörung spezifisch menschlicher Vitalsubstanz ist. Durch Aushungern im herkömmlichen Sinne kann man ebenso wie durch erschießen oder vergasen sowohl menschliches als auch tierisches Leben vernichten. Sensorische Deprivation ist - weil sie nur unter von Menschen arbeitsteilig produzierten Bedingungen durchgeführt werden kann - zugleich die menschlichste und unmenschlichste Methode der verzögerten Auslöschung von Leben. Über Monate und Jahre angewendet ist sie der sprichwörtlich perfekte Mord für den keiner - oder alle außer den Opfern - verantwortlich sind." aus: Teuns, Isolation, sensorische Deprivation: Die programmierte Folter.

Welche Forderungen sollen wir nun der Vernichtungshaft entgegenstellen, die Forderung nach Zusammenlegung, die für jeden politischen und alle anderen kämpfenden Gefangenen im Knast existentiell ist oder die schwammige Forderung nach Integration in den Normalvollzug, was in der BRD-Knastrealität nichts anderes bedeutet als mit Vergewaltigern, Spitzeln und Faschos zusammen gelegt zu werden.

H.Schulz in einem Bericht vom 19.5. 86.: ....außerdem würden sie es nicht gut finden, wenn ich mit Sieglinde zusammenkäme und dann kam offen und direkt, daß es ihnen ums abschwören geht, daß sie das mit "Ossendorf-Linie" meinen. Vom abschwören würde er nicht gerne reden, besser wäre zu sagen "Abstand nehmen" oder so ähnlich. Deswegen würden sie unsere Trennung nicht aufheben. Dazu kam noch: Daß selbst wenn Sieglinde und ich in einem Bau wären, dann würden sie das so machen, daß meine Zelle in der einen, und die von S. in der anderen Ecke wäre und daßdas auch bedeuten würde, daß wir innerhalb des sonst üblichen gemeinsamen Hofgangs nicht teilnehmen könnten, auch nicht am Um- oder Aufschluß, sondern wir hätten dann beide jeweils Einzelhofgang. Und im gleichen Atemzug dann ihr Angebot: Unsere weitere Trennung und gleichzeitig sollen wir getrennt an den "Normalvollzugsprogrammen" inner-

halb unseres jeweiligen Baus teilnehmen. Alle übrigen Veranstaltungen wie Kirche, Konzert etc., die, außerhalb unserer Abteilung laufen, sind verboten, weil wir uns dort sehen könnten. Deutlicher geht es eigentlich nicht, was es mit diesem Normalvollzug auf sich hat. ...meine Erfahrung hier in den drei Jahren die ich in Ossendorf bin (und das war in Stammheim nicht anders) ist genau die, daß sie überhaupt nur die minimalsten Kontakte zu sozialen Gefangenen wie z.B. Fenster reden, oder wenn mal eine Gefangene an meine Tür kommt zulassen, wenn es Leute sind, die ihnen was erzählen oder wenn sie schon so zerstört sind, daß sie zu keinem rationalem Gedanken mehr fähig sind. Ansonsten werden die Leute wegverschubt, wie z.B. eine Frau, die wegen der Krefeld-Demo hier war.....Die Besessenheit, die sie an den Tag legen, nach drei Jahren Isolation in Ossendorf, um mich mit einer Neonazi-Frau in einen Hof zu zwingen, daran kommt es auf den Begriff, was sie unter Normalvollzug verstehen, wo du nicht mehr wissen sollst, was der Kampf um politische Selbstbestimmung ist."

Auch wenn die Gefangenen des 2.Juni 1980 erklären, welche Schwierigkeiten sie in einer abgeschotteten Kleingruppe sehen (körperlicher und geistiger Abbau, totale Deformation), halten wir die Zusammenlegung in Kleingruppen immer noch für einen Fortschritt, da die oben genannte Argumentation in noch viel größerem Maße auf die Totalisolation zutrifft. Da Knast nur ein verschärftes Abbild dieser Gesellschaft darstellt, quasi ein Brennglas dieser ist, soll dort unter verschärften Bedingungen jeder Widerstand gebrochen werden. Dem etwas entgegenzusetzen ist für uns nur in einer Gruppe von Menschen aus unseren Zusammenhängen möglich, selbst wenn es Differenzen in der Analyse der gesellschaftlichen Situation und den daraus resultierenden Kampfformen gibt. Die Vorstellung im Knast Jahre mit Leuten wie Faschisten, Vergewaltigern, Zuhältern etc., auf einer Zelle verbringen zu müssen, die wir draußen bekämpfen, ist für uns unerträglich.

An unserer eigenen Erfahrung anknüpfend, wissen wir, daß wir kollektive Zusammenhänge brauchen, um uns in einer gemeinsamen Auseinandersetzung weiterentwickeln zu können. Wären diese Zusammenhänge nicht gegeben - und ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik ist doch genau der, diese in verstärktem Maße aufzubauen - würde sich jede/r einzelne von uns wie ein Fisch an Land bewegen.

Im Gegensatz zu der auch in autonomen Kreisen bestehenden Meinung, die Gefangenen aus RAF und antiimperialistischem Widerstand würden nur unter sich kommunizieren wollen, gibt es in ihrer alltäglichen Praxis gegenteilige Ansätze.

In einer Verfügung der Anstaltsleitung in Bruchsal vom 25.8.86. heißt es:

"Nachdem der Gefangene in den ersten Jahren seines Vollzugs, zumindest ansatzweise Bereitschaft zur Mitarbeit am Vollzugsziel zeigte und von 1978-81 eine Lehre als Drucker absolvierte, zeichnete sich nach seiner fluchtbedingten Abwesenheit bis Juli 81 eine zunehmende, an den Zielen der RAF orientierte Politisierung ab. Offensichtlich beruht diese Entwicklung auf dem Einfluß von zwei Mitgefangenen, die wegen Straftaten im Rahmen ihrer Zugehörigkeit zur RAF in der Vollzugsanstalt Bruchsal inhaftiert sind. Diese sind inzwischen zu seinen Hauptbezugspersonen geworden, mit denen er täglich während des Hofgangs intensiven Kontakt pflegt. Er korrespondiert nahezu ausschließlich mit Gesinnungsgenossen und bezieht linksorientierte Zeitschriften. Die aggressive Staats- und vollzugsfeindliche Gesinnung erfährt in der täglichen Begegnung mit den beiden inhaftierten Gefangenen Solidarität, Bestätigung und damit Festigung. Aus Behandlungsgründen ist es notwendig, dieser Entwicklung durch die Verlegung in eine andere Vollzugsanstalt entgegenzuwirken."

Die Position, Zusammenlegung sei ein Einlassen auf Trakte und Reformknäste ist nur dann richtig, wenn man/frau sich mit dem augenblicklichen Zustand als gegeben abfindet. Für uns impliziert die Forderung nach Zusammenlegung die Abschaffung der Trakte und Hochsicherheitsknäste.

In der aktuellen Situation muß es allen antagonistischen Kräften zum System darum gehen, "ein gemeinsames Programm" gegen den Knast zu entwickeln. Jede/r Gefangene/r sollte das fundamentale Recht haben, mit einem oder mehreren Menschen ihrer Wahl uneingeschränkt zu kommunizieren.

Es gibt genügend Beispiele, wo Genossen/innen aus autonomen Zusammenhängen sich der Forderung nach Zusammenlegung angeschlossen, und diese teilweise durch ihre Beteiligung am Hungerstreik unterstützt haben. Das alleine damit zu entschuldigen Autonome hätten keine Position dazu ist zu vordergrüngig, da ein grundlegendes Bedürfnis an Kollektivität und gemeinsamem Austausch besteht.

Insofern ist die Zusammenlegungsforderung insgesamt ein Schritt für alle kämpfenden Gefangenen in die richtige Richtung. Das sie alleine noch kein Knastprogramm darstellt ist unbestritten, aber sie könnte Teil dessen werden. Aspekte wie der Zwang zur Arbeit, die Entwicklung neuer Trakte etc. sind weitere Punkte, die in diesem Zusammenhang entwickelt werden müßten.

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand bzw. allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen

Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg

★

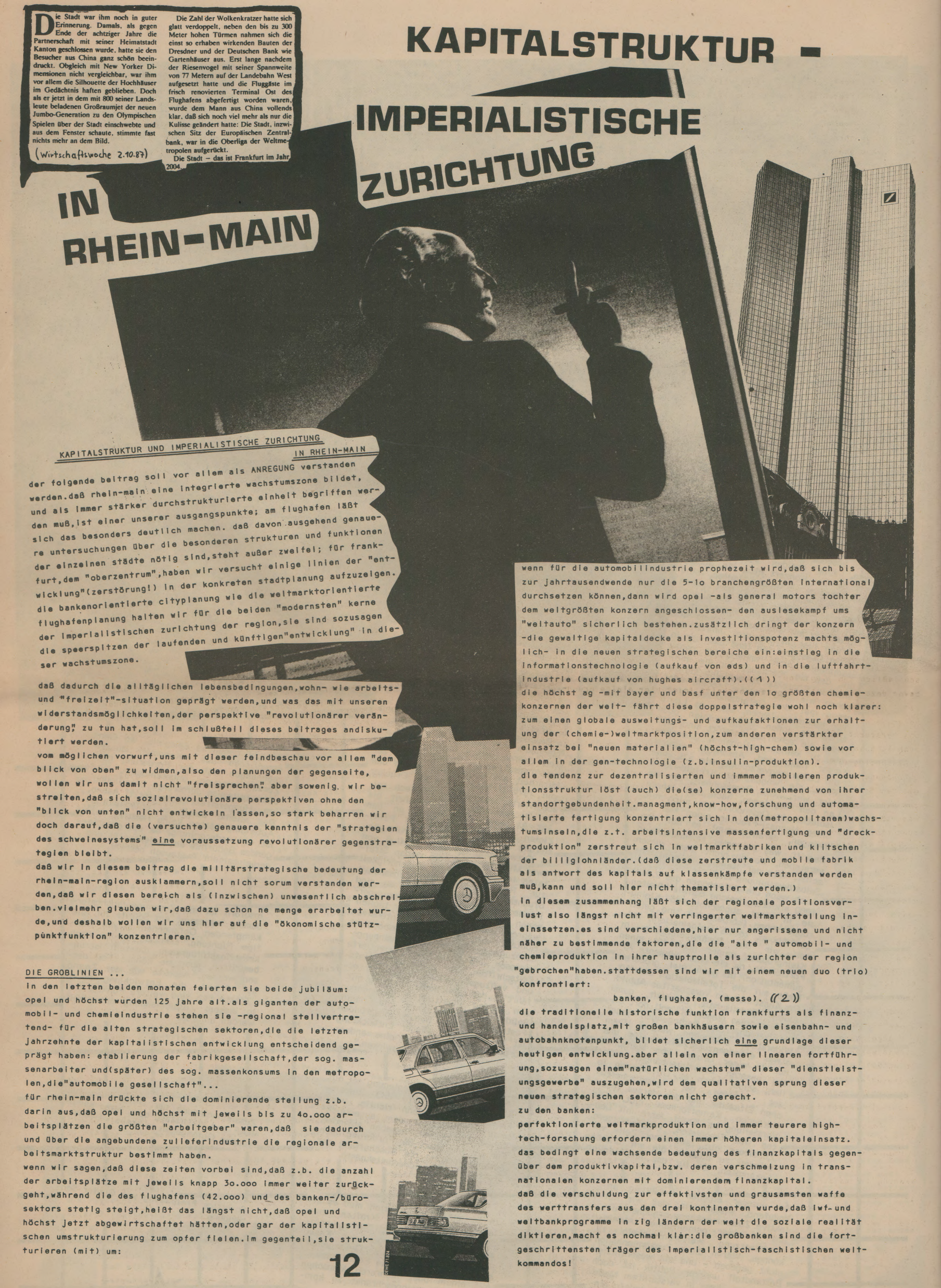
Die Stadt war ihm noch in guter Erinnerung. Damals, als gegen Ende der achtziger Jahre die Partnerschaft mit seiner Heimatstadt Kanton geschlossen wurde, hatte sie den Besucher aus China ganz schön beeindruckt. Obgleich mit New Yorker Dimensionen nicht vergleichbar, war ihm vor allem die Silhouette der Hochhäuser im Gedächtnis haften geblieben. Doch als er jetzt in dem mit 800 seiner Landsleute beladenen Großraumjet der neuen Jumbo-Generation zu den Olympischen Spielen über der Stadt einschwebte und aus dem Fenster schaute, stimmte fast nichts mehr an dem Bild.

(Wirtschaftswoche 2.10.87)

Die Zahl der Wolkenkratzer hatte sich glatt verdoppelt, neben den bis zu 300 Meter hohen Türmen nahmen sich die einst so erhaben wirkenden Bauten der Dresdner und der Deutschen Bank wie Gartenhäuser aus. Erst lange nachdem der Riesenvogel mit seiner Spannweite von 77 Metern auf der Landebahn West aufgesetzt hatte und die Fluggäste im frisch renovierten Terminal Ost des Flughafens abgefertigt worden waren, wurde dem Mann aus China vollends klar, daß sich noch viel mehr als nur die Kulisse geändert hatte: Die Stadt, inzwischen Sitz der Europäischen Zentralbank, war in die Oberliga der Weltmetropolen aufgerückt.

Die Stadt – das ist Frankfurt im Jahr 2004.

# KAPITALSTRUKTUR – IMPERIALISTISCHE ZURICHTUNG IN RHEIN-MAIN



## KAPITALSTRUKTUR UND IMPERIALISTISCHE ZURICHTUNG IN RHEIN-MAIN

der folgende beitrag soll vor allem als ANREGUNG verstanden werden.daß rhein-main eine integrierte wachstumszone bildet, und als immer stärker durchstrukturierte einheit begriffen werden muß,ist einer unserer ausgangspunkte; am flughafen läßt sich das besonders deutlich machen. daß davon ausgehend genauere untersuchungen über die besonderen strukturen und funktionen der einzelnen städte nötig sind,steht außer zweifel; für frankfurt,dem "oberzentrum",haben wir versucht einige linien der "entwicklung"(zerstörung!) in der konkreten stadtplanung aufzuzeigen. die bankenorientierte cityplanung wie die weltmarktorientierte flughafenplanung halten wir für die beiden "modernsten" kerne der imperialistischen zurichtung der region,sie sind sozusagen die speerspitzen der laufenden und künftigen"entwicklung" in dieser wachstumszone.

daß dadurch die alltäglichen lebensbedingungen,wohn- wie arbeits- und "freizeit"-situation geprägt werden,und was das mit unseren widerstandsmöglichkeiten,der perspektive "revolutionärer veränderung" zu tun hat,soll im schlußteil dieses beitrages andiskutiert werden.

vom möglichen vorwurf,uns mit dieser feindbeschau vor allem "dem blick von oben" zu widmen,also den planungen der gegenseite, wollen wir uns damit nicht "freisprechen" aber sowenig. wir bestreiten,daß sich sozialrevolutionäre perspektiven ohne den "blick von unten" nicht entwickeln lassen,so stark beharren wir doch darauf,daß die (versuchte) genauere kenntnis der "strategien des schweinesystems" eine voraussetzung revolutionärer gegenstrategien bleibt.

daß wir in diesem beitrag die militärstrategische bedeutung der rhein-main-region ausklammern,soll nicht sorum verstanden werden,daß wir diesen bereich als (inzwischen) unwesentlich abschreiben.vielmehr glauben wir,daß dazu schon ne menge erarbeitet wurde,und deshalb wollen wir uns hier auf die "ökonomische stützpunktfunktion" konzentrieren.

### DIE GROBLINIEN ...

in den letzten beiden monaten feierten sie beide jubiläum: opel und höchst wurden 125 jahre alt.als giganten der automobil- und chemieindustrie stehen sie -regional stellvertretend- für die alten strategischen sektoren,die die letzten jahrzehnte der kapitalistischen entwicklung entscheidend geprägt haben: etablierung der fabrikgesellschaft,der sog. massenarbeiter und(später) des sog. massenkonsums in den metropolen,die"automobile gesellschaft"...

für rhein-main drückte sich die dominierende stellung z.b. darin aus,daß opel und höchst mit jeweils bis zu 4o.ooo arbeitsplätzen die größten "arbeitgeber" waren,daß sie dadurch und über die angebundene zulieferindustrie die regionale arbeitsmarktstruktur bestimmt haben.

wenn wir sagen,daß diese zeiten vorbei sind,daß z.b. die anzahl der arbeitsplätze mit jeweils knapp 3o.ooo immer weiter zurückgeht,während die des flughafens (42.ooo) und des banken-/bürosektors stetig steigt,heißt das längst nicht,daß opel und höchst jetzt abgewirtschaftet hätten,oder gar der kapitalistischen umstrukturierung zum opfer fielen.im gegenteil,sie strukturieren (mit) um:

wenn für die automobilindustrie prophezeit wird,daß sich bis zur jahrtausendwende nur die 5-1o branchengrößten international durchsetzen können,dann wird opel -als general motors tochter dem weltgrößten konzern angeschlossen- den auslesekampf ums "weltauto" sicherlich bestehen.zusätzlich dringt der konzern -die gewaltige kapitaldecke als investitionspotenz machts möglich- in die neuen strategischen bereiche ein:einstieg in die informationstechnologie (aufkauf von eds) und in die luftfahrtindustrie (aufkauf von hughes aircraft).((1))

die höchst ag -mit bayer und basf unter den 1o größten chemiekonzernen der welt- fährt diese doppelstrategie wohl noch klarer: zum einen globale ausweitungs- und aufkaufaktionen zur erhaltung der (chemie-)weltmarktposition,zum anderen verstärkter einsatz bei "neuen materialien" (höchst-high-chem) sowie vor allem in der gen-technologie (z.b.insulin-produktion).

die tendenz zur dezentralisierten und immmer mobileren produktionsstruktur löst (auch) die(se) konzerne zunehmend von ihrer standortgebundenheit.managment,know-how,forschung und automatisierte fertigung konzentriert sich in den(metropolitanen)wachstumsinseln,die z.t. arbeitsintensive massenfertigung und "dreckproduktion" zerstreut sich in weltmarktfabriken und klitschen der billiglohnländer.(daß diese zerstreute und mobile fabrik als antwort des kapitals auf klassenkämpfe verstanden werden muß,kann und soll hier nicht thematisiert werden.)

in diesem zusammenhang läßt sich der regionale positionsverlust also längst nicht mit verringerter weltmarktstellung ineinssetzen.es sind verschiedene,hier nur angerissene und nicht näher zu bestimmende faktoren,die die "alte " automobil- und chemieproduktion in ihrer hauptrolle als zurichter der region "gebrochen"haben.stattdessen sind wir mit einem neuen duo (trio) konfrontiert:

banken, flughafen, (messe). ((2))

die traditionelle historische funktion frankfurts als finanz- und handelsplatz,mit großen bankhäusern sowie eisenbahn- und autobahnknotenpunkt, bildet sicherlich eine grundlage dieser heutigen entwicklung.aber allein von einer linearen fortführung,sozusagen einem"natürlichen wachstum" dieser "dienstleistungsgewerbe" auszugehen,wird dem qualitativen sprung dieser neuen strategischen sektoren nicht gerecht.

zu den banken:

perfektionierte weltmarkproduktion und immer teurere high-tech-forschung erfordern einen immer höheren kapitaleinsatz. das bedingt eine wachsende bedeutung des finanzkapitals gegenüber dem produktivkapital,bzw. deren verschmelzung in transnationalen konzernen mit dominierendem finanzkapital.

daß die verschuldung zur effektivsten und grausamsten waffe des werttransfers aus den drei kontinenten wurde,daß iwf- und weltbankprogramme in zig ländern der welt die soziale realität diktieren,macht es nochmal klar:die großbanken sind die fortgeschrittensten träger des imperialistisch-faschistischen weltkommandos!

hinter new york,tokio und london will frankfurt sich weltweit als das viertgrößte finanzzentrum etablieren."nach vorsichtigen schätzungen wird von den in ffm tätigen in- und ausländischen kreditinstituten heute mehr als die hälfte des geld- und kapitalverkehrs der brd mit dem ausland abgewickelt"((3)). untersuchungen dazu,wie auch zum zusammenhang von bundesbank, "deutschen"/internationalen großbanken und börse,zur bedeutung der für frankfurt anvisierten europäischen zentralbank... können wir nicht leisten;selbst der versuch hätte den beitrag hier gänzlich gesprengt.

auch zur messe

können und wollen wir hier nicht allzuviel sagen.daß die bedeutung internationaler ausstellungen und repräsentationen mit der ausweitung des weltmarktes ansteigt,liegt auf der hand.

aber den letztlichen strategischen stellenwert halten wir vor allem im vergleich zu banken und flughafen für relativ gering. gesonderterwähnen wollen wir diesen bereich deshalb,weil die messe,gerade im zusammenhang mit dem flughafen vor allem frankfurtbezogen eine gewichtige rolle zukommt.sie potenziert weltstadtflair,vom messebau über die taxizunft bis zum hotel- und gaststättengewerbe reicht die liste der "abhängig beschäftigten",und die werden immer mehr.

schließlich zum flughafen:
bevor dazu gleich ein längerer abschnitt folgt,hier einige grundsätzliche überlegungen zur frage,wie wir dazu kommen,dem flughafen den stellenwert eines strategischen sektors beizumessen. was versteckt sich eigentlich hinter diesem begriff,der so oft auch in unseren texten auftaucht,wo dann informations- und biogentechnologie,raumfahrt.. als beispiele drangefügt sind,ohne zu benennen,wodurch diese bereiche zu besonderen,eben strategischen projekten fürs kapital werden?
zum einen wächst das strategische in bestimmten sektoren in dem maße,wie diese bereiche an einfluß auf alle produktions-(und reproduktions-)prozesse gewinnen:in allen produkten steckt energie,der "fortschreitende siegeszug des computers" in alle produktionsbereiche,die künftige biogen- und raumfahrttechnologische durchdringung aller produktmaterialien,pflanzen,tiere , menschen... .dieser totaleinsatz macht diese bereiche zu neuen wachstumsfeldern,zu den vermarktungs- und damit profitmöglichkeiten der zukunft.
mindestens ebenso wichtig ist aber der faktor der herrschaftssicherung.d.h. mit dem projekt müssen immer weitergehende enteignungs- und abhängigkeitsprozesse gegen den unruhefaktor mensch verbunden sein.und diese angriffe des kapitals auf die subjektivität der menschen werden in immer verschärfterer form mittels neuer technologien vorgetragen.so z.b. die bio-gen-technologie, die auf die enteignung der frauen in der erzeugung der nachkommenschaft abzielt.diese technologischen angriffe laufen hinter der scheinbaren neutralität der medizin (bio-gen),des informationsdienstes (computerisierung),der energieversorgung (kerntechnik) und auch des transportwesens -womit wir wieder beim thema wären.wenn auch nicht in allererster reihe,so gehört der luftverkehr doch auch zu den strategischen projekten,die auf neuer stufe profitabpressung mit herrschaftssicherung verknüpfen.

denn globaler schnellsttransport ist gleichzeitig folge und bedingung,infrastruktur und impulsgeber für die transnationale weltmarktorganisation,der modernsten,globalisierten antwort des kapitals auf verweigerung,widerstand und revolutionäre organisierung der menschen.
genau wie der computer nicht eine "einfache" fortführung des telefon- oder funkdienstes ist,und genau wie die biogentechnologie keine "einfache" fortentwicklung der bio/chemie darstellt, entsprechend -wenn auch in der bedeutung eine nummer kleiner- ist der luftverkehr nicht die "einfache" verlängerung des schienen- und straßenverkehrs... er ist mehr als nur schneller!

## DIE BEDEUTUNG DES FLUGHAFENS FÜR DEN IMPERIALISTISCHEN STÜTZPUNKT RHEIN-MAIN

daß wir versuchen wollen,die obigen thesen in einer genaueren betrachtung zum flughafen zu konkretisieren,hat neben dessen behaupteter zentraler funktion zwei weitere praktische gründe: zum einen gabs und gibts ansätze,zum gesamtflughafen in eine genauere arbeit einzusteigen,auf die wir uns beziehen wollen.verwiesen sei auf ein älteres strategiepapier aus startbahn-bi-kreisen und neueste diskussionen dort zu diesem thema,sowie die letzten zwei ausgaben des "hau-ruck". zum anderen halten wir es für wichtig,die schärfe der repressionswelle nach den schüssen vom 2.11. auch (!) vor dem hintergrund zu sehen,daß der startbahnwiderstand immer,wenn auch z.t. unbewußt,eine blockierung des strategischen projekts gesamtflughafen bedeutet hat.

## hintergründe der ausweitung des luftverkehrs und der ausbau des rhein-main-flughafens

seinen zielen der profitakkumulation und herrschaftssicherung verpflichtet sucht sich das kapital immer stärker im globalen rahmen zu formieren:von der transnationalen finanz- und produktionsstruktur bis zur "weltsozialpolititik".. .weltmarktorganisation schließlich heißt das imperialistische zauberwort,und die neuen technologien sind die waffen ihrer gnadenlosen durchsetzung.

die dezentralisierung der produktionsabschnitte (z.b. in weltmarktfabriken/verschärfung der internationalen arbeitsteilung) und ihre optimierte zusammenfügung und verteilung (z.b. in just-in-time-produktion) verlangen nach schnellsten transportmöglichkeiten.zwar ist bisher nur der kleinste teil der waren (1,5%) luftfrachtfähig, nur 1% der weltmarktprodukte werden verflogen. allerdings stecken in diesen geflogenen produkten 10% des warenwertes,im us-europa-handel gar über 50%!((4)).dem volumen nach kleine,gewichtmäßig leichte,aber teure high-tech-waren bestimmen dieses verhältnis,"computer,im überseeischen transport,sind sozusagen das ideale luftfrachtgut"((5)).sie werden auch für einen anhaltenden boom im luftfrachtsektor sorgen,befindet sich dieser doch noch "im embryonalen stadium" ((6)).
die zentralisierung des kommandos,die abstimmungstreffen und kontrollflüge der manager-,techniker- und forscherköpfe begründen die wachstumsparallele im personenluftverkehr.der berechenbare, geschäftliche linienverkehr ("tagesrandzeitenangebote als hauptkundenorientierung") bildet das rückgrat,bei lufthansa macht er "2/3 des gesamtaufkommens"((7)) aus.ob sich die satelittengestützte videokonferenz mit der weiteren perfektionierung der kommunikationstechniken als konkurrenz oder verträgliche ergänzung zum geschäftspersonenverkehr entwickelt,bleibt abzuwarten.die einrichtung von videokonferenzmöglichkeiten im fac am flughafen ((8)) sprechen momentan für letzteres.
der charterbereich ist mit der ausweitung des fliegenden massentourismus,einem reproduktionsprivileg der metropolitanen 2/3-kernarbeiter/angestellten,ebenfalls stark angewachsen.angesichts des vorläufig noch auf bestimmte schichten (kranke,alte,arme)konzentrierten krisenangriffs hier,wird sich daran so schnell nichts ändern;zumal sich der urlaubstourismus als optimale durchsetzung der geldökonomie bis "in die letzten winkel" eignet und damit die modernisierung/zerstörung"anderer kulturen"vorantreibt.
im fracht- wie im personentransport,das wachstum des luftverkehrs als der transporttechnologie des weltmarktes scheint zunächst grenzenlos...
der rhein-main-flughafen als achtgrößter weltflughafen im personenverkehr und drittgrößter im frachtverkehr (nr.1 in europa) trägt dieser entwicklung voll und ganz rechnung.
die startbahn-18-west war nur der offensichtlichste,räumlich einschneidenste ausdruck im ausbauprogramm,das '82 eingeweihte "größte und modernste frachtzentrum der welt"((9)),das gerade neu eröffnete airport-center (fac),die verdichtung der flughafengeschäfte zur air-port-city und der speditionsanlieger zur cargo-village sind weitere,z.t. ebenso wichtige meilensteine.der generalausbauplan,die ankündigung milliardenschwerer investitionen in den nächsten jahren((10)),in denen die 18-west auch als landepiste benutzt und/oder eine neue parallelbahn gebaut werden soll, all das läßt kaum einen zweifel an der strategischen bedeutung dieses projekts für die herrschenden.neben dem finanzsektor ist und bleibt der flughafen der garant dafür,daß rhein-main (hinter dem high-tech-zentrum münchen mit 1991 fertiggestelltem großflughafen!) bis ins nächste jahrtausend als (zweite) wachstumszone der brd besteht.

## flughafenbezogene konzernansiedlung das beispiel der computerlager

als eine der größten drehscheiben des weltluftverkehrs ist der rhein-main-flughafen wesentlicher standortfaktor der region. die schnellsten direktverbindungen sind der entscheidende fak-

tor und begründen zu einem guttell die sogwirkung auf weltmarkt-
orientierte unternehmungen.
für managment von banken ((11)) und großindustrie,für messedele-
gationen wie fachbesucher,für wissenschaftler von forschungsin-
stituten ((12)) wie für ingenieure von"entwicklungshilfe"organisationen
ist "zeit ist geld" alles andere als eine hohle phrase,optimier-
te erreichbarkeit zählt.

im frachtbereich wiegen die besten dirktverbindungen in form
schnellster umschlagzeiten noch schwerer,für produktion wie für
distribution(verteilung/vertrieb).denn mehr als je zuvor wird
"transport zum teil des produkts"((13)),vor allem bei hochwertigen
gütern.für haushaltsgeräte z.b. aus dem "braun"-lager in dietzen-
bach,für autoteile von "jaguar" in kronberg oder für chemische
produkte von "röhm" in darmstadt spielt die flughafennähe zwei-
fellos eine untergeordnete rolle.nur in sonderfällen wird für
diese billigen oder schweren massenprodukte die teure luftfracht
in anspruch genommen,der lkw- bzw. bahntransport im europäischen,
der schiffscontainertransport im überseeischen handel bleiben
absolut dominant und bedingen den nur 1%igen luftfrachtmengenan-
teil am welthandel.

absolut zeitabhängig dagegen ist der transport verderblicher gü-
ter.die metropolitane winterversorgung mit erdbeeren aus ecuador
oder blumen aus kenia((14)) und kolumbien (im vertrieb z.b. des
"blume 2000"-lagers in raunheim) -cash-cropgeschäfte,die sich
nur auf der grundlage absoluter ausbeutung der frauen im trikont
lohnen- ließe sich ohne schnellsten lufttransport gar nicht or-
ganisieren.

bestimmend für die bedeutung der luftfracht sind allerdings
"wertvolle" high-tech-produkte,woraus sich,wie gesagt, die 10%
des welthandelswertes ableiten.lange lager- und transportzeiten
würden hier als ineffektive kapitalbindung besonders durchschla-
gen((15)),umgekehrt macht die differenz von produktwert und trans-
portpreis den flug lohnenswert.daß sich diese kapitalistische
weltmarktlogik voll durchsetzt,wurde im"hau-ruck"nr.7 vom früh-
jahr '87 genauer nachgezeichnet."fast symmetrisch konzentrisch"
tummeln sich die zentralen verteilungslager (distributionszen-
tren) und vertriebsfilialen der vor allem amerikanischen computer-
giganten rund um den rhein main-flughafen."die deutschen tochter-
unternehmen von mindesten sechs us-konzernen unterhalten ihr "eu-
ropean-distribution-center",ihr europäisches zentrallager in di-
rekter flughafennähe.darunter befindet sich der supergigant"ibm",
mit bourroughs/sperry (unisys),digital (dec),data general und
control data ist hier die gesamte weltspitze vertreten.(...)

den genannten computerlagern sind jeweils die verteilung organi-
sierende vertriebs- und verwaltungszentralen angegliedert."euro-
pean headquarters" und repräsentanzen finden sich zusätzlich von
weiteren computerriesen wie mai,honeywell-bull...,aber auch von
europäischen herstellern wie nixdorf und olivetti.(...)für die
technischen abteilungen schließlich,die in aller regel den ver-
triebszentralen angeschlossen sind,ist schnelle erreichbarkeit
ebenfalls unabdingbar,sowohl was den transport zu reparierender
bauteile angeht als auch für installationnen durch monteure und
techniker vor ort."((16)).
und aus dem gutachten des umlandverbandes: ..(für ibm-warenver-
teilungszentrum in rodgau) ist von hier aus (30 min-bereich des
flughafens) eine zentrale ersatzteilversorgung der brd im nacht-
sprung (!) zu gewährleisten."

## flughafen als zurichter der region

unsere zentrale these lautet also,daß der flughafen nach bzw. mit
dem bankensektor auf dem hintergrund der zunehmenden weltmarktor-
ganisation zum zentralen wachstumskomplex aufgestiegen ist und in
seiner sogwirkung entscheidend die gesamtstruktur der rhein-main-
region prägt.

dem kern,dem direkten flughafenapparat mit seinen 40.000 beschäf-
tigten bei fag,lufthansa,in der air-port-city,hotels.., ist in
direkter umgebung das cargo-village mit seinen luftfrachtspedi-
tionsbetrieben angeschlossen."zentrale randlagen"(industriegebie-
te in anliegergemeinden) leiten dann über in die rhein-main-städte,
die "hauptachse" führt -über niederrad- ins"oberzentrum" frankfurt,
zu banken,messe,hotels.. . diese "polyzentrische struktur",also
die regionale mittelpunktlage des flughafens wird als optimale
entwicklungsbedingung hin zum "verdichtungszentrum flughafen" be-
wertet ((17)).

daß sich diese zonierung in zunehmendem maße auf arbeits- und
lebensbedingungen in der region auswirkt ("embryonales stadium"!)
macht den flughafen zu einem zentrum der (um-)strukturierung,
dessen wellen uns immer härter um die ohren schlagen werden ...

## ZUR STADTPLANUNG IN FRANKFURT

der größte teil des folgenden textes versucht die konkreten pla-
nungen der nächsten jahre innerhalb der laufenden umstrukturierung
der stadt frankfurt "zusammenzubringen". dabei bleiben wir meist
auf der ebene der "sicht von oben". zum einen, um den einstieg in
die stadtplanung insgesamt zu finden; zum anderen aus mangelndem
wissen der wirklichen lebenssituation in den einzelnen (bestimmten)
vierteln - die es zu untersuchen gilt, wobei schon vieles z.b. an
erfahrungen von uns in den stadtteilen zusammengetragen werden kann,
von den(stadtteil-) gruppen, dortigen ini's usw. diese"lücke"
zieht sich also (noch) durch den ganzen text, und sie ist auch nicht
mit "verstärktem einsatz" von statistischem material zu füllen -
die hier verwendeten zahlen dienen dem "überblick", oder als gerüst
für genauere untersuchungen, praktische initiativen...

was die stadtplaner -ganz modern- als "erhaltung gewachsener nutzungs
vielfalt und quatiersbildung" bezeichnen, ist die strategie der zu-
richtung, anbindung der stadtteile an ihr "funktionsmodell der city"/
frankfurt. in "der city" existiert kaum mehr lebensraum für uns, je
klarer aber hier die kernplanung durchgesetzt werden wird, umso hö-
her schlagen die wellen in die ("unsere") viertel.
stadtplanung steht für die technologische zerstörung und zurichtung
unseres alltags, von widerstandsorten in der stadt. d.h. wir sehen
sie nicht nur als "wirtschaftlich notwendige", aus der sicht des
kapitals "sinnvolle" stadtentwicklungsplanung. so begrenzt sich zb.
die zerstörung des bahnhofsviertels aus kapitalistischer logik nicht
auf "optimale" wirtschaftliche nutzung des zentralen gebiets. ver-
trieben werden dort gerade die ärmeren, ausländer-innen aus ihren
lebenszusammenhängen, gegen ihre überlebensstrategien..., aus einem
viertel der stadt, daß heute wohl am wenigsten kontrollierbar ist,
und den herren nicht gerade ein gefühl von sicherheit vermittelt.
"ins bahnhofsviertel wagte sich wallmann ..allenfalls zu einem foto-
termin vor einer dieser "entwürdigenden" peep-shows, die er 1982
-vergebens- verbieten lassen wollte".((18))

es ist durchgängige geschichte, daß immer wieder die quatiere von
den armen und arbeiterfamilien von der politik der demolierung, sa-
nierung , modernisierung und vertreibung getroffen werden. so hatte
der bau von groß-siedlungen des sozialen woh nungsbaus höchstens die
quantitative funktion (mit staatlicher subventionierung) von versor-
gung von arbeiter- und kleinen angestelltenfamilien mit "billigem"
wohnraum. tausende von wohnzellen an einem ort hat gezielte verein-
zelung und isolation zur folge mittels den techniken bevölkerungs-
durchmischung, observation, unterwerfung der befriedigung aller be-
dürfnisse unters einkaufszentrum, zuordnung zu industriellen ent-
wicklungsachsen usw., für die völlige zerstörung des sozialen all-
tags. ((19)) bis heute folgte im selben sinn vertreibung der vier-
telbewohner-innen (auch bürgerlicher, siehe westend, bahnhofsviertel)
an die stadtränder, um alte quatiere mit "sozialen" groß- wohnbau-
anlagen umzukrempeln, für die "stadtteilsanierung", für (wirtschaft-
liche) kernplanung.

## stadtplanung in frankfurt

die stadt aus der sicht der stadtplaner: ".. frankfurt ist geprägt
durch den im internationalen flugverkehr größten deutschen flugha-
fen, sowie durch seine zentrale lage im europäischen autobahn- und
einsenbahnnetz. diese hervorragenden lage- und standortbedingungen
werden ergänzt durch bedeutende kultur- und bildungseinrichtungen
sowie landschaftlich attraktive erholungsbereiche. damit hat frank-
furt für seine weiterentwicklung eine optimale ausgangsposition.
hier muß die überlegung ansetzen, ob und wie es gelingt, die nach-
gefragten flächen an gesuchten city-standorten nachzuweisen und
damit die urbane metropolstruktur frankfurts und seiner city aus-
zubauen." ((20))

"oberbürgermeister brück und sein wirtschaftsförderer ritterhaus
werben daher in der city für weiteren hochhausbau und im großraum
(rhein-main) für wirtschaftliche entlastung der "kernstadt". ...
frankfurts status als wirtschaftsmetropole in der internationalen
oberliga gelte es auszubauen und zu verteidigen. ..die stadt und
der gesamte großraum verdanken ihren aufstieg in die "oberliga" den
beiden "megatrends" tertiärisierung und internationalisierung; gut
drei viertel der wertschöpfung und der arbeitsplätze entfallen auf
den dienstleistungssektor. der tertiäre sektor ist durch eine hohe
neigung zur agglomeration (zusammenballung) geprägt; banken und
börse, banknahe dienstleistungen und die medien- und kommunikations-
wirtschaft gehören selbstverständlich in die city. .. erforderlich
sind hohe investitionen in wirtschaftliche infrastruktur und in
stadt- und kulturangebote für ansässige einwohner wie für zuziehende
mobile dienstleister."((21))
(zu sog. dienstleistungssektor, tertiärer sektor..siehe auch
am schluß)

wenn auch im typischen wirtschaftswunderstil gehalten, sollen die
zitate erstmal so stehen bleiben, weil wir die begriffe wie "kern-

stadt" (auch: oberzentrum ffm), angestrebter "einheitlicher wirtschaftsraum" aus dem sprachgebrauch der plan er für die anvisierte "entwicklung" sehr treffend finden. zugleich sparen wir uns damit im weiteren die diversen beschreibungen von der sog. "ausgangslage", oder "zielvorstellungen", die sämtlichen stadtplanerischen leitlinie für frankfurt immer vorangestellt sind. für die nächsten jahre geht es ihnen darum, diese umrissene "entwicklung" durchzusetzen, und die bereiche leben, arbeiten in der stadt den "neuen rahmenbedingungen" zu unterwerfen.

im leitplan für die frankfurter city steht die "verfügbarkeit von flächen im innenstadtbereich" und deren planungsrechtliche festlegung entsprechend als ausgangspunkt. hier würden standorte nachgefragt,"die sich durch hohe zentralität, gekoppelt mit großen fühlungsvorteilen und erreichbarkeit, auszeichnen", d.h. von banken, versicherungen, büros der konzerne; dabei folgen insbesondere auch die führenden computerkonzerne, mit "maßgeschneiderter" software für die geldbranche. stichwort: "verdichtete arbeitsplatznutzung in der city". mit dem weieren ausbau der (jetzigen)"city" und einer ausweitung der "cityfunktionen" nach westen und osten können die planer "als ergebnis festhalten, daß kurzfristig (bis 1990) zwischen 360.000 $m^2$ bürofläche gebaut werden können, dem gegenüber steht ein erfahrungswert von ca. 100.000 $m^2$ pro jahr an gebauter bürofläche in der innenstadt und ein bedarf von bis zu 2,6 mio $m^2$ für die gesamtstadt bis 1990." ((22)) konkret sind mind. 12 hochhäuser in der innenstadt/ angrenzende stadtteile vorgesehen.
"leitvorstellungen" sind:
- stärkung der metropolfunktion der frankfurter city, bei gleichzeitiger verteilung von funktionen in der region nach zentralitätsstufen ..."sinnvoller austausch" von kernstadt und umland
- stärkung des wohnens, verbesserung der wohnqualität und erholung in der city
- zusätzliche zentrale arbeitsplätze..
- optimale verkehrsauslastung, ausbau von straßen, u- und s-bahnen

was die stadtplanung in frakfurt im kern bedeutet, macht der stadtplaner speer an anderer stelle deutlich:"neue arbeits- und kommunikationstechnologien können auch dazu genutzt werden, die stadt wieder als gemeinsamen lebensraum für wohnen, arbeiten und erholung zurückzugewinnen." ((23)) statt neuausgewiesener wohn- und gewerbegebiete am standtrand sollen vorhandene, innerstädtische flächen genutzt werden. dies schone die natur und landschaft! verhindere neue verkehrsströme...zur innenstadt als arbeitspatzstandort und versorgungsschwerpunkt usw.

was das eigentlich heißt, wurde in dem flugblatt "gegen herrschaftsarchitekturen und bevölkerungskontrolle" zur hausbesetzung in der basaltstraße (ffm bockenheim) von frauen schon treffend beschrieben: "(...) parallel zum ausbau dieser "citylandschaft", deren attraktivität - die konzentrierte anreicherung mit luxuskonsumrennbahnen und stahlglas-kulturerlebniszonen für die high - society - die illusion der weltstädtischen metropole inszeniert, bleiben auch die angrenzenden regionen der city von der stadtplanung nicht verschont. hierarchisch abgestuft nach den anforderungen des city-erweiterungskonzepts werden die umliegenden stadtteile entweder zum "city-nahen wohngebiet" für die zahlungskräftigen angestellten umgewandelt, oder zum gewerbeansiedlungsgebiet erklärt für weitere mega-bürotürme. die letzten viertel mit billigen altbauten und ner erträglichen umgebung werden je nach bedarf saniert, modernisiert oder abgeholzt und in astronomische höhen driftende mieten sind da kein dummer zufall. die menschen, die für die schaffung kapitalistischen profits unnötig gewrden sind, oder sich schon immer dem zwang zur arbeit verweigert haben, werden nach ihren plänen an die peripherie der stadt verbannt. sie spielen keine rolle mehr im konzept menschlicher totalverwertung, außer als abrufbereite manövriermasse für unterbezahlte büroputzkolonnen oder imagepflegende grünzonenpolitur. (...)" ((24))

"das zielmodell gliedert die innenstadt in quatiere, welche in engen beziehung zueinander stehen..." ((25))
während der innerstädtische bereich um hauptwache und zeil und das bahnhofsviertel "verstärkte aktivitäten städtischer und regionaler art vereinen" (d.h. zeil als überregionale einkaufszone an der europäischen spitze.., hauptbahnhof,..), wird der östliche innenstadtbereich vorallem für verdichtetes citywohnen verplant.
angestrebt wird die weitere gliederung des citybereichs in überschaubare räumliche einheiten, sprich wie der römerberg/öffentliche verwaltung, gerichtsviertel, uni-viertel,... sowie "überschaubare einheiten" von erlebniszonen.. erholungsräume/verkehrsberuhigtes mainufer, oder konsumzone freßgasse-zeil. eine weitere "zweite" zeil für konsum und tägliche bedarfsdeckung "mit metropolcharakter" wird sich vom hauptbahnhof, kaiserstraße, über die hauptwache bis zum eschersheimer turm ziehen. der neu kunststeingepflasterte roßmarkt nähe hauptwache ist z.b. ein teil davon ((26))

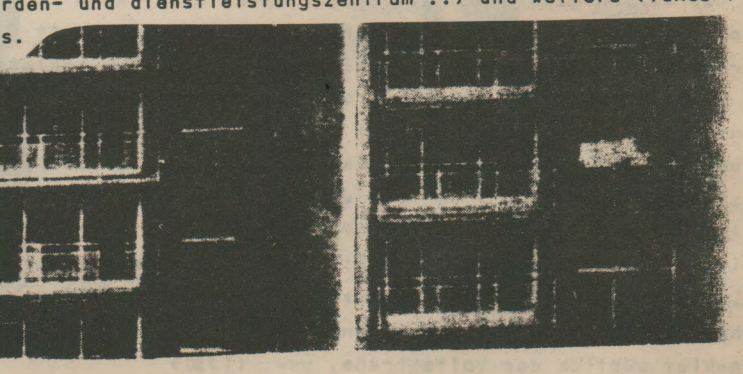
"die uferlandschaft beidseitig des mains ..vor dem hintergrund der hochhauskulisse stellt sie eine wichtige zone der ruhe und erholung da, die von allen aktivitätsbereichen der innenstadt gut zu erreichen ist.."((27)) geplant ist neben der verkehrsberuhigung die weitere anordnung von museen, theater, kulturelle einrichtungen (frühzeitige "szene"flohmarktbereinigung!), und gehobenes, städtisches wohnen.

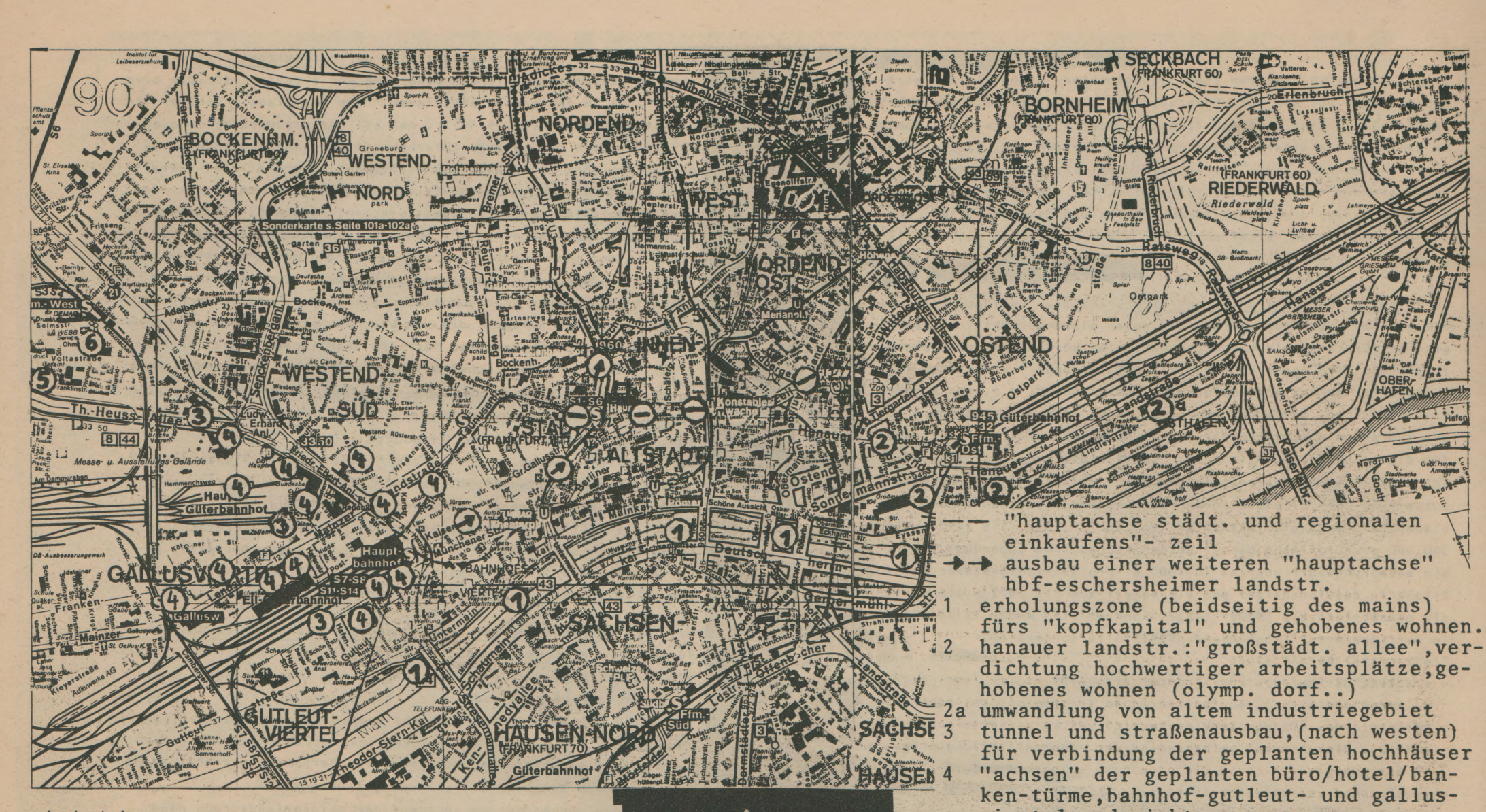
zum "ausgleich des west-ost-gefälles der citynutzung" ist einiges auch im zusammenhang mit der bewerbung von frankfurt für die olympiade 2004 in der presse erschienen. "die olympiade - vehikel für die stadtplanung" (fr.29.4.)... mal bei der großmarkthalle oder osthafen, auch das gelände güterbahnhof war genannt, könnte das olympische dorf für 15.000 sportler-innen entstehen, und später eine stadt für den gehobenen (single-) wohnbedarf sein. mit oder ohne olympia ist der osten dementsrechend verplant. die hanauer landstraße dabei wäre typisch für große brachliegende gewerbezonen in der innenstadt. "der städtebauliche entwurfansatz ist denkbar einfach. vorraussetzung ist die ermittlung der für die zukunft brauchbaren städtebaulichen elemente,.. erschließung ... flexible art der nutzung, die vom bürohaus bis zur hallenbauweise möglichst viele, überwiegend tertiäre funktionen beinhalten kann. ((28)) weitere "planerische" stichworte: hanauer landstraße als "großstädtische allee", neue erschließungspunkte im öffentlichen verkehrsnetz (=angefangen), usw., wie auch steuerliche"hilfen" für "neugründungen an alten standorten".
der stadtteil ostend gehört zu den "traditionellen" gebieten mit gewerblichen arbeitsplätzen. gab es '77 noch ebensoviele arbeitsplätze wie auch bewohner-innen, ca. 20.000, sind es heute noch knapp die hälfte - besonders aufgrund produktionsverlagerungen. heute finden sich täglich in einer dortigen zweigstelle des arbeitsamtes etwa 300 arbeitslose und sozialhilfeempfänger ein, wo sie zu 90% tages- und stundenjobs vermittelt bekommen.. ((29))

mit der "verbesserung des images an den schwachstellen des frankfurter kernbereichs (bahnhof, ostend, gallus)" ist mit der schärfste angriff gegen das heutige leben in den stadtteilen im sog. cityleitplan überschrieben. die hier anstehende dimension braucht den vergleich mit der durchsetzung des westends zum bankenviertel kaum zu scheuen; für einen (teil-) überblick dessen hier eine sicher unvollständige auflistung von geplanter "arbeitsplatzverdichtung" in der gegend bahnhof, gutleut und gallusviertel:
- zwei neue hochhäuser am westrand der mainzerlandstraße nähe hbf; gehört noch zum westend, wo insgesamt die konzentration der banken weitergeht, verdrängung von"weniger"-zahlungskräftigen in die stadtteile
- ein 200m-turm am platz der republik (für 20 wohnungen, hotel, bürofläche)
- der dresdner bank gehört mittlerweile die ganze halbverfallene weserstraße im bahnhofsviertel
- mehrere hochhäuser an der mainzer landstraße richtung gallus-warte, u.a. comerzbankturm neben (und vielleicht auf..) dem gelände des kbw-haus
- güterplatz-hochhausbebauung
- "sanierung" zugunsten der faz-ausweitung (gallus)
- geplant wird die auslagerung des güterbahnhofs (!) nähe hbf "für hochhaus- und grundstücksgeschäfte"..
- sog. "campanile"hochhaus auf dem heutigen bundesbahnparkplatz (südseite des hbf), mit 64 etagen über 260 m hoch, 30 bürоetagen, luxushotel für 700 gäste..., ladenpassage als verbindung zum angrenzenden südflügel des bahnhofs, als verbindung zum
- behördenzentrum/ gutleutkaserne weitere bürohäuser

...
zumindest teile vom gutleutviertel, und "vom bahnhofsviertel werden einige häuserfassaden erhalten bleiben, die in repräsentativen büroraum oder luxuriös sanierten wohnraum umgewandelt werden" ((30)), nicht viel mehr! laut einem spiegelartikel (13/87) gibt es heute im bahnhofsquatier ca. 25.000 arbeitsplätze, in den schulen bis zu den peep-shows, den kleinen ausländischen geschäften bis zur pelzwirtschaft. 1986 sollen, laut frankfurter statistische berichte (47/87) knapp 3000 menschen im bahnhofsviertel leben, "darunter 78,3% ausländer". wie "tot" diese zahlen sind, weiß sicher jede/r, die dort wohnen. im oben genannten spiegelartikel werden - ausgehend von angaben der bullen - etwa 1000 deutsche, aber mittlerweile rund 10.000 ausländer-innen, "die hälfte davon illegal", im viertel vermutet.

ins gutleutviertel (zwischen hbf, baseler platz, main, 8-spuriger autobahn) kamen nach '45 viele flüchtlinge und "sozial schwache" familien. schlechte infrastruktur und beginnende grundstücksspekulationen führten anfang der 60er jahre zum auszug der "traditionellen" bürger und hausbesitzer des viertels. spekulanten eröffneten erst männerwohnheime für ausländer (die gibt es bis heute), später zogen ausländische familien zu... die stadtplaner sehen für das viertel "neben" dem zukünftigen sterilen "tor zur stadt"-bahnhofsviertel vor: gehobene wohnqualität am main entlang incl. westhafen-umnutzung, einige tausend büroarbeitsplätze ("campanile", berhörden- und dienstleistungszentrum ..) und weitere (luxus-) hotels.






— — "hauptachse städt. und regionalen einkaufens"- zeil

→→ ausbau einer weiteren "hauptachse" hbf-eschersheimer landstr.

1 erholungszone (beidseitig des mains) fürs "kopfkapital" und gehobenes wohnen.

2 hanauer landstr.:"großstädt. allee",verdichtung hochwertiger arbeitsplätze,gehobenes wohnen (olymp. dorf..)

2a umwandlung von altem industriegebiet

3 tunnel und straßenausbau,(nach westen) für verbindung der geplanten hochhäuser

4 "achsen" der geplanten büro/hotel/banken-türme,bahnhof-gutleut- und gallusviertel und richtung messe

5 "verdichtung" büroarbeitsplätze in theodor-heuss-allee/messe

6 "city west",bockenheim (süd)

bockenheim

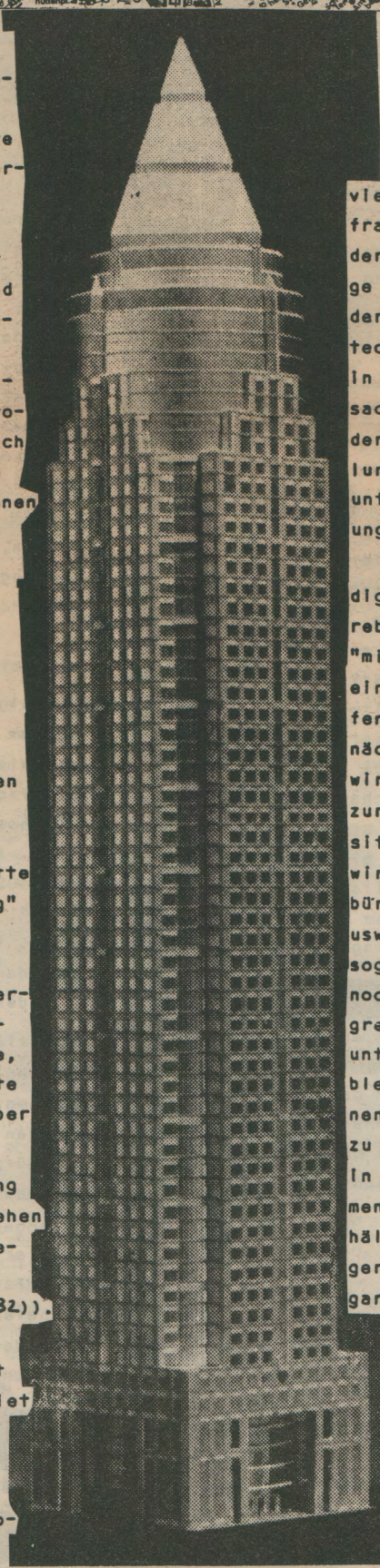
umgeben ist der stadtteil bockenheim von der messe, dortigen hotelhochhäusern und baldigem"messe-turm", von der angrenzenden einfahrtsstraße (ffm/messe) theodor heuss allee, die für weitere "arbeitsplatzverdichtung" ausgeschrieben ist, und dem bankenviertel westend. vom westend aus ist mit der "mini-zeil" leipziger straße, bockenheimer ladengalerie, u-bahn, teuren lokalen, ... die wende zum noblen viertel heute am weitestgehensten sichtbar umgesetzt. weitere vorhaben "von dieser seite aus" sind neu- und ausbauten an der uni ("plan 2000" und "sanierung"des alten straßenbahndepots.

bockenheim ist wohl eines der "musterbeispiele" für durchgeplante und auch "behutsam voranschreitende" sanierungspolitik-im problemviertel mit uni, hohem ausländeranteil.. besonders anfänglich gab es breiteren protest und auch kämpfe und aktionen gegen die vierteisanierung (alternativer spielplatz..hausbesetzung..aktionen gegen u-bahnbau..). heute sind die seit '80 festgelegten sanierungsschwerpunkte verteilt im stadtteil bald abgeschlossen,

bockenheim wieder "sozialverträglicher zusammengesetzt". ohne die kämpfe an dieser stelle nachzeichnen zu können, wurden beispielsweise für die raussanierung der armen und besonders der ausländischen familien einige gelder investiert, für großzügige angebote von ersatzwohnraum, altenwohnanlage (für die großen/ausländ. familien gabs nur wohnungen außerhalb..), usw., und vielleicht wurden sogar zeitliche verzögerungen für reibungslosen ablauf in kauf genommen.

insgesamt begann die laufende "modernisierungspolitik"der stadt frankfurt für die stadtteile nach den häuserkämpfen anfang/mitte der 70er jahre mit dem pilotprojekt "modernisierung und beratung" in bornheim und nordend -für bürgerliche bis alternative wohnqualität. nach einer phase der "akzeptanzforschung" wurden mit der späteren festsetzung von sanierungs- und sog. beratungsschwerpunkten in allen cityangrenzenden stadtteilen die "beratungsaufgaben"an architektenbüros abgegeben. keine abschreckende behörde, sondern stadtteilnahe, jederzeit zugängliche, fachlich kompetente büros beraten nun die hausbesitzer umsonst (die stadt zahlt), aber vorallem "richtig"..((31))

mit der "city west" im süden von bockenheim wird die umkrempelung von der "letzten seite" des viertels her bald perfekt. heute stehen auf diesem gelände zwei neue altea-hotelbauten und ein neues siemens-schulungszentrum.. zwischen brachland, wohnungen und noch 940 "nicht-büroarbeitsplätzen", die "verlagert werden sollen"((32)). einiges von den bekanntgewordenen plänen für diese neue "wohn- und arbeiten-city" sollen hier den anstehenden tiefen einschnitt für das viertel verdeutlichen: in 15 jahren sollen (auf dem gebiet ohmstraße - voltastraße..) 20.000 büroarbeitsplätze und 4000 wohnungen entstehen. als standortvorteil gilt die gute zugänglichkeit "auch während messe-verkehr". es sind aufträge für die planung, gestaltung dieser"city" an die unis in darmstadt, hannover und berlin vergeben worden. der stadtplaner ungers stellte unlängst seine gestaltungsvorschläge vor: hochhäuser im westen des gebiets, "pocket-parks" zwischen wohnsilos, gewerbe und bürobauten oberhalb des opelrondells...bis entlang der theodor heuss allee, wohngebiet südlich der voltastraße, usw. ((33))



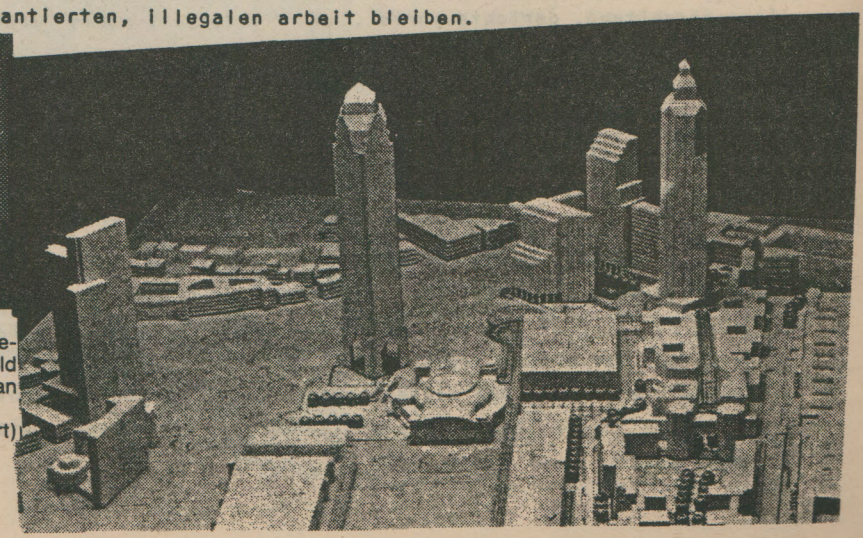
Dies ist das endgültige Modell des Messe-Hochhauses, dessen ersten Entwurf das Bild rechts oben zeigt, nach Veränderungen an der Spitze, der Fassade und am Sockel.
(Bilder: Messe Frankfurt)

vieles der zentralen entwicklungslinien und der vorstellungen der frankfurter stadt(ver)planer bleibt hier angerissen oder aneinandergereiht. vieles fehlt, gerade der stetige ausbau, die planmäßige kontinuität der stadtplanierung, sei es in der bürostadt niederrad oder die vielen "kleineren" neuen firmen besonders im high-tech-bereich in der stadt (erfassung der struktur), die entwicklung in den anderen stadtteilen ("weltweit größtes china-zentrum nach sachsenhausen" ((33)) , ansiedlung der naturwissenschaftlichen bereiche der uni in nord-heddernheim "neben" dem dort geplanten neubau von lurgi und bauland von ici,..), entsprechende infrastruktur unter anderem für pendlerströme,millionenschwere rationalisierung von"erholungszonen" (bundesgartenschau-nidda ((35))),

und nicht zuletzt "einzelheiten", wie die ständige "renovierung" des betonklotzes nordweststadt, wo ein "minirebstockbad" revitalisieren, und das größte glasdach europas "mit bäumen drunter" das leben dort erhellen soll...

ein zentraler kern heutiger stadtplanung in frankfurt wurde hoffentlich deutlich: wie die city-innenstadt-funktionen sich in den nächsten jahren tief in die angrenzenden stadtteile reinfressen wird.

zur eingangs benannten "lücke", dem fehlen der wirklichen lebenssituationen, kommt beim lesen vielleicht noch der eindruck hinzu, wir würden auf "die schlange starren", ..auf das überschwappen von bürokraten, höheren angestellten, neuen managern, "single"wohnen usw. im stadtteil. dazu folgende anmerkung - beispielsweise zum sog. dienstleistungssektor/ arbeitsplatzentwicklung - die auch nochmal verdeutlichen soll, daß wir mit dem wissen von dem "übergreifenden" kapitalstruktur/planungen gerade die wichtigkeit von untersuchungen von unten sehen. der sog. dienstleistungssektor bleibt in sämtlichen statistiken ein "sumpf" von jobs wie bedienen .. über arbeiter-innen in der software-industrie ((36)) bis zu positionen in forschung und management. in dem luxushotel in der "campanile" am hbf beispielsweise werden tausende von menschen arbeiten oder zu gast sein. um die 700 gäste zu bedienen hält man 500 frauen und männer an personal für notwendig.((37)) gerade frankfurt wird auch das zentrum der unterbezahlten, entgarantierten, illegalen arbeit bleiben.



**KONSEQUENZEN ....**

mit den beschriebenen entwicklungspolen banken und flughafen stellt sich für uns in der wachstumszone rhein-main eine andere situation und entwicklung ein als beispielsweise im ruhrgebiet oder im norden,in hamburg oder bremen..
mit der zunehmenden systematischen durchstrukturierung ("funktionsanbindung") im "großraum",in beschriebener stadt(_planung) wird es so z.b. längerfristig kein altes industriebrachland geben und keine "abgeschriebenen"stadtteile.

dem abbau von arbeitsplätzen in den "alten sektoren" folgte bzw. folgt einerseits ein kontinuierlicher anstieg von büroarbeitsplätzen,größtenteils wohl im unteren angestelltenbereich (für die wenigen höheren angestellten- bis managerpositionen oder im bereich forschung/entwicklung wird bundesweit für den standort ffm geworben).andererseits gibt es den immer größer werdenden bedarf an arbeiter/innen in speditionen,lagern,bei leihfirmen,im sog. service-bereich für alles mögliche.
viele dieser arbeitsplätze sind eher "garantierte" jobs,aber mit weniger kohle,und die grenze zu entgarantierter arbeit ist fließend (siehe weiter unten).

die stadtplanung konzentriert sich auf entsprechenden imagebetonten ausbau der innenstädte als wirtschaftlichem standortfaktor.durchgeplante lebens/wohnsituationen sind dabei immer auch kapitalistische durchdringung gegen "undurchsichtiges widerstandspotential".aus wirtschaftlichen interessen wie zur kontrolle der innenstadt wird es z.b. absehbar in frankfurt keinen cityangrenzenden stadtteil ohne (luxus-)"sanierung,ohne neue büro-standorte,ohne neue einkaufszonen .. mehr geben.angesichts dieser umfassenden planung erscheinen häuser- und mietkämpfe immer illusorischer!

in der frankfurter city sicher am krassesten schon umgesetzt, entsteht mit der dominanz des neuen "gehobenen single-wohnens", des begehrten "kopfkapitals" (ob brück) für uns in bestimmten teilen nur noch absolut "feindliches gebiet".zwischen bürokiötzen,eigentums-wohn-neubauten und "einkauferlebniszonen" existiert "leben (nur noch) als sabotage";versammeln auf gestylten plätzen,das liegen auf den extra einzeln gehaltenen plastiksitzen ist verboten,es kommt zu bulleneinsätzen gegen störende,jugendliche skateboardfahrer,-schon länger her:die flohmarktvertreibung... .

die stadtteile,wo auch wir bis jetzt wohnen,werden umgekrempelt für sozialverträglich zusammengesetztes miteinander der "garantierten" büroarbeiter,der lehrer.. der alternativen von ökobank bis pflasterstrand (zeitgeistbesetztes nordend,bockenheim).
die ärmeren,ausländer,arbeitslosen .. werden noch vereinzelter, zersplitterter an den rand der"hiesigen 4/5-gesellschaft"gedrängt,ins diffuse ghetto!

mit der sicht auf diese übergreifenden planungen,den konkreten, kontinuierlichen schritten der durchsetzung muß es uns um das auffinden von vorhandenen/möglichen brüchen gegen diese "entwicklung" gehen.für die suche nach -perspektivisch- sozialrevolutionären ansatzpunkten,d.h. für den aufbau einer sozialstruktur unter uns,für eine vermittlung zu den "anderen teilen der klasse", brauchen wir die diskussion anhand der genauem konkreten sicht von unten.(leben/bedingungen in den vierteln heute,überlebensstrategien,veränderte jobs-militante untersuchungen...).
dazu können wir hier nurmehr fragen stellen,in welcher richtung wir die analyse und die entwicklung von praktischen ansatzpunkten weiterwollen:

wo werden diejenigen sich"neu" sammeln,die aus den vierteln rausgedrängt wurden bzw. werden,die sich jenseits von garantierten einkommen und mit abbau der sozialkohle an sklavenhändler verkaufen müssen;die dazu gezwungen sind,in putzkolonnen,in hotels, als blitzkuriere oder messehilfskräfte zu arbeiten;die sich in nachtwachen,in der prostitution,in illegalen arbeiten oder auch in (verstärkt aufkommender?!)gänzlich vereinzelter computer-heimarbeit vernutzen lassen müssen?dieser entgarantierte arbeitsbereich wird sich gerade auch in rhein-main im schatten der glasbetonsärge weiter ausbreiten.wieviele leben und arbeiten unter diesen bedingungen,wo regt sich widerstand?
die mehrzahl dieser schlechtbezahlten jobs (und monotoner kapovaz-büro-teilzeitarbeit)sind den frauen "vorbehalten"-was bedeutet ihre kontinuierliche und verstärkte billigste vernutzung für unseren kampf?
wird sich (auch längerfristig) in teilen der ehemaligen arbeiter/innenviertel,oder auch in einigen,äußeren straßenzügen innerhalb der sanierungsgebiete billiges wohnen halten können?halten wir das für verteidigenswert?
bisher hatten und zukünftig werden flüchtlinge gerade auch die wirtschaftsmetropole frankfurt (flughafen!) zum ziel haben. ihr leben hier,diese einforderung von existenzrecht,ist eine zumindest "objektiv" den planungen der herrschenden entgegenstehende bedingung.die frage stellt sich nach gemeinsamen kämpfen für das aufenthalts- und existenzrecht,einem auch so begriffenen internationalistischem kampf.

frankfurt ist die stadt mit der "schlechtesten kriminalitätsstatistik",einem weiteren"riß in der perfektion der megastadt".und auch hier stellt sich die frage (in aller widersprüchlichkeit), ob und wie sich befruchtende verbindungslinien zur verweigernden kleinkriminalität herstellen lassen.

wenn wir es ernst meinen mit der parole nach "sozialer verankerung und ausweitung",dann müssen wir uns verstärkt mit all diesen fragen auseinandersetzen.die ähnlichkeiten und parallelen mit unseren -meist individuellen- überlebensstrategien ist offenbar:unanmeldung,studentenjobs,sozialhilfe,klauen...

und woanders,wenn nicht in und mit all diesen "segmenten der klasse" soll sich eine tendenzielle/potentielle sozialrevolutionäre gegenstruktur aufbauen lassen? zum verschärften versuch (z.b. ausgehend von einer diskutierten "szeneverdichtung" in bestimmten stadtteilen!) sehen wir keine alternative,auch wenn uns die bedingungen von oben mitsamt der zersplitterung nach unten kurz- und mittelfristig in dieser region nur "begrenzte reste" überlassen.sie bilden dennoch -wie schwach auch immer- die unverzichtbaren ansätze einer positiven perspektive!

daß angesichts dieser"schlechtesten bedingungen" sozialer verankerung der "destruktiven praxis",der sabotage ein entsprechend höherer stellenwert zur blockierung herrschender projekte zukommt,kann und soll hier nicht weiter thematisiert werden.
mit der massiereung empfindlichster infrastrukturen besonders hier in rhein-main spricht allerdings vieles dafür,(vorläufig) diese "destruktiven" handlungsmöglichkeiten zu favorisieren....

ANMERKUNGEN:

((1)): unzertrennlich nr.6 "general motors - im fadenkreuz autonomer begierde"
((2)): handelsblatt vom 23.3.88 und faz vom 15.2.86
((3)): broschüre der industrie- und handelskammer ffm zum "internationaler banken- und börsenplatz", jan.'88,s.17
((4)): lufthansa-jahrbuch '87,s.36
((5)): aus "hau-ruck" nr.7,s.5
((6)): "untersuchung zur flughafenbezogenen ansiedlungsnachfrage",gutachten im aufrag des umlandverbandes ffm februar '87,s.1o
((7)): lufthansa-jahrbuch 87,s.1o4
((8)):"ihk-mitteilungen" vom 15.3.88,s.33
((9)): lufthansa-jahrbuch '84,s.34
((1o)): faz vom 17.12.87
((11)): siehe anm.((3)),s.38
((12)): ihk-broschüre zu "chemie-denkfabrik rhein-main"
((13)): siehe anm. ((5)),s.16
((14)): lufthansa-jahrbucg '85,s.169
((15)): lufthansa-jahrbuch '85,s.31
((16)): hau-ruck nr.7
((17)): siehe anm. ((5)),s.26
((18)): spiegel 13/87
((19)): autonomie-neue folge nr.3
((2o)): "frankfurt-leitplan" vom dez.'83,speer-büro
((21)): handelsblatt vom 23.3.88
((22)): siehe anmerkung ((2o)),und wirtschaftswoche nr.41 vom 2.1o.87
((23)): "stadtentwicklung für die 9oer jahre",sonderdruck zum geschäftsbericht '84 der frankfurter aufbau ag
((24)): flugblatt zur besetzung der basaltstraße in bockenheim
((25)): siehe anmerkung ((2o))
((26)): fr vom 11.4.88
((27)): siehe anmerkung ((23))
((28)): siehe anmerkung((23))
((29)): "stadtentwicklung in frankfurt ,stadtrundfahrt zwischen neuen technologien und armut",broschüre vom amt für industrie- und sozialarbeit,ffm,dez '86
((3o)): siehe anm.((29))
((31)): broschüre der stadt frankfurt zu "stadterneuerung und wohnungsmodernisierung,ohne datum
((32)): "ihk-mitteilungen""vom 15.7.87
((33)): faz vom 6.2.88
((34)): fr vom 7.4.88
((35)): fr vom 29.4.88
((36)): "dienstleistungsgesellschaft... oder strukturwandel der industrie" in links vom juli/august 87
((37)): fr vom 11.4.88

# die ganz normale DATENHERRSCHAFT

# IN DER GESUNDHEITS- UND SOZIALVERWALTUNG

*Bis Anfang 1989 wollen die Sozialplaner zwei neue informationstechnologische Instrumente zur Beherrschung von Entgarantierten und Krankgemachten durchgesetzt haben:*
*ein Leistungskonto bei allen Krankenkassen, wo alle Leistungen, die eine Person von der Kasse bezogen hat, gespeichert werden sollen und einen Sozialausweis, der an die Sozialversicherungsnummer gekoppelt ist, das Kernstück der Individualerfassung und -kontrolle im Gesundheits- und Sozialapparat.*
*Ein mit diesen Instrumenten durchstrukturiertes Sozial- und Gesundheitswesen würde neues, ständig aktualisierbares Datenmaterial über die Grauzone der nicht ständig Beschäftigten produzieren und ihre Lebensumstände nach imperialistischen Kriterien durchleuchten. Es geht um die Konzentration einer ständig arbeitenden Maschinerie. Auf konkrete Folgen der neuen "Normalität der Datenerfassung" soll später noch eingegangen werden.*
*Auf dem Hintergrund der Modernisierung der internationalen Informatiossysteme durch ISDN - Sozial- und Wirtschaftsdaten von Weltregionen werden zum Ausgangspunkt von IWF- und Weltbankplanungen gemacht, die dann "entwickelbare" und "nicht meht entwickelbare" Regionen unterscheiden - und dem immer engeren Zusammenhang von Gen- und Informationstechnologien zur Gewinnung der Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen - dieses Zusammenspiel schlägt sich im Aufbau von Dateien über vorgeburtliche und nachgeburtliche "Gesundheitsuntersuchungen", in der genetischen Erfassung von Krankheiten und im Aufbau von Dateien über Bevölkerungsentwicklung im nationalen Maßstab nieder - lassen sich Leistungskonto und Sozialausweis grundsätzlich als Instrumente von Auslese und Ausmerze in der Metropole einordnen.*
*Die Dateien, die Sozial- und Gesundheitsdaten über die Sozialversicherungsnummer miteinander verknüpfen, produzieren Datenmaterial, das nicht nur den gezielten Datenangriff auf Freiräume in der Ausnutzung von Leistungen erlaubt, sondern auch als Planungsfundus für zukünftige Angriffe genutzt werden kann. Das direkte Kapitalinteresse an dieser Entwicklung liegt in der Umverteilung von "Sozialkosten" in staatlich unterstützte Investitionen darin, daß auch durch den Gesundheits- und Sozialapparat eine Auswahl der Verwertbaren gesichert wird und die Ausgrenzung der "Überflüssigen" kontrolliert betrieben wird.*

*HERAUSFORDERUNG FÜR DEN SOZIALREVOLUTIONÄREN WIDERSTAND*

*Unserer Auffassung nach stellen Sozialausweis und Leistungskonto in verschiedener Hinsicht eine Herausforderung für sozialrevolutionären Widerstand dar:*
*Hinter diesen Instrumentarien steht das imperialistische Prinzip "Auslese zur Verwertung". Eine Bewegung, die sich gegen die Verarbeitung von Persönlichkeitsdaten ausspricht, "aus Angst vor dem gläsernen Menschen " die Datenschutzdiskussion führt, hat das Thema verfehlt und trägt zur Verschleierung des Angriffs bei. Der Ansatz, materiell und sozial integrierte Schichten, die von der positiven Auslese profitieren, zu einem konsequenten Widerstand zu mobilisieren, ist ein Widerspruch in sich.*
*Die Herrschenden werden versuchen, das Einverständnis derer, die mit Recht von der Datenerfassung nur Schlechtes erwarten (soweit sie überhaupt über Zweck und Auswirkungen Informationen haben), durch die Koppelung von Datenerfassung und Leistungsvergabe zu erzwingen: Wer keinen Sozialausweis hat, bekommt keine Sozialhilfe. Die schon bestehende Abhängigkeit von entgarantierten Frauen und Männern von der Metropolensozialverwaltung wird eingesetzt werden, um die Neuerungen durchzusetzen.*
*Bewußtseinsbarrieren in den Köpfen der Angegriffenen stellen auch ein Hindernis für "Widerstand von unten" dar. Die imperialistischen Kriterien von Krank / Gesund und Verwertbar / Nicht Verwertbar sind auch in den Köpfen der Angegriffenen vorhanden. Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit tragend "haben sie sich entschieden, niemals dick zu werden"(Latta-Werbespruch). Die nackte Angst vor Krankheit, die mit der Ausgrenzung von nicht mehr verwertbaren Kranken einhergeht, wird von oben als Ausgangspunkt für herrschende Politik verwendet (Aidskampagne).*

*Trotzdem oder gerade deshalb:*
*Wir wollen versuchen, in diesem Kräfteverhältnis praktische Schritte gegenüber der informationstechnologischen Welle zu gehen, konkret gegen den neuen*

*Wir wollen uns dabei nicht auf das Ziel der Verhinderung der Einführung von Sozialausweis und Leistungskonto fixieren. Der Widerstand gegen das imperialistische Ausleseprinzip muß sich nicht unbedingt an diesen konkreten Maßnahmen der Gegenseite entzünden.*
*Wir wollen in der nächsten Zeit dazu beitragen, daß die Bedeutung der neuen Entwicklung in ihren Ausmaßen von den direkt Angegriffenen und dem politisch motivierten Widerstand verstanden wird, Möglichkeiten konkreten Kampfes gegen solche Instrumente deutlich werden, der Zusammenhang zur internationalen Entwicklung auf diesem Sektor und zum technologischen Angriff in anderen Metropolenbereichen erkannt wird, und so eine Konfrontationslinie sozialrevolutionären Kampfes in der Metropole deutlich wird.*

*KONSEQUENZ DER GESELLSCHAFTLICHEN UMSTRUKTURIERUNG IN DER DATENERFASSUNG*

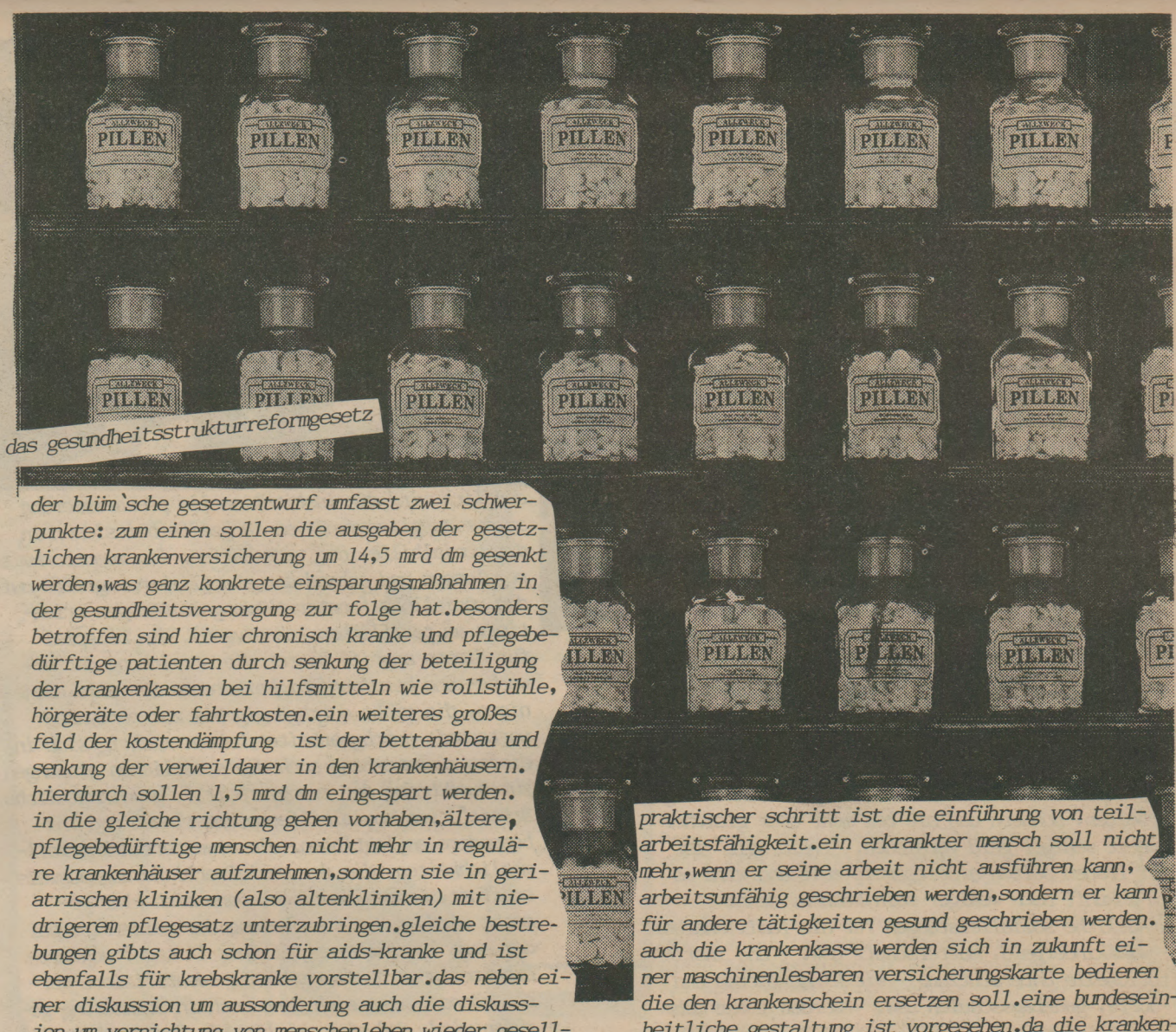
*Die Art und Weise, wie herkömmlich in der BRD Daten gespeichert wurden, war eng gebunden an den sozialpolitischen "Klassenkompromiß". Mit Hilfe von Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat war ein stabiles Sozialverhalten entstanden, das weitgehend Überschaubarkeit garantierte. Es bewegte sich zwischen den Polen gesicherter Arbeitsverhältnisse und indirekten sozialstaatlichen Einkommens über das Gesundheitswesen und die Altersversorgung.*
*Die Daten, die über die Institutionen (insbesondere der Sozialversicherungen) anfielen, gaben durchaus einen realistischen Überblick und waren als statistisches und Planungsmaterial brauchbar.*
*Grundlage für die bundesdeutsche EDV-Erfassung im Arbeits-und Sozialbereich waren Daten über das ArbeiterInnenverhalten im Produktionsprozeß ( Beschäftigungsdauer im Betrieb, Krankheitsverhalten, stellung in der Lohnhierarchie usw.). 1961 war mit der Aufstellung eines einheitlichen Katalogs der zu speichernden Daten begonnen worden, und 1964 erfolgte dann die Vergabe von Sozialversicherungsnummern, welche Personenverwechslungen sicher ausschließen sollten. 1968 wurde mit der Errichtung einer Sozialdatenbank begonnen, was dann 1972 zur Folge hatte, daß alle Beschäftigungsverhältnisse von da ab standardisiert nach der Dateneerfassungsverordnung/Datenübertragungsverordnung zu melden waren. In der Folge entstand ein einheitlicher Datenfluß von Betrieben an die Krankenkassen, an die Rentenversicherungsträger, und an die Bundesanstalt für Arbeit.*
*Mitte der 70er Jahre konnte davon ausgegangen werden, daß mindestens 75 Prozent aller Erwerbstätigen erfasst waren. Über die Krankenversicherungsdaten wurden durch Mitversicherung der Familienmitglieder (hauptsächlich Frauen und Kinder) immerhin 90 Prozent der Bevölkerung erfasst. Ziel einer*

*Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen, und zwar hauptsächlich in der Wirtschafts-,Arbeits - markt-, Sozial-,Wohnungsbau- und Regionalpolitik, im Vorfeld auf ihre Durchsetzbarkeit zu überprüfen. Dabei wurde darauf geachtet, daß der Umfang der Sozialhau shalte gesenkt werden konnte, die dadurch entstehenden Einbußen aber noch "sozial vertretbar" waren, d.h. keine größeren Mobilisierungen in der Bevölkerung freisetzte. Solche computergesteuerte Simulationsmodelle sind seit Mitte der 70er Jahre fester Bestandteil bei Wohngeld-, BAFöG- und Rentengesetzgebung. Sowohl das Zweite Krankenhausfinanzierungsgesetz wie die Rentensanierung 1975-77 sind mit deren Hilfe abgewickelt worden. Diese Form EDV-gestützter Sozialpolitik kann aber nur solange funktionieren wie die sozialen Räume, aus denen die Daten geschöpft werden, stabil strukturiert sind. Immer mehr Menschen fallen heute aus dieser Erfassung heraus, denn nur wer mehr als 15 Stunden in der Woche arbeitet, erhält eine Sozialversicherungsnummer. Frauen sind nur erfaßt, wenn sie berufstätig sind. Daß der ganze Bereich von Hausfrauenarbeit nicht berücksichtigt ist, ist solange kein Problem, wie der Produktionssektor als Kleinfamilie auch reibungslos funktioniert. Auch der Bereich der Teilzeitarbeit, der vornehmlich Frauen betrifft (2,7 Mio. Frauen in der BRD), ist bislang nicht erfaßt. LeiharbeiterInnen, SchwarzarbeiterInnen, arbeitslose Jugendliche, Menschen, die als selbständige Kleinunternehmer versuchen, über die Runden zu kommen und die sog. GeringverdienerInnen, die heute unter 440 DM monatlich verdienen und nicht sozialversicherungspflichtig sind -all diese Gruppen nehmen in ihrer Zahl zu und sind heute, da nicht registriert, unkalkulierbar.*
*Ein Mittel, diese Datenlücken schließen zu wollen, war die Volks- ,Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1987. Diese Stichtagsbezogene Zwangserhebung war zwar sehr umfassend, hat aber ihre statistischen Mängel. Die Aktualität der Zahlen läßt von Jahr zu Jahr nach und regelmäßige Erhebungen dieser Art sind sehr teuer und stoßen auf Unwillen in der Bevölkerung. So scheint es wesentlich sinnvoller, sich auf bereits existierende Register zu beziehen und diese miteinander zu verknüpfen-ein Modell, was im skandinavischen Raum sehr favorisiert wird. Notwendig dazu ist ein einheitliches Ordnungsmerkmal, ein Personenkennzeichen, das die Verknüpfbarkeit verschiedener Dateien und deren Aktualisierung bei jedem Kontakt mit einem Datenträger sichert. Bereits 1971 hatte der Innenministerausschuß eine Personenkennziffer vorgeschlagen.*
*Wegen politischer Bedenken wurde dieses Vorhaben damals auf Eis gelegt. Keine Skrupel zeigte man bei der Nummerierung der AusländerInnen: Im Ausländerzentralregistewr werden seit Mitte der 60er*

kontrollierte Ausgrenzung von ArbeitsimmigrantInnen über den bei der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommenen maschinellen Abgleich "Ausländer". Aus den DEVO/DÜVO-Daten werden AusländerInnen ohne Arbeitserlaubnis herausgefiltert, die parallel zu ihrer Abschiebung aus der Sozialversicherung ausgesondert werden.

Das Gesetz zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und zur Änderung anderer Sozialgesetze

Ein jetzt vorliegender Gesetzentwurf zur Neuregelung der Verwendung der Sozialversicherungsnummer scheint das von staatlicher Administration lang ersehnte , einheitliche Ordnungsmerkmal endlich verfügbar zu machen. Die einem vom Eintritt ins Arbeitsleben bis zu Tod anhaftende Sozialversicherungsnummer hatte sich in den letzten Jahren ohnehin zum praktischen Ordnungsmerkmal entwickelt.über die einführung des sozialversicherungsausweises wird der teil der bevölkerung,der eine sozialversicherungsnummer erhält,erweitert. der sozialversicherungsausweis soll bei vergabe eines neuen sozialversicherungsnachweisheftes, spätestens jedoch bis zum 31.12.93 ausgehändigt werden.prinzipiell erhält jede/r beschäftigte diese ausweiskarte,ausnahmen sind beamte und beschäftigte im haushalt.auf dem ausweis steht der name und die sozialversicherungsnummer. diese erhält wiederum geburtsdatum,eine bereichsnummer,eine seriennummer,aus der das geschlecht hervorgeht,und eine prüfnummer. der ausweis soll fälschungssicher sein;ein lichtbild ist nicht vorgesehen.
künftig muß bei aufnahme einer arbeit der sozialversicherungsausweis vorgezeigt werden.kann der/die beschäftigte den ausweis nicht vorlegen,sind die gründe schriftlich anzugeben und es muß unverzüglich ein solcher ausweis beantragt werden. sobald leistungen wie krankengeld,arbeitslosengeld oder arbeitslosenhilfe,unterhaltsgeld,übergangsgeld oder sozialhilfe gezahlt werden,wird der ausweis vom leistungsträger eingezogen.die daten werden an eine meldestelle (was in den meisten fällen die krankenkassen sein werden) weitergegeben,die die daten mit anderen vorhandenen daten abgleichen soll.danach erfolgt die weiterleitung der daten maschinell an den gesetzlichen rentenversicherungsträger.über die einführung des ausweises entsteht ein datenfluß von rentenversicherung,krankenkassen,arbeitsämtern und sozialämtern,der einem abgleich der daten dienen wird,um mehrfachbezüge zu verhindern .
besonders trifft die neuregelung des gesetzes die sogenannten geringverdienerInnen.zum einen sollen diese arbeitsverhältnisse jetzt jeden monat mit angabe der wöchentlichen arbeitszeit gemeldet werden,zum anderen soll es in zukunft keine einkommensgrenze mehr geben,bei der der arbeitgeber auch den arbeitnehmeranteil der sozialversicherung zu tragen hat.in bereichen,wo eine überprüfung des beschäftigungsverhältnisses nur schwer möglich ist (z.b. im baugewerbe)wird sogar die mitführpflicht des ausweises verlangt.
durch die neuen gesetzesentwürfe soll eine erfassung gerade der bereiche erfolgen,die in den letzten jahren durch das existierende datennetz der rentenversicherungsträger gefallen sind.zudem schafft die einführung des sozialversicherungsausweises erweiterte kontrollmöglichkeiten der arbeitsämter.in zukunft sollen diese, unterstützt durch mitarbeiter der krankenkassen,rentenversicherung,ausländerbehörden,finanz-,ordnungs- und gewerbeaufsichtsämter,befugt sein,grundstücke und geschäftsräume und "bei dringender gefahr für sicherheit und ordnung" auch privatwohnungen zu betreten.faktisch bedeutet das die gewährung eines hausdurchsuchungsrechts ohne auf die amtshilfe von bullen angewiesen zu sein.




das gesundheitsstrukturreformgesetz

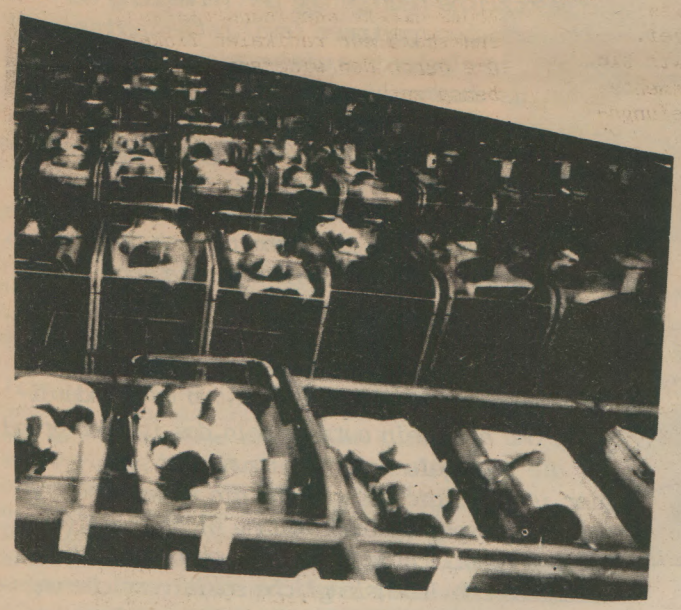
der blüm'sche gesetzentwurf umfasst zwei schwerpunkte: zum einen sollen die ausgaben der gesetzlichen krankenversicherung um 14,5 mrd dm gesenkt werden,was ganz konkrete einsparungsmaßnahmen in der gesundheitsversorgung zur folge hat.besonders betroffen sind hier chronisch kranke und pflegebedürftige patienten durch senkung der beteiligung der krankenkassen bei hilfsmitteln wie rollstühle, hörgeräte oder fahrtkosten.ein weiteres großes feld der kostendämpfung ist der bettenabbau und senkung der verweildauer in den krankenhäusern. hierdurch sollen 1,5 mrd dm eingespart werden. in die gleiche richtung gehen vorhaben,ältere, pflegebedürftige menschen nicht mehr in reguläre krankenhäuser aufzunehmen,sondern sie in geriatrischen kliniken (also altenkliniken) mit niedrigerem pflegesatz unterzubringen.gleiche bestrebungen gibts auch schon für aids-kranke und ist ebenfalls für krebskranke vorstellbar.das neben einer diskussion um aussonderung auch die diskussion um vernichtung von menschenleben wieder gesellschaftsfähig wird,zeigen die auseinandersetzungen um ein neues sterbehilfe- und ein neues zwangssterilisationsgesetz.
der zweite schwerpunkt des gesetzesvorhabens ist politisch betrachtet von noch größerer tragweite. die krankenkassen sollen verpflichtet werden,für jede/n versicherte/n ein leistungskonto zu führen. dies soll die leistungen,die kosten und die behandlungsanzeigen (diagnosen) enthalten.da dieses versichertenverzeichnis und leistungskonto mit hilfe automatischer datenverarbeitung erstellt werden wird,wird es zukünftig noch leichter sein,sog.Risikogruppen,chronisch kranke oder krankfeierer zu identifizieren.
aber nicht nur die krankenkassen speichern ihre daten.da die ärzte verpflichtet werden sollen,die notwendigen daten für die krankenkassen aufzuzeichnen,werden auch diese sich - wie heute schon vielfach praktiziert - edv-technischer mittel bedienen. die apotheken werden ebenso verpflichtet,ihre datenversicherten, arzt- und fallbeziehbar zu übermitteln.
schon heute ist vorgesehen,dieses datenmaterial zur prüfung von wirtschaftlichkeit,zweckmäßigkeit und notwendigkeit der erbrachten leistungen sowie zur gewinnung von erkenntnissen im rahmen von präventions- und forschungsvorhaben auszuwerten. wobei der/die versicherte der krankenkasse gegenüber auskunftspflichtig ist,während die krankenkasse zur diagnosemitteilung nicht verpflichtet ist.geplant sind regionale ,gemeinsame datenerfassungsstellen der krankenkassen,um den datengewinn für forschungs- und präventionsprojekte zu effektivieren.auch in der vergangenheit hat es forschungsvorhaben der krankenkassen gegeben,um "risikogruppen" zu identifizieren.in diesem zusammenhang wird immer wieder die staffelung von versichertenbeiträgen oder prämien bei nichtinanspruchnahme ärztlicher leistungen diskutiert.

folge wäre eine weitere benachteiligung und verarmung chronisch kranker.parallel dazu wird die selbstverschuldungsideologie propagiert.
wer raucht,zu dick ist und keinen sport treibt, ist selbst schuld,wenn er/sie einen herzinfarkt bekommt.diese von den krankenkassen sehr unterstützten propagandaktionen lenken zielsicher von gesellschaftlichen ursachen und erklärungsmöglichkeiten von krankheiten ab.
aber die krankenkassen wollen auch konkrete eingriffsmöglichkeiten (ein vorhaben,das natürlich auf harten widerstand der ärztelobby stößt): in dem gesetz ist die einrichtung eines "medizinischen dienstes" vorgesehen.wenn die krankenkasse meint,daß eine behandlung unangemessen ist,kann sie den/die versicherte/n durch ihren medizinischen dienst beraten lassen.somit ist eine ganz konkrete eingriffsmöglichkeit der krankenkassen in eine behandlung geschaffen.ein weiterer sehr praktischer schritt ist die einführung von teilarbeitsfähigkeit.ein erkrankter mensch soll nicht mehr,wenn er seine arbeit nicht ausführen kann, arbeitsunfähig geschrieben werden,sondern er kann für andere tätigkeiten gesund geschrieben werden. auch die krankenkasse werden sich in zukunft einer maschinenlesbaren versicherungskarte bedienen die den krankenschein ersetzen soll.eine bundeseinheitliche gestaltung ist vorgesehen.da die krankenkassen - wie es im gesetzentwurf heißt - im schriftverkehr und für abrechnugszwecke mit den trägern der sozialversicherung und der bundesanstalt für arbeit ein einheitliches kennzeichen benutzen sollen,wird die sozialversicherungsnummer als einheitliches ordnungsmerkmal auch dort ihren einzug halten.

KONKRETE FOLGEN DER NEUEN NORMALITÄT DER DATENERFASSUNG

die gesetzliche neuregelung der verwendung der sozialversicherungsnummer (svn),patientendateien und maschinenlesbarer sozialversicherungsausweis müssen als zusammenhängende bausteine eines erfassungsinstrumentariums begriffen werden.
diese bausteine sind voraussetzung für eine staatliche politik der kontrollierten ausgrenzung,die produktive von unproduktiven trennen kann (patientendateien) und über ein einheitliches ordnungsmerkmal (svn) ein instrument zur erfassung und steuerung des marginalisierten teils der bevölkerung benötigt.um ein solches ordnungsmerkmal als instrument für staatliche kontroll- und präventionsmaßnahmen zu effektivieren,muß es standardisiert und allgemein nutzbar sein.das ist der grund für die neuregelung der benutzung der svn.
hier ist auch die ursache für die ausweitung der svn auf personen,welche bislang nicht sozialversicherungspflichtig waren,zu suchen.durch die allumfassende,lebenslängliche sozialversicherungsnummerierung ermöglicht der maschinenlesbare arbeitsausweis die durchsetzung des personenkennzeichens (pkz). durch die ausweitung der verwendungsmöglichkeiten der svn könnte in zukunft jeder datenträger kontakt zur aktualisierung sämtlicher bestehenden,mit ihrer hilfe geordneten register herangezogen werden. denn ein einheitliches ordnungsmerkmal ermöglicht beliebige verknüpfbarkeit von verschiedenen dateien.dies würde unter anderem fehlerbehaftete,aufwendige und kostenintensive volkszählungen künftig überflüssig machen,da registergestützte erhebungen mithilfe eines pkz mindestens genauso zuverlässige ergebnisse liefern und permanent aktualisiert werden können.der sozialversicherungsausweis dient darüber hinaus der erfassung nicht registrierter arbeit (schwarzarbeit) mehrere geringverdienerInnen-jobs,staatskohle absahnen und jobben etc.).hiervon sind als erstes und am konkretesten frauen betroffen.laut statistik sind es 97 % frauen,die teilzeitarbeit verrichten,also genau in den bereichen arbeiten,um deren erfassung es inerster linie geht.das die bestehende unterdrückung der frau, die durch den patiarchalen charakter unserer gesellschaft über jahrhunderte verfestigt wurde, durch die momentane umstrukturierung weiter fortgesetzt werden soll, läßt sich bspw. an folgender entwicklung ablesen:

in den letzten jahren ist es insgesamt zu reallohnsenkungen gekommen. die dadurch bewirkte absolute verringerung der familieneinkommen zwingt immer mehr frauen, eine erwerbstätigkeit aufzunehmen, und zwar zu bedingungen, die sie in zunehmenden maße schlechter stellt als die männer - die lohnschere klafft immer mehr auseinander. so beträgt z.b. der abstand zwischen bruttostundenlohnverdiensten von männern und frauen in der industrie 1979 3,63 dm, 1981 schon 4,11 dm. besonders problematisch ist die situation erwerbsloser frauen: im september 1982 erhalten 31,3 % aller beim arbeitsamt registrierten frauen weder arbeitslosengeld noch arbeitslosenhilfe, im april 1983 sind es schon 50,7 % (männer 21,9 %). zu der hier deutlich werdenden fortschreibung der benachteiligung der frauen auf dem arbeitsmarkt kommt als weitere variante, daß das lohnarbeiterInnenverhältnis in der industriegesellschaft immer nur als zusätzlich zu ihrem eigentlichen verhältnis, nämlich dem der lohnlosen hausarbeit, gesehen wird. bereits heute können nur 40 % aller frauen ihre existenz durch ein eigenes einkommen von mindestens 800 dm im monat absichern. es ist absehbar, daß in zukunft noch mehr frauen auf selbständige ökonomische basis verzichten müssen und sich daher von ehemann, freund, sohn, vater oder dem "ersatzvater staat" unterstützen lassen müssen.
das bedeutet aber nicht etwa, daß sie dann weniger arbeiten, sondern daß sie bei mehr oder gleicher arbeit weniger geld verdienen. "freie zeit" ist für frauen selten arbeitsfreie zeit und wird es in zukunft noch weniger sein können. denn: staatliche sozialleistungen für die familienarbeit - wie kindergeld, mutterschutz usw. - und institutionelle unterstützung - wie kindergärten und -horte, ganztagsschulen usw. - werden immer mehr eingeschränkt. das durch teilzeitarbeit gesunkene einkommen und - damit verbunden - niedrige ansprüche an betriebliche oder tariflich abgesicherte sozialleistungen wie Urlaubs- und krankengeld zwingen frauen dazu, entweder einen zweiten oder dritten job anzunehmen oder durch ein mehr an häuslicher subsistenzarbeit diese lücken auszugleichen. in den usa, wo die informations- und kommunikationstechnologien weiter vorgedrungen sind, ist zu beobachten, um wieviel stärker die frauen im verhältnis zu den männern verarmen und zugleich, um wieviel härter sie arbeiten müssen.



desweiteren sind frauen von einer zusätzlichen erfassung und daraus entwickelten bevölkerungspolitik besonders betroffen. in den humangenetischen beratungsstellen wird die zentrale datenmäßige erfassung bereits weit in den vorgeburtlichen zeitraum vorverlegt, wo dann daten über krankheiten, erbgut, soziale stellung der frau usw. für die derzeit entwickelten genkartierungsverfahren und den damit verbundenen bevölkerungskontrollmöglichkeiten gesammelt werden. über mutterpaß, schulärztliche untersuchung wird dies dann fortgeführt, um in zukunft nach dem eintritt in ein wie auch immer geartetes arbeitsverhältnis durch den sozialversicherungsausweis vervollständigt zu werden.

die durch die ökonomische umstrukturierung notwendig gewordene kontrollierte ausgrenzung bedeutet hierbei natürlich nicht, daß der ausweiszwang das ziel hätte, menschliche vernutzung durch entgarantierung und billiglohnarbeit zu beseitigen, was teil der staatlichen propaganda im "kampf gegen schwarzarbeit" ist, sondern gerade das monopol der vermittlung über diesen prekären sektor zu bekommen. denn solange bestimmte formen von schwarzarbeit existieren, läßt sich das tarifliche lohnniveau nicht beliebig drücken. durch die kampagne gegen "illegale beschäftigung" soll das arbeitsamt selbst zur rekrutierungsstelle für entgarantierte arbeit werden.

deutlich wird die institutionelle prekarisierung an der ausgliederung von langzeitarbeitslosen in die sozialhilfe, der verschärfung von zumutbarkeitsregelungen und anhand der staatlichen angriffe auf den soziallohn ( unterstützungsleistungen orientiert am tariflichen lohnniveau). ein beispiel für diesen angriff bietet die streichung der erwerbs- und berufsunfähigkeitsrente für alle diejenigen, die nicht durchgängig bis zur rentenanwartschaft durchgearbeitet haben. wichtig sind in diesem zusammenhang auch die staatlichen planungen zur ausdehnung der zwangsarbeit ( "gemeinnützliche arbeit") von sozialhilfeempfängerInnen und insbesondere asylantInnen. die erweiterten kontrollmöglichkeiten, die der sozialversicherungsausweis eröffnet, werden deutlich, wenn sich klar gemacht wird, daß mit aufhebung der meldefrist bei der sozialversicherung (früher 14 tage) schwarzarbeiterInnen nun zuverlässig identifiziert werden können. wenn sich dann noch in erinnerung gerufen wird, daß sich das bka von der maschinenlesbarkeit des neuen personalausweises die kontrolle von 5mal mehr personen erhofft, wird klar, womit illegal beschäftigte in zukunft konfrontiert werden.

durch die strukturreform soll die möglichkeit, sich der vernutzung durch krankfeiern zu entziehen, massiv eingeschränkt werden. über die attestierung von teilarbeitsfähigkeit und erweiterten kontrollen der geplanten gesundheitspolizei der krankenkassen ("medizinischer dienst") soll ersichtlich werden, wer wirklich krank ist und wer nicht.
es geht hierbei aber nicht nur um die eindämmung des krankfeierns. chronisch kranke sollen im rahmen ihrer vernutzbarkeit der kapitalistischen verwertung unterworfen werden. durch die tendenzielle aufhebung der ärztlichen schweigepflicht - krankenkassenmitarbeiter unterliegen ihr nicht - besteht die gefahr eines zugriffs durch industrie und staatliche stellen auf so sensible datenbestände wie patientendateien. mögliche konsequenz ist die gezielte aussonderung der weniger stark vernutzbaren aus garantierten arbeitsverhältnissen. so ein zugriff würde die vorraussetzung für eine effektivierung des momentan betriebsspezifisch praktizierten arbeiterscreening bieten ( auf genom-analysen gestützte anpassung von menschen an gesundheitsgefährdende arbeitsplätze).

aber auch die diskussion um eine staffelung der krankenversicherungsbeiträge nach dem " schuldprinzip" bekommt mit den patientendateien einen neuen stellenwert. angestrebt ist eine verwertungsorientierte verhaltenszurichtung der reproduktion. diese angestrebte staffelung von krankenversicherungsbeiträgen und die aufhebung der geringverdienergrenze machen deutlich, daß es hierbei auch um die senkung der reproduktionskosten, also um indirekte lohnsenkung geht. kosten für die wiederherstellung von arbeitskraft sind gesellschaftlich notwendige kosten. eine senkung dieser kosten trägt demnach umgekehrt zur anhebung der gesllschaftlichen durchschnittsprofitrate bei. gesonderte krankheitsdateien, wie aids- und krebsregister, bilden die grundlage für eine abgestufte aussonderung. welchen charakter diese aussonderung annehmen kann, wird deutlich , wenn sich mit der tatsache vertraut gemacht wird, daß bereits im nächsten jahr ein "sterilisations- " und "sterbehilfegesetz" vorliegen sollen.
neuregelung der svn, patientendatei und sozialversicherungsausweis müssen als versuch der kontrollierten ausgrenzung von personengruppen und des zugriffs auf bereits marginalisierte verstanden, in den gesamtzusammenhang einer staatlichen erfassung gestellt und als solche bekämpft werden.

ruhrgebietsautonome gegen informationstechnologie

QUELLENHINWEISE


referentenentwurf vom 18.12.87 - gesetz zur einführung eines sozialversicherungsausweises und zur änderung anderer sozialgesetze

vorentwurf eines gesetzes zur strukturreform im gesundheitswesen vom 18.12.87

albrecht, matthias: von nobbys stammtisch, in: demokratisches gesundheitswesen febr. 88

autonomie nf 13: der technologische angriff, hamburg 1983

böttger, barbara: steht die vertreibung der frau aus büro und verwaltung bevor? , in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 9/10 1983

böttger, barbara: computer gegen frauen, in: blick nach vorn im zorn, beltz-verlag

prof. dörner, k.: kein neues sterilisationsgesetz, in: demokratisches gesundheitswesen, märz 88

gaserow, vera: sozialstaat macht die schotten dicht, in: taz 3.12.87

gaserow, vera: der gläserne patient, in: taz 19. 1.88

gradetz, erich: das transparenz-forschungsprojekt der aok lindau, in : freiheitssicherung durch datenschutz, hrsg. harald hohmann, ed. suhrkamp nf 420, ffm 1987

müller, petra: neue daten zur frauenerwerbstätigkeit und -erwerbslosigkeit in der brd - eine analyse, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 9/10 83

v. elling, angela/michael wunder: krebsregister, konkret literatur-verlag , hamburg 86

volkszählungsboykott-info 4, hh 83

volkszählung 87 - boykottieren und sabotieren, düsseldorf 87

wunder, michael: sterbehilfe - tötung auf wessen verlangen, in: demokr. gesundheitswesen 9/87

# ZUR BEDEUTUNG REVOLUTIONÄRER GEWALT UND POLITISCHER ORGANISATION

*Stimmen zum Problem*

*Wenn porth die revolutionären zellen auffordert, den Untergrund zu verlassen, mit dem hinweis, daß ihr papier zur friedensbewegung eine offene diskussion und auseinandersetzung verdient, wenn die grünen die raf für tot erklären, sich dem staat als diskussionsbrücke zum untergrund anbieten und meinen, sie hätten damit den deutschen herbst verarbeitet, wenn autonome gruppen sich von den "feigen morden" an der startbahn distanzieren, weil sie erschrecken vor der tatsache, daß die aktion aus den eigenen reihen kommen könnte, dann gehts auf verschiedenen ebenen um das gleiche: die bedeutung und politische legimitation revolutionärer gewalt in der metropole.*

*die auseinandersetzung um eine definitive stellungnahme für revolutionäre gewalt in der metropole steht erst an ihrem anfang - ausdruck der nichtverarbeitung der geschichte militanter politik in der brd? oder ausdruck der nichtbehandlung des themas in den eigenen zusammenhängen?*
*auch die, die militante politik seit jahren realisieren, konnten offentsichtlich wenig klärende diskussionen führen. anders ist die politische Hegemonie der reformisten im letzten jahr, zehn jahre nach '77, schwer zu erklären, die "nur" durch Aktionen selbst gebrochen worden ist.*
*bislang blieb die neue diskussion der bedeutung revolutionärer gewalt in der metropole in den politischen diskussionen innerhalb der radikalen linken zumindest weitgehend ausgeklammert. es stellt sich die frage, wie lange wir es uns leisten können, in den eigenen reihen mit dieser frage weitgehend schweigend, gegenüber den reformisten mit einer mischung von glaubensbekenntnis und distanzierung und gegenüber dem staat letztlich kopfduckend umzugehen.*

*Die diskussion revolutionärer gewalt ist teil jeder revolutionären perspektivdiskussion. und die nichtbefassung kombiniert mit einer gewissen sympathie für aktionen dürfte für die autonomen und sozialrevolutionären gruppen (der beitrag bezieht sich im folgenden auch nur auf die politk gemischter gruppen) spätestens nach den ereignissen an der startbahn und der flächenfahndung gegen rote zora und revolutionäre zellen vorbei sein.*

*Die reformisten wohlauf: die raf ist tot.*

*es ist schon erstaunlich, wie sich die reformisten, gut zusammengefaßt in dem Buch "der staat, die linke und die raf" dem "problem" revolutionärer politik in der metropole entledigt. das vorgehen: es wird das scheitern der raf festgestellt. das wird mit dem scheitern revoltiuonärer gewalt in der metropole gleichgesetzt. die illegale existenz von radikalen linken wird als ghettoexistenz definiert, aus der nur der dialog unter regie der reformisten herausführen kann.*
*das verhältnis militanter politik - so geklärt - wird dann subjektiv gewendet: ich komme ja aus der gleichen geschichte, ich hab verständnis, ich hätte diese fehler(der raf) ja auch machen können, weil irgendwie waren die ja auch konsequent.*

*die eindeutigen politischen ausgangspunkte, mit denen die raf die probe "was bewirkt bewaffneter kampf in der metropole" angetreten ist, treten nur noch atmosphärisch als gemeinsame roots auf: "die studentenbewegung". Unterschlagen oder nichtbehandelt wird, daß sich die raf mit ihrer politik hier auf einen internationalen kampfzyklus der nationalen Befreiung mit dem anti-imperialistischen Höhepunkt Vietnam bezogen hat, und versucht hat, eine anti-imperialistische politische analyse in der realität der brd-metropole umzusetzen.*

*die entwicklung der raf hängt mit der entwicklung dieser kämpfe zusammen, wie die entwicklung regionaler sabotagestrukturen mit der entwicklung der anti-akw-oder startbahnbewegung zusammenhängt.*
*in der aktuellen internationalistischen diskussion gewinnt die Einschätzung, daß die nationalen befreiungskämpfe entweder blockiert oder in neue imperialistische porgramme integriert sind und deshalb als nationale befreiungskämpfe zumindest keinen antiimperialistischen bezugspunkt für revolutionäre perspektiven darstellen, an bedeutung.*
*die krise der nationalen befreiung mußte eine krise der raf werden, und sie hat sich niedergeschlagen in der umorientierung der raf, die in dem vieldiskutierten maipapier niedergelegt ist.*

*es wäre zu diskutieren, ob die raf mit dieser umorientierung nicht aufgegeben hat zu untersuchen, wer wirklich wo mit antagonistischen Interessen gegen den imperialismus kämpft und in welches verhältnis sie sich selbst zu diesen Kämpfen setzt und diese suche ersetzt hat durch ein abfahren auf den subjektivismus der8ler kämpfe kombiniert mit einer anti-kriegspolitik gegen die raketenstationierung und damit letztendlich den internationalistischen ausgangspunkt ihrer politik aufgegeben hat, obwohl sie sich verbal sehr wohl weiter auf internationale befreiungskämpfe bezogen hat.*
*es wäre zu diskutieren, ob sie in diesem prozeß auch die politischen kriterien für die anwendung revolutionärer gewalt verloren hat, was dann die Pimenthal-Aktion z.b. möglich machte.*
*dies alles interessiert natürlich unsere reformistischen konfliktverwalter nicht, geht es ihnen doch darum, sich dem staat als dialogisten anzudienen und nebenbei das eigene gewissen zu beruhigen.*

*Revolutionäre gewalt und revolutionäre perspektive*

*was für die reformisten kein problem ist, weil sie sich in den parlamenten schon länger wohl und als machtteilhaber wichtig fühlen können, geht an der radikalen Linken natürlich nicht vorbei.*
*In der letzten zeit haben wir die Bemühungen verstärkt, zu elementen einer internationalen Befreiungsperspektive zurückzufinden, daran politik hier zu entwickeln und aus dem problem des konjunkturellen widerstands und der eigenen abhängigkeit davon wegzukommen.*

*in den siebziger jahren war die politische entwicklung gekennzeichnet durch eine verbreiterung des militanten widerstands in direkter zugehörigkeit zu massenbewegungen, wie an der startbahn und gegen akws. regionale sabotagestrukturen, wie im wendland waren die weitgehendsten organisatorischen folgen in diesem prozess. das gewaltmittel als politik mußte sich daran überprüfen lassen, wie weit es in einer konkreten auseinandersetzung in einem konkreten kampf das kräfteverhältnis für die kämpfenden verbessert.*
*in teilweise engem zusammenhang zu dieser militanz stand die praxis der revolutionären zellen, die einen weg aufzeigten, wie sabotage als widerstandsform in der metropole benutzt werden kann. hieraus hatte sich zeitweise ein gemeinsamkeitsgefühl entwickelt, das weniger durch weitgehend gemeinsame politische einschätzung als durch bejahung von militanz und sabotage und die kämpfe geprägt war, die gemeinsam geführt wurden.*
*naturgemäß tauchten probleme innerhalb dieses gemeinsamkeitsgefühls geraade da auf, wo die, die sich eigenständig organisiert hatten, um die militante politik umzusetzen, mit denen die ausschließlich oder vor allem in den strukturen der massenbewegung kämpften, konfrontiert waren.*
*Im rahmen der startbahnbewegung wurden aktionen der rz als aufgesetzt und schädlich kritisiert, soweit sich die rz der dynamik der bewegung nicht unterordnen wollte, wurden sie kritisiert als avandgardistische gruppen, die den bezug zu den wirklichen kämpfen zu verlieren drohe.*

*trotz dieser auseinandersetzung innerhalb der radikalen linken, die durch den widerspruch zwischen bezug zur sozialen bewegung undem willen zur umsetzung eigener Aktionen vom standpunkt der linksradikalen systemgegnerschaft aus gekennzeichnet waren, entwickelte sich ein akzeptiertes nebeneinander in den teilbereichsbewegungen, der illegale widerstand breitete sich weiter aus und innerhalb dieser konstellation gab es auch wenig gründe für eine weitergehende politische diskussion, wie sie die auseinandersetzung mit der raf und ihrer anti-imperialismus-vorstellung ständig erforderte.*
*oft scheint es so, als würden diese umgangsformen mit illegaler politik und aktion auch heute innerhalb der linksradikalen zusammenhänge noch dominieren, während gleichzeitig die kritische würdigung der teilbereichskämpfe der 70er Jahre von vielen zu dem ergebnis führt, daß in ihrer fortsetzung, ausweitung und radikalisierung keine revolutionäre perspektive liegt, während gleichzeitIg der ruf nach diskussion um elemente einer revolutionären internationalistischen politik z.b. im rahmen der kampagne zum iwf immer lauter wird.*

*es ist logisch, daß die autonomen, die eine veränderung des politischen kräfteverhältnisses von der verbreiterung, vernetzung, radikalisierung von teilbereichs- und einpunktbewegungen erwarten, eine ganz bestimmte auffassung von der legitimation revolutionärer gewalt vertreten.*
*"die politik der revolutionären gewalt muß die sympathie derjenigen haben, die den widerstand gegen dieses system tragen."*

als beispiel wird dann die anti-akw-bewegung genannt. im gleichen - übrigends vielgelesenen artikel, der sich mit der politik der raf auseinandersetzt, ist an anderer stelle zu lesen, daß revolution hier schwer vorstellbar sei und deshalb verständlich und richtig sei, eigene bedürfnisse als ziel und mittel von radikaler politik in den mittelpunkt zu stellen.

dies ist der status quo der siebziger und anfang der 80ger jahre und es muß die frage gestellt werden, was aus dieser politischen orientierung herausgekommen ist:
keine revolutionäre politische kontinuität der autonomen und keine stabilisierung sozialen oder ökologischen unabhängigen widerstands in der brd-metropole.
noch einmal aus dem gleichen artikel:

"wenn wir ehrlich sind, war die situation der autonomen innerhalb der sozialen bewegung noch nie so desolat wie zur zeit." die anti-akw-bewegung und die startbahnbewegung haben massenweise leute auf die straßen gebracht, den staat oft in eine legitimationskrise gebracht, erfahrungen in der militanten auseinandersetzung für viele gebracht, aber keine politische kontinuität und keine revolutionsperspektive eingelöst.

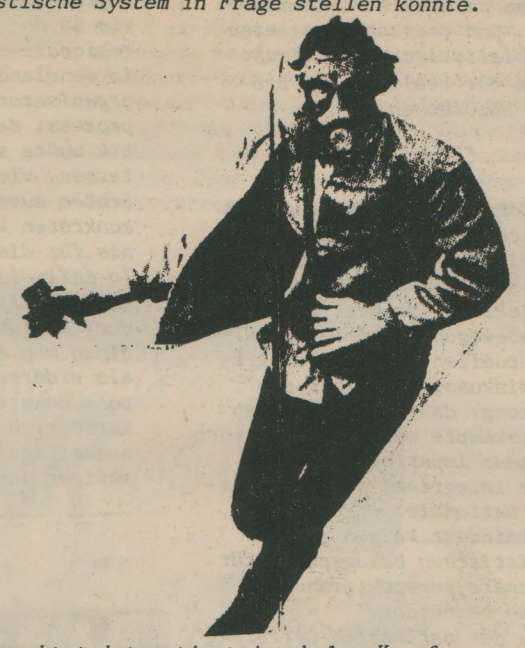
wer beides will, kann sich nicht mit der orientierung auf sich selbst und die kämpfe zufrieden geben. fast automatisch führt die begrenzung der kämpfe zu einer blockade der eigenen revolutionären perspektive, die auch nicht mit einer "verschärften militanz" zu überwinden ist.

wer beides will, muß von neum fragen nach der legitimation und perspektive revolutionärer gewalt in der metropole, im zusammenhang mit einer möglichen revolutionsperspektive in internationalem maßstab.

dann ergibt sich die legitimation revolutionärer gewalt weder aus dem konjunkturellen zusammenhang mit einer bewegung, noch als selbstsetzung von aktivisten, die sich kraft ihres wissens zur avantgarde von kämpfen erklären oder ihre aktionen mit ihrem "eigenen menschlichen bedürfnissen" legitimieren, ohne sie weiter in frage zu stellen. der wille nach radikaler veränderung muß sich zu den widersprüchen von menschen gegenüber einem herrschaftssystem ins verhältnis setzen.

Eine Abschaffung des herrschenden pariarchalen -imperialistischen Systems, eine Perspektive revolutionärer Befreiung von Ausbeutung, Hunger und geplantem Tod, mit der die Menschheit im Weltmaßstab konfrontiert ist, ist ohne die Zerschlagung der herrschenden Strukturen in der Metropole nicht vorstellbar. Dann ergibt sich auch, daß die, die Revolutionen wollen oder wollen könnten, in der Metropole selbst in der Minderheit sind und bleiben werden, denn die stabilen Fesseln in der Metropole und die zersetzte Realität derer, die nicht mehr wirklich von ihrer Metropolenexistenz profitieren, macht eine nationale, richtiger: metropolitane Revolution allerdings unvorstellbar.

Dann ändern sich die Ausgandspunkte: Quelle revolutionärer Politik in der Metropole ist der internationale Frauen- und Klassenkampf. Revolutionäre Gewalt in der Metropole orientiert sich an ihm und seinen metropolitanen Verlängerungen, Ausläufern und Reflexen, z.B. der imperialistischen Flüchtlingspolitik in der Metropole und dem Widerstand der Flüchtlinge und Ausländerfamilien gegen ihre Vertreibung, z.B. an der imperialistischen Bevölkerungspolitik in der Metropole selbst, z.B. an der Unterstützung von Kämpfen gegen die transnationalen Konzerne in anderen Ländern durch eigene Aktionen und politische Mobilisierung hier.
Und Revolution wird wieder denkbar als internationaler sozialrevolutionärer Kampfzyklus, in dem die sozialrevolutionären Gruppen in der Metropole leben und kämpfen.
Es ist klar, daß "auf die Aktualität von Revolution beharren" heute bedeutet, daß wir gesellschaftliche Entwicklungen, die möglich sind, uns jetzt schon vorzustellen versuchen. Es gibt aktuell keinen Kampfzyklus mit solcher Intensität, daß er das patriarchale -imperialistische System in Frage stellen könnte.



So betrachtet ist antipatriarchaler Kampf, antipatriarchale Aktion die Bedingung dafür, daß internationale Frauenkämpfe mit ihrer zentralen Bedeutung für soziale Revolution nicht durch sexistische Herrschaftsstrukturen blokiert werden. Eine Ahnung davon, wie die Geschlechterauseinanderstzung einen sozial-revolutionären Kampf entwickeln kann, entsteht nicht, indem die politische Thematik um die "Frauenfrage" erweiteret wird, sondern wenn wir versuchen, die Wurzeln sexistischer Unterdrückung zu erkennen und anzugreifen, aus denen das System eine Hauptkraft seiner Existenzfähigkeit zieht.

Die Verschärfung der sozialen Widersprüche, die der patriarchale Imperialismus heute als Antwort auf vergangene Kämpfe betreibt, die Tatsache, daß es weder für die Autonomie der Frauen auf der Welt noch für den Existenzkampf des internationalen Proletariats eine nationalstaatliche oder globalreformistische Lösung gibt, begründet die Aktualität von Revolution aus - reichend.
Die Geschwindigkeit, mit der der Imperialismus in den Metropolengesellschaften selbst seine Weltpolitik umsetzt, trägt die internationale Auseinanderstzung in die Metropolengesellschaft und macht tendenziell eine sozialrevolutionäre Politik möglich, die sich auf die gesellschaftliche Realität und soziale Auseinandersetzung in der Metropole bezieht, ohne solche internationalen Ausgangspunkte aufgeben zu müssen.

MINDERHEITLICH IN DER METROPOLE KÄMPFEN

Es ist hier nicht der Platz sich mit all dem zu beschäftigen, was erforderlich wäre, damit wir anfangen können , eine solche Politik wirklich praktisch umzusetzen. Die zentrale Bedeutung des antipatriarchalen Kampfes, ein neues Verständnis antiimperialistischer Politik, die Frage der Entwicklung eines neuen Internationalismus bilden einige Elemente dieser Politik. Oft wird in der breiten Bearbeitung von Themen zu diesen Elementen wie: Bevölkerungspolitik, Gen-und Reproduktionspolitik, internationale Arbeitsteilung, "neue Armut" in der Metropole, die Chance gesehen, die minderheitliche Position zu überwinden. Das ist aber nur solange richtig, wie sich die Auseinanderstzung um diese Themen dreht und die Perspektive revolutionärer Politik weder diskutiert wird noch praktisch umgesetzt wird. Dann greifen nämlich wieder die materiellen Fesseln der metropolitanen Realität, die eine massenhafte int ernationalistische Veränderung verhindern. Zusammenfassend kann der Przeß, der eingeleitet werden muß , als ein Prozeß der eigenständigen Organisierung sozialrevolutionärer Gruppen auf bestimmten politischen Prinzipien begriffen werden, der mit Praxisversuchen zu den schon genannten Konflikten einhergeht. Auf diesem Weg müßten wir neu lernen, welches Verhältnis wir zu sozialen Auseinandersetzungen in der Metropole wirklich gewinnen können. Wenn unser Ausgangspunkt für revolutionäre Politik hier der internationale Kampf in Afrika, Asien und Lateinamerika sein soll, brauchen wir Strukturen, die nicht nur die imperialistischen Strategien im Trikont, sondern auch die sozialen Kämpfe und die politische n Veränderungen verstehen lernen. Wir brauchen eine "politische Kultur des Internationalismus" in den eigenen Zusammenhängen, die wir auch gegenüber andern hier in der Metropole als Angebot für Orientierung und revolutionäre Perspektive darstellen können.

Unabhänig vom Weg, der zu gehen ist, steht eins fest: sozialrevolutionäre Politik- nämlich eine antipatriarchale, antiimperialistische und antirassistische Politik- ist in der Metropole nicht mehrheitsfähig. Auch nicht ab und zu oder zu einzelnen Fragen. Das Aufgreifen der gleichen Thematik von vielen Menschen führt nicht zur gleichen politischen Perspektive . Der große Unterschied zur Politik der der siebziger Jahre und den orginär sozialen Bewegungen in den achziger Jahren ist, daß wir mit der Perspektive internationaler revolution im Rücken "strategisch" in einer minderheitlichen Position kämpfen.

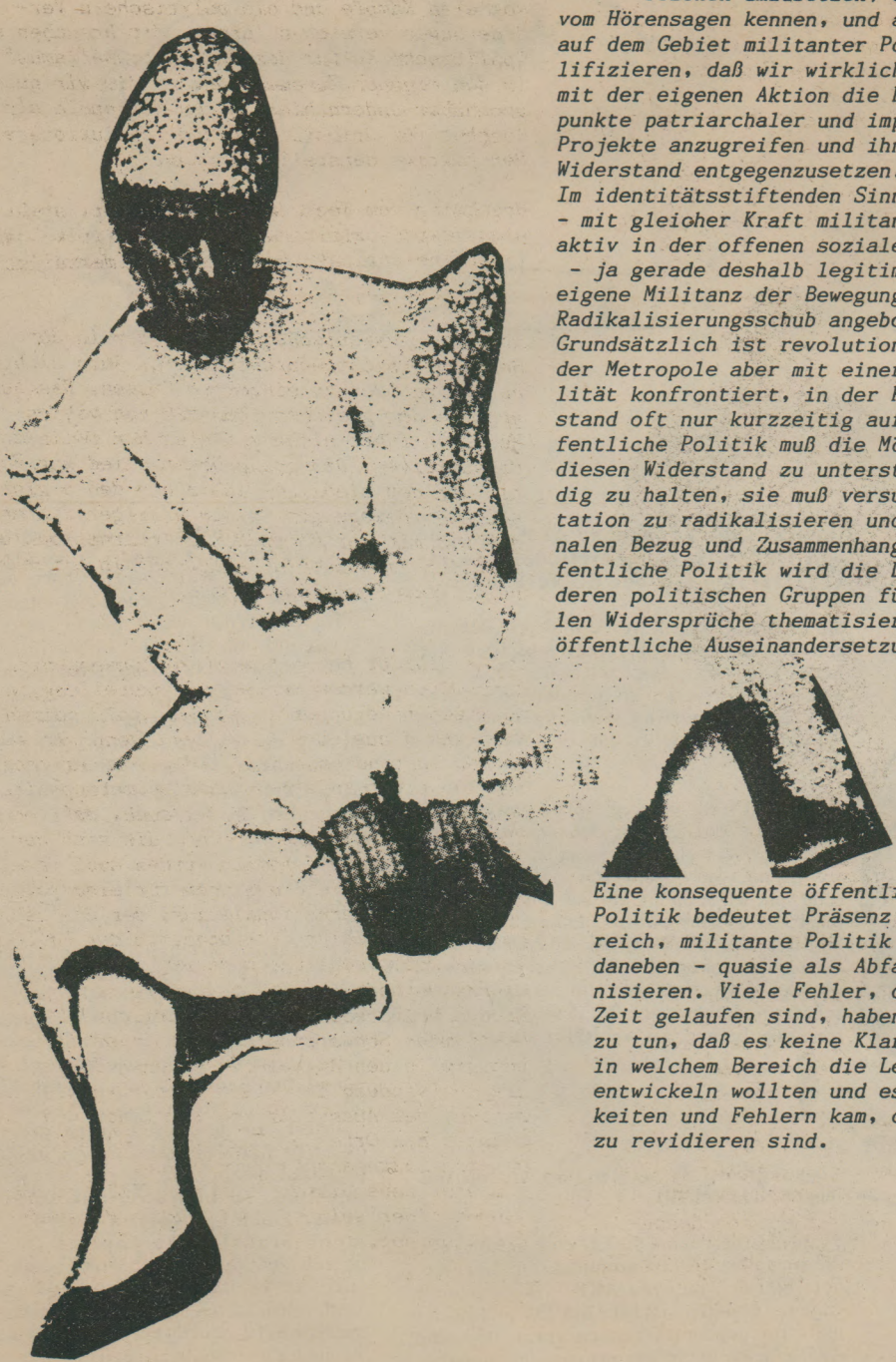
Diese Einsicht hat schon viele Konsequenzen. Aufgegeben werden müßte die Vorstellung, in sozialen Bewegungen inder Metropole seinen Widerstand ausleben zu können. Wenn wir sagen, es muß Abstand genommen werden von der radikalen Identität in einer sozialen metropolitanen Bewegung, dann heißt das auch, daß von dem Schutz und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, Abstand genommen werden muß. Verstärkt werden müßten die Bemühungen für eine politische Kultur des Internationalismus, der das Lebensgefühl im sozialen Widerstand in der Metropole als Hauptidentität ersetzt.
Unsere Methode von Politik müßte sich ändern: Eine arbeitsteilige kontinuierliche Arbeit an bestimmten Schwerpunkten, die Investition von Energie in den Aufbau der eigenen Zusammenhänge, die Überwindung der städtischen Organisationsformen, das Ausnutzen von Infoläden und Treffpunkten als Orte der Organisierung und Diskussion müßte angegangen werden.
Und eine neue Diskussion über Militanz im Rahmen einer solchen politischen Perspektive tut not.

*GEMEINSAME POLITIK AUS GETRENNTEN BEREICHEN*

*Wenn Gegenmacht nicht mehr das Ergebnis einer solchen sozialen metropolitanen Massenbewegung ist, müssen wir unsere Vorstellung davon überprüfen und dann auch die bisherige Vorstellung von der Bedeutung und Form militanter Politik. Schauen wir uns noch einmal das Spannungsverhältnis an, in dem sich eine revolutionäre Politik in der Metropole konkretisieren könnte. Soziale Konflikte um die patriarchale imerialistische Umstrukturierung der Metropolengesellschaft, die Verschärfung der internationalen Auseinanderstzungen, der Existenzkampf und seine politisc he Konsequenzen, die geplanten patriarchalen-imperialistischen Projekte zur Stabilisierung und Rückgewinnung von Herrschaft unf Kontrolle.*
*Im traditionellen autonomen Verständnis sollte Militanz innerhalb sozialer Bewegungen sich ibn verbreiterbaren Sabotageaktionen ausdrücken, oder die Durchsetzung von Forderungen sozialer bewegung durch die Aktion. Dieser direkte Zusammenhang zwischen sozialer Bewegung und militanter Politik ist in dem vorher genannten politischen Spannungsverhältnis natürlich nicht gegeben.*
*Wenn Flüchtlingsdateien und Ausländerregister nicht mehr funktionieren, dann ist das Kriterium für die Aktionen, die das erreicht haben, nicht der Beifall der AKW-GegnerInnen und nur begrenzt der Beifall der Betroffenen, denn die Verbindung zwischen Betroffenen und Akteuren ist dünn.*

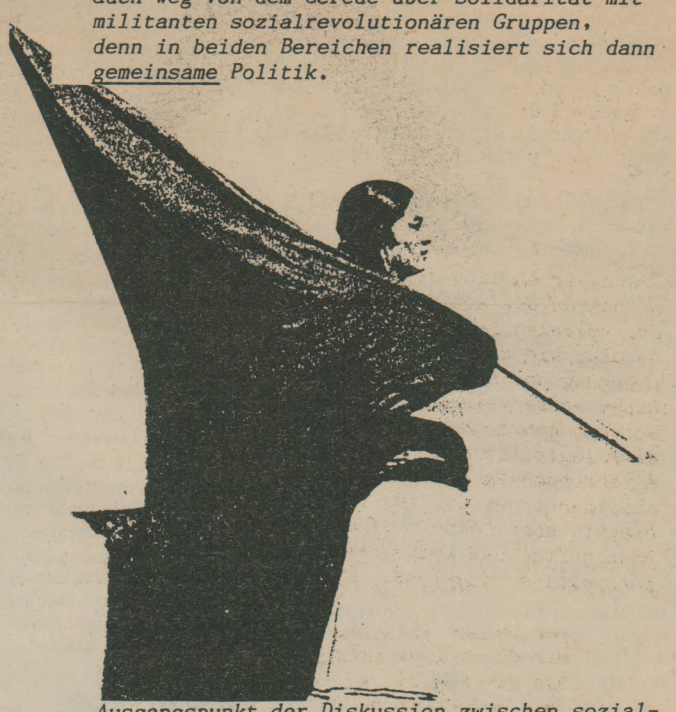
*Wenn Konzernfilialen brennen, während in einem anderen Erdteil ein Streik diesen Konzern bekämpft, dann ist das der Versuch, Forderungen durchzusetzen, deren Richtigkeit nicht aus dem eigenen direkten Erfahrungshorizont, sondern aus einem politischen Begriff von internationalem Kampf kommt. Trotz der Entfernung, die zwischen den Handelnden hier und dem sozialen Kampf bestehen, (nicht nur räumlich, sondern auch sozial und kulturell) drücken sozialer Kampf und gezielte Aktion eine politische Kraft aus, die zum politischen Faktor gegen patriarchal-imperialistische Herrschaft wird. Sie vermitteln eine Ahnung von der Möglichkeit eines revolutionären Prozesses und seiner Konkretion in der Metropole in diesem Fall durch die militante Aktion.*

*Unabhängig von der konkreten Politik ( militante Aktion, politische Mobilisierung) ist es zunächst das Prinzip von Politik, was Perspektive hat: Durch die eigene politische Aktivität zu versuchen, das,was der Imperialismus spaltet und auseinanderreißt - als verschiedene Elemente einer Gesellschaft erscheinen läßt - zusammenzufassen, als Kampf gegen Herrschaft sichtbar zu machen und zu unterstützen, bzw. sein eigenes Wissen in diesen Kampf auf der Seite der Unterdrückten in die Waagschale zu schmeißen und so von sich aus und durch die eigenen Aktivitäten Verbindungen aufzubauen zu denen, die im internationalen Maßstab und im unteren Drittel der Metropole kämpfen.*
*Eine politische Methode, deren Umsetzung ohne entsprechende eigene Organisierung unvorstellbar ist, unabhängig davon, in welchem Bereich von Politik sie stattfindet. Denn es bedarf einer kontinuierlichen politischen Diskussion über die sozialen Kämpfe und die Entwicklung des eigenen Verhälnisses zu ihnen, um bestimmen zu können, mit welchen konkreten Inhalten die eigenen Aktivitäten angegangen werden.*
*Es erscheint unter solchen Umständen unmöglich, das Ziel aufrechtzuerhalten, einerseits seine politische Energie in die politische Mobilisierung an konkreten Kämpfen - sei es international oder metropolitan - zu stecken und Versuche zu beginnen, eine offene praktische Politik zu gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen, die wir bislang nur vom Hörensagen kennen, und andererseits sich auf dem Gebiet militanter Politik so zu qualifizieren, daß wir wirklich in der Lage sind, mit der eigenen Aktion die Kristallisationspunkte patriarchaler und imperialistischer Projekte anzugreifen und ihnen gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen.*
*Im identitätsstiftenden Sinn war dieses Ziel - mit gleicher Kraft militant zu sein und aktiv in der offenen sozialen Bewegung zu sein - ja gerade deshalb legitim, weil durch die eigene Militanz der Bewegung sozusagen ein Radikalisierungsschub angeboten werden sollte. Grundsätzlich ist revolutionäre Politik in der Metropole aber mit einer zersetzten Realität konfrontiert, in der Kämpfe und Widerstand oft nur kurzzeitig auffl ackern. Öffentliche Politik muß die Möglichkeit schaffen, diesen Widerstand zu unterstützen und lebendig zu halten, sie muß versuchen die Konfrontation zu radikalisieren und ihren internationalen Bezug und Zusammenhang aufzeigen. Öffentliche Politik wird die Diskussion mit anderen politischen Gruppen führen, die sozialen Widersprüche thematisieren und in die öffentliche Auseinandersetzung tragen.*



*Eine konsequente öffentliche Vertretung der Politik bedeutet Präsenz im öffentlichen Bereich, militante Politik läßt sich nicht daneben - quasie als Abfallsprodukt - organisieren. Viele Fehler, die in der letzten Zeit gelaufen sind, haben wohl auch damit was zu tun, daß es keine Klarheit darüber gab, in welchem Bereich die Leute ihre Politik entwickeln wollten und es damit zu Ungenauigkeiten und Fehlern kam, die heute nicht mehr zu revidieren sind.*

*Der Fakt, daß die politische Auseinandersetzung zwischen offenen und militant arbeitenden Gruppen selten stattfindet und eine gemeinsame Perspektive wenig diskutiert wird, läßt eine Entscheidung für den einen oder anderen Bereich oft als politische Technik mit jeweiligen Vor- und Nachteilen erscheinen. Die fehlende Auseinandersetzung führt offensichtlich zu einem funktionalen Verständnis der verschieden Politikbereiche.*
*So wird militante Politik verstanden als Fortsetzung der öffentlichen Politik mit anderen Mitteln, als Ausdruck der Vielfalt des Widerstands. Militante Politik war damit zu einer Form des Widerstands geworden, die in einem funktionalen Verhältnis zur öffentlichen Politik stand.*
*Dieses verhältnis konnte sich deshalb durchsetzen, weil es - in einem breiten Bündnis - um die Bekämpfung einzelner Projekte ging und nicht um die Entwicklung revolutionärer Politik.*
*Die gleiche funktionale Bestimmung findet sich im umgekehrten Verhältnis bei militanten Gruppen, die sich als Avantgarde der Massen verstehen und die Kämpfe der Massen als wenig entwickelt qualifizieren, die Massen müßten in ihren Aktionen noch von den militanten Gruppen lernen, um letztendlich noch diese Kampfform zu übernehmen.*
*Damit wird der Mythos der Guerilla produziert, als die entschiedenste Kampfform, bei der öffentliche Politik nur noch als Propaganda dieses Kampfes verstanden wird. Diese funktionellen Zuordnungen blockieren die Kraft revolutionärer Bewegungen und bergen in sich die Gefahr, daß die Bewegungen sich reformistisch oder militaristisch entwickeln.*
*Das Verhältnis zwischen militanter Politik und öffentlicher Politik muß ein politisches sein, daß die gemeinsame Politik in den militanten und öffentlichen Bereichen theoretisch und praktisch eigenständig weiterentwickelt und sich in diesem Prozeß gegenseitig beeinflußt.*
*Es ist dann auch einleuchtend, daß die Aufgaben, die in beiden Bereichen angegangen werden müssen, nicht in einer Gruppe bewältigt werden können. Wenn es richtig ist, daß militante und öffentliche Politik von gleichen politischen Methoden, gleichen politischen Grundprinzipien ausgehen kann, ist es andererseits auch kein Verlust, nicht persönlich in beiden Bereichen politisch präsent zu sein.*
*Die politische Auseinandersetzung, die auf diesem Hintergrund möglich ist, kommt dann auch weg von dem Gerede über Solidarität mit militanten sozialrevolutionären Gruppen, denn in beiden Bereichen realisiert sich dann gemeinsame Politik.*



*Ausgangspunkt der Diskussion zwischen sozialrevolutionären Gruppen, die offen arbeiten und militanten sozialrevolutionären Gruppen, die sich institutionalisieren, kann heute sein, daß es um die gleichen politischen Prinzipien geht, die in den verschiedenen Bereichen - mit ihren jeweils eigenen Schwierigkeiten - umgesetzt werden. Die politische Auseinandersetzung in den autonomen Zusammenhängen muß darum geführt werden. Es ist vorbei mit der Beliebigkeit militanter Aktionen, weil es mittlerweile sehr wohl Kriterien für Sinn und Unsinn von Militanz gibt, von denen wir versucht haben, einige zu benennen.*
*Nur eine politische Debatte, zu der dieser Versuch hier hoffentlich etwas beiträgt, in der linksradikalen Bewegung, macht uns stark gegenüber dem Staat, der die Ansätze der möglichen Perspektive jetzt schon bekämpft und gegenüber den Reformisten, die sich noch darin gefallen können, die "Sinnlosigkeit" unserer Aktionen gegen den Marsch ins System zu halten.*

*Kumulus*

# Der Gipfel in Hannover 1988

## Mehr als 4000 Polizisten schützen den Gipfel

VOM 24. 6. — 28. 6.

## EG AFRIKA - POLITIK I.

mit der gründung der EWG 1957 wurde eine regional auf afrika konzentrierte "dritte welt - politik" der EG geboren, die lange zeit v.a. eine französische politik mit europäischen mitteln war. frankreich bezog damals ein viertel seiner importe aus seinen afrikanischen kolonien und wurde etwa ein drittel seines exports dort los. die durch die gründung der EWG notwendige, sehr kostenintensive modernisierung der französischen industrie wäre ohne seine kolonien noch schwieriger geworden, weshalb frankreich die EWG - unterzeichnung von der assoziierung seiner kolonien und treuhandgebiete abhängig machte. die BRD war wegen der "hallstein - doktrin" (nichtanerkennung von staaten, die diplomatische beziehungen zur DDR unterhalten), dessen ende erst den eintritt der BRD in die weltpolitik möglich machte, dagegen gewesen. aber in den "römischen verträgen" von 57 setzte frankreich seinen anspruch durch, während die BRD den "freien innerdeutschen handel" festschreiben ließ. von anfang an bestand die BRD auf handels- und entwicklungspolitischer zusammenarbeit im rahmen eines GLOBALKONZEPTS der EG - politik gegenüber möglichst allen staaten der "dritten welt". aber die zeit war noch nicht reif und die afrika - politik blieb das kernstück der "3. welt - politik der EG

die im EWG - vertrag genannten ziele konkretisierten sich in dem versuch der EWG - länder, einen möglichst freizügigen, von der EWG abhängigen WIRTSCHAFTSGROSSRAUM zu schaffen, unter anwendung von mitteln, die der europäische kolonialismus schon immer bei den "unterlegenen völkern" angewendet hatte. das nazi - projekt der großraum - politik, die einverleibung osteuropas war ein versuch, eine ganze region zu kolonialisieren und die eigene abhängigkeit von ressourcen und märkten zu institutionalisieren

die afriak - politik der EWG war gekennzeichnet durch finanzielle unterstützung von entwicklungsprojekten, die - vom europäischen entwicklungsfond (EEF) bezahlt - zuschüsse zur finanzierung von aufträgen an europäische unternehmen darstellten. diese durchführungsabkommen mündeten 1964 in das erste abkommen - JAUNDE I - zwischen 17 afrikanischen ländern (AASM) und den 6 EWG gründungsländern. die statistenrolle der politisch gerade unabhängig gewordenen afrikanischen länder war bei den verhandlungen zu JAUNDE I unübersehbar: die handelsregelungen wurden zugunsten der EWG geändert, die agrarproduktion der AASM unterstand der EWG -agrarpolitik und die europäischen industrieprodukte behielten ihre starke position auf den AASM - märkten. nur die initiative bei den vorschlägen (!) für die zu fördernden projekte erhielten die assoziierten staaten zugesprochen. das "neue" an JAUNDE I, die paritätisch besetzten gmeinsamen institutionen, waren - wie alles andere - eine farce: ihre entscheidungsbefugnis war gleich null. die fassade der "gleichberechtigten zusammenarbeit" wurde damals aufgebaut; das wesen dieser zusammenarbeit war der **völlig erhalten gebliebene koloniale charakter der beziehungen.** die instrumente und finanziellen mittel dazu waren 57 "europäisiert" worden.

die afrikanischen nationen standen nie vor einer anderen alternative als die bindungen an die ehemaligen "mutterländer" aufrechtzuerhalten oder wirtschaftlich - und damit überhaupt - nicht zu überleben.

im JAUNDE II abkommen vom januar 71 fand die eigentliche veränderung, die in der dynamik der sogenannten EG - integration liegt, ihren institutionalisierten ausdruck: frankreich hatte wesentliche anteile des warenverkehrs andie BRD, NL und italien verloren. der BRD war es gelungen, ihrer forderung nach dem globalkonzept sehr nahe zu kommen: die präferenzen für die AASM wurden so weit reduziert, daß sie den anderen abhängig gemachten ländern fast gleichgestellt waren = system der allgemeinen zollpräferenzen - GSP - ein weltumspannendes netz, das den USA schon früh größte sorgen machte. in diesem zusammenhang war der bitritt GB s in die EWG mitentscheidend, denn die britische regierung unterstützte die BRD - forderung nch einer globalen e ntwicklungspolitik, was frankreich seinerseits nachteile zugunsten der EG verschaffen mußte. die bilaterale politik wurde nie ersetzt, 1. hatte sie ne funktion (s.u.) und 2. haben einzelne EG länder eigeninteressen, die sie mit hilfe von z.b. vertraglich festgelegten souveränitätsklauseln so lange wie möglich verfolgen wollen. das vetorecht hat allerdings zunehmend formalen charakter, weil imp. politik von denen geprägt wird, die die macht/dominanz erringen. so wird dieses vetorecht vom stärksten land der EG - der BRD - , das aufgrund seiner macht aufs vetorecht verzichten kann, bekämpft und unterlaufen, z.b. durch die förderung von stimmenthaltungen im EG recht, damit entscheidungen nicht mehr blockiert werden können oder durch die streichung von strukturfonsmittel für jene länder, die "querschießen". die koordinierung - oder ausschaltung - von widersprüchen und rivalitäten zwischen den einzelnen EG - staaten läuft im maße der fortschreitenden **vergemeinschaftung nationaler politiken** DURCH die/des stärksten und zunehmend offen/institutionalisiert. die EG - politik ist natürlich nicht ein im sinne gemeinsamer einsichten gestaltetes vorgehen, sd. ein dialektisch zu verstehender prozeß von gemeinsamen interessen und rivalitäten, in dem sich die stärkste macht/kapitalblöcke die weniger starken einverleiben - sie nennen das "integrationswirkung".

die nach diesem prinzip zustandegekommenme EG - außenpolitik "beteiligte 1975 sechsundvierzig (heute 67) dritte welt länder an der "kooperation" **das gesamte afrika südlich der sahara mit ausnahme südafrikas und namibias, außerdem 13 karibisch und 8 pazifische länder (heute) - die ogenannte AKP - gruppe wurden als einheitlicher wirtschaftsraum mit der EG verbunden.**

die JAUNDE politik wurde in den LOME abkommen weitergeführt. der abschluß von LOME I 1975 war gleichzeitig der ausdruck e ines bis heute in seinen grundzügen , seiner wirksamkeit weltweit einmaligen rahmens der entwicklungspolitik und des "nord - süd - dialogs".

der erste LOME vertrag fiel in die zeit des "ölschocks" und der krise der imp. wirtschaften ( stichwort ölschock - dazu kurz ein satz von pisani, von dem weiter unten noch die rede sein wird: die erfahrung mit dem erdöl lehrt, daß es eine zweischneidige angelegenheit ist, wenn die VERFÜGUNGSGEWALT in den händen der erdölländer l iegt. europa muß mit den AKP - staaten ein neues partnerschaftsmodell entwickeln, deshalb sollte europa es aufgeben, als wohltäter aufzutreten"

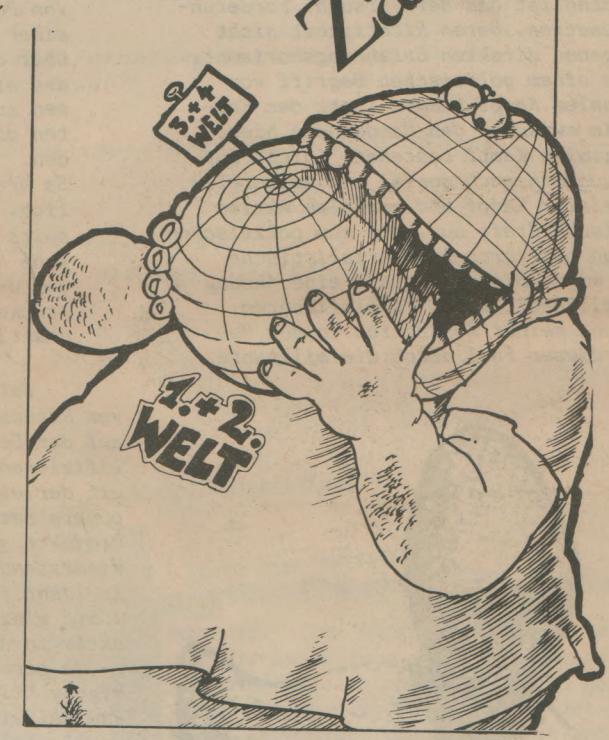
- das sagte der 83, während der vorverhandlungen zu LOME III).

75, bei LOME I nahm die EG eine haltung ein, die sie selbst als kompromißbereit" bezeichnete und den meisten AKP - ländern noch vage hoffnungen machte. die EG mußte damals auf gegenpräferenzen verzichten. die AKP - seite hatte das prinzip der meistbegünstigung zu akzeptieren (importe der AKP aus drittländern dürfen keine günstigeren regelungen erhalten als die waren aus der EG), die schutzklausel (der freie zugang der AKP - exporte wird eingeschränkt, wenn dadurch die wirtschaft eines EG - landes BEEINTRÄCHTIGT wird) wurde nicht direkt angewandt, sd. als mittel für dasselbe eingesetzt: selbstbeschränkungsabkommen zu erzwingen.

in LOME I wurde auch das sytem zur stabilisierung der exporterlöse (STABEX) eingeführt. diese so generösen syteme wie STABEX, SYSMIN und MINEX betreffen ausschließlich die versorgung der EG, also den AKP export.

vorwegzunehmen ist, daß es keinem der AKP - staaten gelingen konnte, während der laufzeiten von LOME I, II und III (inzwischen IV) ihre situation erträglicher zumachen. was LOME real IST, wird auch dann klar, daß umgekehrt in fast allen AKP - ländern das pro kopf einkommen sank und zwar rapide. es ist dieser widersprüchliche prozeß: je mehr das kapital, das die peripherie nach seinen akkumulationsbedürfnissen durchstrukturiert hat, es vom system ausgeschlossen, marginalisiert, zu den verdammten dieser erde gemacht hat und so zu einem gewaltigem potential des befreiungskrieges, **je mehr der imp. so bedroht, auf seine zentren zurückgeworfen wird, desto mehr braucht das kapital** in diesem prozeß der vergesellschaftung der produktion, der kapitalkonzentration, der schrankenlosen ausdehnung **die ausbeutung der peripherie** den dort produzierten wert, um ihn in der metropole zu realisieren".

## europäische Zärtlichkeit



# EG AFRIKA - POLITIK II.

nach LOME I hatte die AKP keine steigerung der exporte mehr verzeichnen können, was nicht nur an den ungleichen ausgangsbedingungen liegt, **sd. system hat** und geplant wird: auf die AKP entfällt weniger als 7% des gesamten außenhandels der EG, während 40% des AKP außenhandels auf die EG entfällt. davon besteht der löwenanteil aus rohstoffexporten. ganze 2% sind fertig- oder halbfertigprodukte. könnte ein AKP land seinen anteil dieser letzten kategorie erhöhen, ist sicher, daß das betreffende EG land die EG zu beschränkungsmaßnahmen veranlaßt; wie z. b. 1979 GB und irland es taten, die einfuhr von pullovern aus mauritius betreffend - die aus britischer wolle hergestellt wurden. dasselbe betrifft die AKP forderung nach abschaffung der beschränkungen für ihre agrarexporte.

auch das STABEX system wurde in LOME II nicht uf die gesamten exporte ausgedehnt. das MINEX system (export von bergbau - produkten) geht noch weiter: die gelder werden nur gezahlt, wenn die produktion - die der EG-versorgung - gefährdet ist und nicht mehr, wenn die exporteinnahmen sinken und sie sinken...die spärlichen mittel ersetzen noch nicht einmal die verluste in diesen produktionszweigen. bestimmte mineralien - deren abbau größtenteils von europäischen unternehmen wahrgenommen wird - wurden in das system erst gar nicht aufgenommen.

am tag der unterzeichnung von LOME II war klar, daß die EG die gesamten verhandlungen scheitern läßt, wenn sie keine RÜCKWIRKENDEN investitionsgarantien durchsetzen können. für die AKP konnte nie ein zweifel bestehen, daß sie günstige investitionsbedingungen schaffen müssen, sie verlangten rücksicht auf ihre souveränität und nationalen entwicklungsprioritäten. so ist die industrialisierung für sie erstes mittel, um wenigstens einige bedingungen des ungleichen tausches zu mildern. vorschläge seitens der AKP zur einrichtung besonderer fonds für die industrielle entwicklung verweigerte die EG natürlich.

in LOME II zeichnete sich schon ziemlich deutlich die dann folgende neugestaltung der EG - AKP abkommen ab. wichtig ist dabei, die situation global zu sehen, in der die AKP immer offener und massiver erpreßt wurde. das abkommen selbst ist nur noch der/ein ausdruck davon. die forderungen der AKP - als "ansprüche" definiert - galt es immer weiter zu drücken. die AKP hatte von sich aus schon keine "neue weltwirtschaftsordnung" gefordert (um die seitens des trikonts jahrelang gerungen worden war, die seerechtskonvention zeigt das plastisch, wie die imp. mächte solche forderungen plattgemacht haben). die zusammenarbeit mit dem RGW konnte nicht mehr als alternative zur "kooperation" mit der EG gesehen werden. die verhandlungen fanden zu einem zeitpunkt statt, wo klar war, daß das pro kopf - einkommen in afrika und lateinamerika stark zurückgegangen war, nur in südostasien gibt es statistisch eine zunahme (für die völker heißt das selbstverständlich nichts - indiens industrie gehört z. b. zu den 15 größten der welt, gleichzeitig gehört das land zu den ärmsten entwicklungsländern). die AKP hatte bei dem LOME II verhandlungen darauf hingewiesen, daß sie zwar verständnis für die probleme der EG - länder hätten, aber das "armut und reichtum relative begriffe" sind; ihr gesprächspartner aber war eine geschlossen auftretende EG, die den rückgang ihrer "hilfe"leistungen mit dem rückgang IHRER wachstumsRATEN begründete.

die AKP hatte protestiert gegen die "umständlichkeit der hilfevergabe", was meint, daß die kriterien der vergabebedingungen POLITISCHE sind - wird auch daran deutlich, daß die bilaterale hilfe als geeigneteres instrument zur spaltung der nationen ständig erhöht wurde, während eben der anteil, der über die institutionen lief, sich verringerte. alles was die AKP durchsetzen konnte waren solche dinger wie die, daß die laufenden kosten für die in ihre länder entsandten EG - delegationen nicht mehr auf die hilfeleistungen angerechnet wurden.

im subsaharischen afrika hatte sich die pro kopf - agrarproduktion zwischen 70 und 83 um 18% verringert - bei teilweise gleichzeitigen exportsteigerungen von nahrungsmitteln. weiter: verschuldung, preisverfall (in asien und lateinameika wird versucht, das durch erhöhung der produktion auszugleichen), rückgang der investitionen, kürzung der importe usw. "in ein paar jahren werden 60 - 80% des schwarzen afrika unterhalb der armutsgrenze leben." - eine offizielle aussage.

LOME III

diese situation veranlaßte die EG strategen zu neuen überlegungen:
**wie kann man diese situation benutzen?**

im pisani - memorandum (pisani ist französischer EG - kommissar und im sonderstab mitterrands, wir zitieren den hier im weiteren, weil er als nord - süd experte das neue konzept von LOME III wesentlich mit ausarbeitete; u.a. führte er die verhandlungen in neukaledonien und brachte sie zum bekannten abschluß, auch bei den san jose verhandlungen mischt der mit...) vom okt. 82 fanden die neu - überlegungen ihren formulierten ausdruck. das neue konzept zeichnet sich nach seinen worten dadurch aus, daß es die "position der empfänger- und geberländer umkehrt", man kann auch sagen der begriff der bedingungen wird umgekehrt. es wird nicht mehr gesagt." wir helfen euch, wenn ihr dies und jenes macht", sd.: macht was, vielleicht bewirkt das, daß wir euch helfen".

pisani: " (daß) die EG auf priviligierte beziehungen zurückgreifen kann, die **seinem** handel förderlich sind...die armut muß überwunden werden..."DAS HEISST: "den beitrag so weit zu steigern, daß die kritische schwelle erreicht wird, auf der das zusammenspiel der wirtschaftsfaktoren einsetzt...entwicklungshilfe hat das doppelte ziel: wachstum im empfängerland (seines exports) und deren POSITIVE TEILNAHME am internationalen wirtschaftsgeschehen."

in LOME III liegt die priorität erstmals auf der landentwicklung. der politische zweck besteht darin, zum einen unruhen (durch - landflucht und konzentration in den städten) vorzubeugen, die leute sollen auf dem land bleiben, d.h. auch, vereinzelt, und dort zielt das projekt darauf, die " masse der bauern in die GELDWIRTSCHAFT EINZUGLIEDERN" (zufbau von agrarkreditsystemen, plan des nationalen zwangssparens usw).

wie hunger benutzt wird - der kein "verteilungsproblem" darsellt, sd. "schuld der die landwirtschaft vernachlässigenden POLITIK der länder selbst" - vermittelt sich im lösungsdiktat der EG-politik: umfangreiche nahrungsmitteltransfers (bürgerlich humanitärer lösungsansatz) würden in den gebieten schwere MARKTSTÖRUNGEN hervorrufen. für das kapital wäre preisverfall die folge und den bauern "würde ein ANREIZ für die aufnahme oder ausweitung der MARKTWIRTSCHAFT fehlen".

bei der industrialisierung, die geringfügig und nur in ausgewählten ländern gefördert wird, gelten entsprechende formen:
a) arbeits- und kapitalintensive europäische unternehmen, wobei die billige arbeitskraft eine immer geringfügigere rolle spielt und das marktnähemotiv immer entscheidender wird (das läßt sich verallgemeinern und gilt weltweit)
b) auf- und ausbau von kleinen und mittleren unternehmen im jeweiligem land als zulieferer und anhängsel der unter a) genannten.
c) nutzung der ressourcen der AKP - länder, wodurch "gleichzeitig die versorgung der europäischen länder sichergestellt würde...europa hat EIN ANRECHT auf eine gesicherte rohstoffversorgung und die AKP - länder besitzen ein anrecht auf eine erschließung ihrer natürlichen ressourcen."

auch bei der verschuldung müßte "ganz klar sein, daß es nicht darum geht, finanz- gegen handelsvorteile einzutauschen. das geschieht in jedem falle." sondern darum, "die außen-

beiträge zu koordinieren, wie es die BRD - regierung fordert. diese koordinierung wird umso reibungsloser verlaufen, wenn der gedanke des dialogs akzeptiert ist."

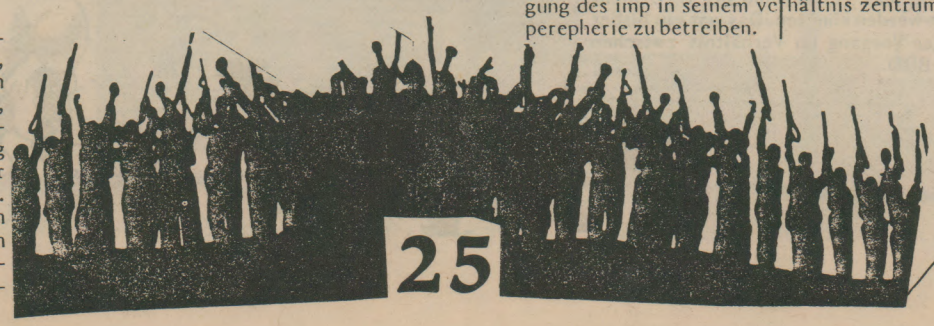
es ist dieser "DIALOG", der in LOME III durchgestzt wurde und eine neue konzeptionelle strategie der imp. dritte welt poltik charakterisiert. der dialog zwingt die AKP - länder, prioritäten zu setzen und "POLITISCHE GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN zu treffen", diese methode wirke "1. erzieherisch" und "2. räumt sie dem strukturellen aktionen, dem wandel von verhaltensweisen" einen bedeutenden platz ein. "wir haben soviele dummheiten begangen, als wir es versäumten, die großen von uns finanzierten vorhaben zu instrumenten einer echten globalen entwicklungspolitik auszugestalten ((mensch erinnere sich an das **von der BRD 1957** geforderte globalkonzept)) ..die beziehungen haben sich von der projekt- zur programmhilfe und jetzt zur unterstützungshilfe der **NATIONALEN ENTWICKLUNGSPOLITIK** gewandelt." diese konzeption findet sich inzwischen auch in anderen instrumenten der EG-politik oder in solchen, in denen sie dominierend sind.
kurz einige konkrete beispiele aus dem LOME III abkommen:
während die AKP bei den verhandlungen mehr mittel und arbeitsteilung forderte, legte die EG den schwerpunkt auf strukturveränderung.
dialog der EG mit EINZELNEN AKP-ländern über dessen wirtschafts- und sozialpolitik.
STABEX: war bei LOME I und II nicht projektgebunden; erstmals bei LOME III die verpflichtung der AKP-länder, der EG VOR auszahlung der STABEX-mittel DETAILLIERTE angaben über programm und maßnahmen zu machen; wird kein verwendungsbericht vorgelegt, gibt's kein geld.

früher konnte die AKP sowas als **einmischung zurückweisen.**
erstmals gilt statt dem primat der industrialisierung das der agrarentwicklung. in diesem zushg ist die überschußproduktion von nahrungsmitteln in der EG auch POLITISCH "verwertet" worden: nur noch diejenigen länder, die sich die "ernährungsstrategien" vorschreiben lassen und auf souveränitätsansprüche verzichten, kommen in den genuß von überschüssigen nahrungsmitteln zu "vorzugspreisen" aus der EG.
zur kostenersparnis und disziplinierung werden kaum noch neu-investitionen getätigt, sondern: "rehabilitierung notleidender projekte". dahinter steckt, daß die ausstattung in den für die EG interessanten gebieten inzwischen so weit gediehen ist, daß deren instandhaltung wichtiger geworden ist als neu-investitionen.
auf eine investitionsschutzklausel verzichtete die EG - nicht seltsamerweise; sie macht das längst bilateral.
nochmal zur "priorität der landentwicklung". wo sie es wagen (KÖNNEN), von der überwindung des hungers und der armut im namen von fortschritt und entwicklung zu sprechen; ihnen, die 2/3 der menschheit zu verdammten dieser erde gemacht haben, wird das abgenommen, nicht nur passiv (in dem zugelassen wird, daß sie das sagen und machen können), sondern aktiv, indem unter anderem von einer "angleichung der situation der unterdrückten weltweit" die rede ist. FAKTISCH heißt das, mit solchen aussagen, die verteidigung des imp in seinem verhältnis zentrum - perepherie zu betreiben.

die einbindung der bauern im trikont durch die unterwerfung unter die marktgesetze bedeutet die vernichtung derer, die sich nicht unterwerfen oder/und für die kein platz in diesem markt ist. wie beim ns-großraumprojekt ist die beseitigung unproduktiver und so "überflüssiger esser" auch beim eg-projekt impliziert. wie beim ns-projekt ist deutlich, daß die dimension der vernichtung und zerstörung (auch von subsistenz und seiner strukturen) ziel einer neuzusammensetzung der klasse und neuordnung politisch unabhängig gewordener staaten verfolgt, um hier den teil der neuen phase einer mobilisierung der mehrwertdynamik, eine strategie internationaler imp wertschöpfung zu realisieren.
VERNICHTUNG DURCH ENTWICKLUNG.
die EG-strategie löst das bretton-woods-system ab, denn letzteres genügt allein kaum noch den neuen anforderungen des internationalen kapitals in seiner strukturellen krise.
LOME III steht exemplarisch für einen qualitativ neuen ansatz zur ausdehnung und reproduktion der abhängigkeit "auf neuer stufe" mittels des hauptinstruments des dialogs. das

ganze wurde deshalb auch zunächst als TEST und nicht, wie sonst üblich, als modell begriffen. der entscheidene punkt war, inwieweit es gelingen würde, JETZT in die nationale politik der AKP-staaten einzudringen, denn anders als bei der projekt- und programmhilfe geht es nicht mehr "nur" um die durchdringung der politik dieser länder MITTELS kapitalisierung der produktion und pro-

duktionsstrukturen, MITTELS wirtschaftlicher und finanztechnischer eingriffe und vorschriften. die bekannten IWF und WB - konzepte mit ihren technokratischen und monetaristischen instrumenten reichen fürs kapital (oder seiner fortschrittlichsten teile) offenbar nicht mehr aus, weil sie keine garantie dafür geben können, daß die "anpassungsmaßnahmen" auch durchgesetzt werden können. der dialog ist der versuch, dieses hindernis für den imp zu lösen: nationale politik UNMITTELBAR zu bestimmen. das ist keine einflußnahme im traditionellen sinne mehr, sondern eine, wie sie es selbst sagen, "heikle angelegenheit". der kolonialistisch unbelasteten BRD fallen hier besondere aufgaben zu, denn "vertreter der afrikanischen, karibischen und pazifischen länder könnten den dialog als einmischungsversuch mißverstehen".
anders als die bretton-woods instrumente legt die EG wert auf "gleichberechtigte partner". das ist nicht als bloße, verschleiernde rethorik zu verstehen, es formuliert die neuartigkeit der strategie und drückt den unterschied zur USA-politik oder zur phase einer entwicklung, in der die USA die hegemonialmacht war, aus: revolutionen und selbstbestimmung nationaler politiken sollen nicht brutal zerschlagen werden, oder mittels subtiler methoden ausgeschaltet und beseitigt werden, sondern BENUTZT.



# Die EG und der NAHE OSTEN

"Die USA bauen im wesentlichen darauf, Israel als Hegemonialmacht für den ganzen Nahen Osten aufzubauen und mit Israel die Destabilisierung der bestehenden Nationalstaaten (....) zu betreiben." (Arnold Hottinger, "Rahmenbedingungen deutscher Nahostpolitik", in: "Politik und Zeitgeschichte", 1985).
So umreißt ein Kenner der nahöstlichen Szene die Nahostpolitik der USA. Er spricht für die imperialistischen Staaten in Westeuropa, wenn er fortfährt: "Dies kann nicht Ziel einer vernünftigen Nahostpolitik irgendeines westlichen Staates sein." Damit hat er ausgedrückt, daß es innerhalb der westeuropäischen Staaten einen Widerspruch zur Politik der USA im Nahen Osten gibt. Hottinger beschreibt ansatzweise das Nahostkonzept der EG-Außenpolitik, wenn er sagt: "Neben den Bemühungen, in den USA wie in allen europäischen Staaten ein detaillierteres und realistisches Verständnis der Lage im Nahen Osten zu fördern, müßte man wohl auch versuchen, im arabischen Raum Realismus -wo immer er sich zeigt- gegenüber den wilderen Vorstellungen von Guerillakampf und Revolution zu ermutigen - was freilich in einer Art und Weise geschehen müßte, die es vermeidet, als bloßer Sprecher des Imperialismus oder Kolonialismus eingestuft zu werden".
Letzteres meint sowohl die Distanzierung von der Nahostpolitik des US-Imperialismus als auch vom zionistischen Siedlerkolonialismus - wenn es dabei hilft, den arabischen Staaten und Völkern die "Partnerschaft" mit dem EG-Imperialismus besser verkaufen zu können. Besonders gegenüber den Palästinensern versucht die EG heute zunehmend, sich als Hüter und Verteidiger des Völkerrechts und des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts aufzuspielen.

## Westeuropa und die arabischen Staaten

Die meisten westeuropäischen Staaten mußten spätestens Ende der 60er Jahre erkennen, daß sie -vor allem durch ihre einseitige Parteinahme für den zionistischen Siedlerkolonialismus- Einflußmöglichkeiten im gesamten arabischen Raum eingebüßt hatten. Teilweise waren sie durch die Politik der imperialistischen Führungsmacht USA in diese schwierige Position gedrängt worden, teilweise hatten sie diese Entwicklung durch eine abenteuerliche neo-koloniale Politik selbstverschuldet; als Beispiel ist vor allem die Suez-Intervention Frankreichs und Großbritanniens (gemeinsam mit Israel) von 1956 zu nennen. Frankreich hatte durch seine koloniale Herrschaft und den Terror gegen die arabische Aufstandsbewegung in Algerien zusätzlichen Kredit verspielt. Die BRD war in keinem arabischen Land mehr präsent, nachdem sie einerseits dem Druck der USA nachgegeben und Israel politisch, ökonomisch und militärisch massiv unterstützt hatte und andererseits die Beziehungen zu allen arabischen Staaten abbrach, die Kontakte zur DDR unterhielten (sog. Hallsteindoktrin, benannt nach dem ehem. Staatssekretär im Bundesaußenministerium, Hallstein).
Vor allem nach dem Krieg Israels von 1967 gegen seine arabischen Nachbarstaaten begann in den westeuropäischen Staaten ein Denkprozeß darüber, wie der Scherbenhaufen der westeuropäischen Nahostpolitik beiseite gekehrt werden könne.

Ende 1970 begannen die EG-Staaten damit, ihre Außenpolitik zu koordinieren. Im Mai 1971 legten die EG-Staaten in einem Arbeitspapier erstmals gemeinsam ihre Haltung zum Nahostkonflikt fest. Die darin enthaltenen Forderungen entsprachen der von Bundeskanzler Brandt angestrebten "Ausgewogenheit": Existenzrecht und sichere Grenzen für Israel einerseits und Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten andererseits. Zur gleichen Zeit verhandelte die Bundesregierung mit den wichtigsten arabischen Staaten über die Wiederaufname der Beziehungen, mit dem Ergebnis, daß die Arabische Liga schließlich Anfang 1972 ihren Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Beziehungen zur BRD freistellte.
Das Nahostpapier von 1971 war die erste bedeutende Initiative der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) und erntete sowohl von den USA als auch von Israel den Vorwurf, die EG wolle "eine eigene Verhandlungsinitiative ergreifen und auf Israel Druck in der Territorial-Frage ausüben" (Europa-Archiv 4/76). Israel und die USA bezeichneten das Papier als Ergebnis arabischen Drucks auf Westeuropa. Am 22.11.72 berichtete der "Daily Telegraph" über einen westeuropäischen "Dreistufenplan für die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten". Der Plan beinhaltete:
1. ein gemeinsames Verhalten der EG-Staaten in der UN-Vollversammlung, um die Lösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der UNO-Resolution 242 wieder in Gang zu bringen.
2. Verwirklichung des Teilrückzugs Israels aus dem Sinai. Dieser Plan sollte zusammen mit den USA durchgesetzt werden.
3. Falls die USA eine westeuropäisch-amerikanische Kooperation verweigerten, wollten die EG-Staaten allein einen Vorstoß unternehmen.
Abgesehen vom gemeinsamen Auftreten in der UNO konnte dieser EG-Plan nicht verwirklicht werden, der Rückzug Israels aus dem Sinai fand schließlich als Resultat der amerikanisch-israelischen Camp-David-Initiative statt, allerdings waren die westeuropäischen Staaten bei der Überwachung dieses Rückzugs wieder dabei.
Der Ausbruch des Oktoberkriegs 1973 traf die EG-Staaten unvorbereitet. Es wurde schnell klar, daß sich die arabischen Staaten von der EG eine Hilfestellung gegen Israel und die USA erhofften. Am 17.10. setzten die arabischen Staaten die "Öl-Waffe" ein: die Preise wurden heraufgesetzt und die Förderung sollte solange gedrosselt bleiben, bis sich Israel aus den besetzten Gebieten zurückgezogen habe. In der ägyptischen Presse wurde zum totalen Öl-Lieferstopp für alle Länder aufgerufen, "die für die Überführung amerikanischer Waffen nach Israel Verkehrswege bereitstellen oder zulassen, daß US-Stützpunkte auf ihrem Gebiet dabei eingesetzt werden". Das war ein klarer Hinweis auf die BRD: Exakt zu diesem Zeitpunkt wurden in Bremerhaven israelische Schiffe mit Kriegsmaterial aus US-Depots in der BRD beladen. Es gibt Hinweise darauf, daß die Bundesregierung darüber nicht informiert war. Dem US-Botschafter in der BRD wurde der Wille der BRD zur strikten Neutralität erklärt, mit dem Hinweis, daß Waffenlieferungen über das Territorium der BRD nicht gestattet werden könnten. Das war ein bisher einmaliger Vorgang im Verhältnis zwischen USA und BRD.

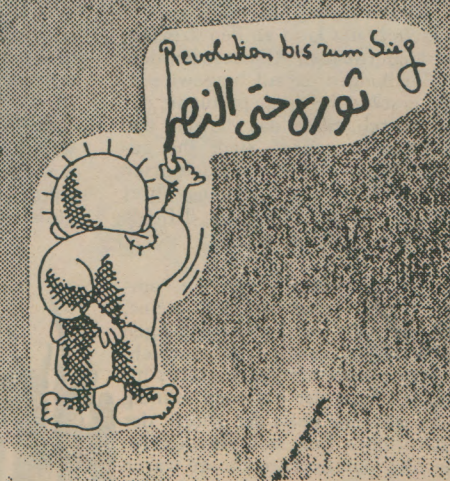
Am 6.11. kamen die Staaten der EG der Aufforderung der arabischen Staaten nach, ihre Haltung zur Nahostkrise offen zu machen. Heraus kam dabei ein Plädoyer "für eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Sinne der UN-Resolution 242"; außerdem für den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die "Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser". Diese Formulierung war zumindest für die BRD-Außenpolitik neu, sie entsprach eher der seit 1967 vom französischen Außenministerium vertretenen Position: unter dem Druck der Ölförderstaaten fand also eine Annäherung der westeuropäischen- an die französische Außenpolitik statt, oder wie es Genscher später formulierte: "Dieses Schockerlebnis wurde (...) zur eigentlichen Geburtsstunde der europäischen Außenpolitik".

## EAD
## "Europäisch-Arabischer Dialog"

Auf dem EG-Gipfeltreffen von Kopenhagen veröffentlichten die Außenminister am 14.12.73 das "Dokument über die europäische Identität", mit dem -so heißt es in der Einleitung- die EG-Staaten "ihre Beziehungen zu den übrigen Ländern der Welt sowie ihre Verantwortlichkeiten und ihren Platz in der Weltpolitik näher bestimmen wollen".
Auf diesem Treffen unterbreiteten 4 arabische Außenminister im Auftrag der Arabischen Liga die Idee des "Europäisch-Arabischen Dialog". Dieser Vorschlag kam dem im Dokument der EG formulierten Anspruch entgegen, daß "die in der Welt eingetretenen Veränderungen und die wachsende Zusammenballung von Macht und Verantwortung in den Händen ganz weniger Großmächte verlangen, daß Europa sich zusammenschließt und mehr und mehr mit einer einzigen Stimme spricht, wenn es sich Gehör verschaffen und die ihm zukommende weltpolitische Rolle spielen will".
Die Reaktion der USA auf die Eröffnung des EAD im Frühjahr 74 war heftig. Das Verhältnis USA-Westeuropa war zu diesem Zeitpunkt sowieso schon gespannt aufgrund der Vorstöße der EG im gesamten Mittelmeerraum zur Eroberung der Märkte. Die Assoziierungsabkommen mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten brachten der EG große ökonomische und politische Vorteile. US-Außenminister Kissinger hatte schon im Herbst 73 gewarnt, daß die Suche nach einer europäischen Identität zur Konfrontation mit den USA führen müsse. Nixon vertrat in einer Rede im Frühjahr 74 die Ansicht, die EG "rotte sich gegen die USA zusammen". (!)
Die USA übten im Verlauf des EAD starken Druck auf die EG aus. Sie verlangten, daß die Energiepolitik und der arabisch-israelische Konflikt aus dem EAD ausgeklammert bleiben müsse. Es wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der besagte, daß es vor allen wichtigen Schritten gegenseitige Konsultationen geben solle (sog. "organic consultative relationship").

## Camp David

Die Eröffnung des EAD war auch eine Reaktion auf den Versuch der USA und Israels, die westeuropäischen Staaten (und die UdSSR) aus dem politischen Geschehen im arabischen Raum herauszudrängen. Das Camp-David-Projekt befand sich zu dieser Zeit schon in der Planung. Der ehemalige ägyptische Außenminister Fahmy schreibt in seinen Memoiren, Kissinger habe ihm "vorgeschlagen, daß die USA und Ägypten während der (Nahost-) Konferenz (v. Dez.73) eng zusammenarbeiten sollten, ohne die Sowjets ins Bild zu setzen. Es war völlig klar, was Kissinger vorhatte: den Ausschluß der UdSSR aus allen ernsthaften Verhandlungen, um damit die USA zum (alleinigen) Schiedsrichter einer Nahostlösung zu machen." (I. Fahmy, "Negotiating for Peace in the Middle East. London 1983).
Im September 1978 wurde in Camp David, USA, das sog. "Rahmenabkommen für den Frieden im Nahen Osten" unterzeichnet. In geheimen Zusatzabkommen verpflichteten sich die USA, im Falle eines Krieges "mit einem oder allen arabischen Ländern der Ablehnungsfront" den Schutz des israelischen Luftraums zu gewährleisten und außerdem "die Konfrontation mit Moskau anzunehmen", falls die UdSSR auf arabischer Seite intervenieren würde. Außerdem sehen die Zusatzabkommen vor, daß Ägypten Waffen bekommt, um in Drittwelt-Ländern zu intervenieren, "die von interner Subversion oder dem internationalen Kommunismus bedroht sind." Andererseits sollte Ägypten "Krisen oder regionale Konflikte entstehen lassen, die geeignet sind, den Druck dieser Länder (gemeint waren die arabischen Gegner) auf Sadat zu reduzieren."
Ägypten verpflichtete sich weiterhin, im Falle eines Konflikts zwischen Israel und arabischen Ländern nicht auf arabischer Seite einzugreifen, sondern Israel dabei zu helfen, "die Basen der Terroristen aufzuspüren - wo immer sie sich befinden - mit dem Ziel



ihrer Liquidierung." (aus: afrique-asie 171, Nov. 78).
In einem Zusatzabkommen zwischen den USA und Israel heißt es: "Die US-Diplomatie wird versuchen, ihre westlichen Verbündeten (damit waren natürlich vor allem die westeuropäischen NATO-Verbündeten gemeint) zur Unterstützung der Übereinkommen von Camp David zu bewegen".
Und: "eine Zusammenarbeit wird installiert hinsichtlich der Liquidierung der radikalen Elemente der PLO, so daß diese sich in eine friedliche Organisation verwandelt." Wie wir wissen, wurde die letztgenannte Vereinbarung u.a. nach dem Abzug der PLO-Kämpfer 1982 aus Beirut in den Massakern an der unbewaffneten Bevölkerung von Sabra und Schatila verwirklicht.
Kurz vor dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel erklärte der französische Präsident nochmals den Standpunkt der westeuropäischen Staaten zum amerikanisch-israelischen Camp-David-Projekt:
"Für die Probleme des Nahen Ostens kann es keine andere als eine globale Lösung geben .... eine Lösung, die von allen Ländern der Region akzeptiert und von der Völkergemeinschaft gebilligt wird und die eine Antwort auf alle offenen Fragen bringt, vor allem die Lage der Palästinenser und die Ausübung ihrer Rechte." (Europa-Archiv 79/7, D184)

Die Arabische Liga verurteilte unmittelbar nach dem Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel ausdrücklich die Politik der USA und schloß Ägypten aus der Organisation aus. Die UN-Vollversammlung verabschiedete eine Resolution, in der bedauert wurde, daß die Camp David-Abkommen außerhalb des UN-Rahmens abgeschlossen worden waren und "die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ignoriert" worden seien. Sie verurteilte nachdrücklich alle "Teilvereinbarungen und Separatverträge" als "flagrante Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes und der Prinzipien der UN-Charta und der UN-Resolutionen" (UNO-Vollversammlung v. 29.11.79).
Im Januar wurde die "Carter-Doktrin" begründet. Sie liefert die politische Rechtfertigung für eine militärische Intervention der USA im Nahen Osten, als deren Hauptinstrument die "Schnelle Eingreiftruppe" - wie von Carter am 5.12.79 angekündigt - aufgebaut wurde.

# Venedig-Erklärung

Während des EG-Gipfels von Venedig gaben die EG-Staaten am 13. Juni 1980 eine Nahost-Erklärung ab, die als Reaktion auf den "Camp David-Prozeß" angesehen werden muß. Darin heißt es:
-"daß die wachsenden Spannungen in dieser Region eine ernsthafte Gefahr darstellen und eine **umfassende** Lösung des israelisch-arabischen Konflikts notwendiger und dringender denn je machen"
-"daß die zwischen Europa und dem Nahen Osten bestehenden traditionellen Bindungen und gemeinsamen Interessen es ihnen zur Pflicht machen, eine besondere Rolle zu spielen, und sie heute dazu veranlassen, sich in konkreter Weise für den Frieden einzusetzen".
-"die neun (EG-Staaten) erklären sich bereit, sich im Rahmen einer **umfassenden** Regelung an einem System konkreter und bindender internationaler Garantien, einschließlich solcher an Ort und Stelle, zu beteiligen".
-"Das Palästinenserproblem, bei dem es sich **nicht lediglich** um **ein Flüchtlingsproblem** handelt, muß endlich eine gerechte Lösung finden."
-"Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Ziele sind Zustimmung und Mitwirkung aller beteiligten Parteien hinsichtlich der Friedensregelung, die die Neun auf der Grundlage der in den oben erwähnten Erklärungen definierten Prinzipien sich zu fördern bemühen. Diese Prinzipien gelten für alle betroffenen Parteien, so auch für das palästinensische Volk und für **die PLO, die an der Verhandlung beteiligt werden muß.**" (Hervorhebungen v. Verf.)
Bis heute bildet die Nahost-Erklärung von Venedig die Grundlage der westeuropäischen Nahost- bzw. Palästina-Politik.

# Die EG - "auf dem Weg nach PALÄSTINA"??

© GAMMA

Die EG-Staaten haben sich stark für das Zustandekommen einer "Internationalen Nahost-Friedenskonferenz" unter der Schirmherrschaft der UNO engagiert. Im Frühjahr 1987 bereiste der belgische Außenminister TINDEMANS als Vorsitzender des EG-Ministerrats die arabischen Staaten, um die Möglichkeiten für eine solche Konferenz zu sondieren. Diese EG-Initiative fiel zeitlich zusammen mit der Überwindung der Spaltung innerhalb der PLO, nachdem von deren Führung die Bereitschaft zur Aufkündigung des sog. Amman-Abkommen signalisiert worden war. Durch die Überwindung ihrer Spaltung -vor allem aber durch den Volksaufstand in Palästina, der seit nunmehr fast 7 Monaten andauert- ist die PLO wieder zu einem Faktor geworden, an dem niemand vorbeikommt. Die EG-Staaten haben in Jordanien ihren engsten Verbündeten in der Region; mit dem Wiedererstarken der PLO müssen sie jedoch nicht mehr so starke Rücksicht auf diesen Verbündeten nehmen, weil Jordanien selbst unter starken Druck durch den palästinensischen Volksaufstand gerät. Dadurch könnte sich König Hussein gezwungen sehen, der Forderung nach direkter Beteiligung der PLO an einer Nahostkonferenz nachzugeben (bisher bestand Jordanien auf einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation). Für die EG heißt das, daß sie sich einer so veränderten Haltung Jordaniens "anschließen" könnte. Die EG-Staaten wären damit ihrem Ziel ein Stück näher gekommen, Israel und die PLO zusammen an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie würden außerdem wieder eine Rolle spielen bei den Krisenlösungsversuchen im Nahen Osten, nachdem sie aus diesem Spiel durch die Camp David-Initiative der USA (die inzwischen für alle erkennbar an ihre Grenzen gestoßen ist) längere Zeit ausgeschlossen worden waren.

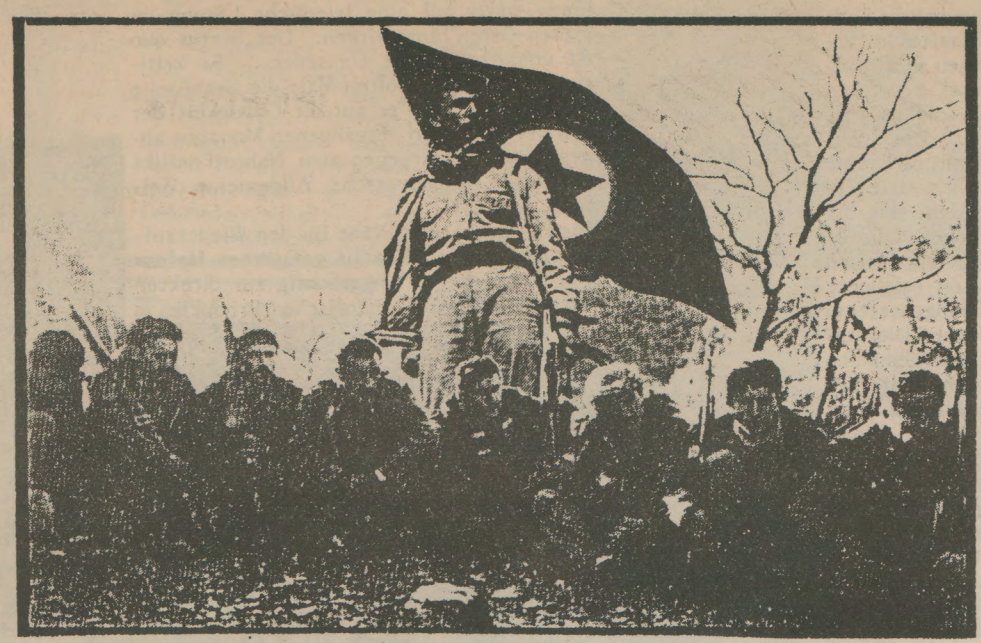
Parallel zu den Versuchen, wieder aktiv am imperialistischen Krisenmanagement im Nahen Osten beteiligt zu sein, versucht die EG seit einiger Zeit auch auf andere Weise, einen Fuß ins nahöstliche Geschehen zu bekommen: durch direkte wirtschaftliche Kontakte zu den Palästinensern.
Am 27. Oktober beschloß der EG-Ministerrat, verschiedenen Mittelmeerländern (unter ihnen Israel) zu erlauben, Industriegüter zollfrei und bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zu Vorzugsbedingungen in die EG zu exportieren. Den von Israel besetzten Gebieten wurden jedoch keine solchen Vorzugsbedingungen eingeräumt. Die Abmachungen erhielten daher zusätzlich eine Liste von Landwirtschafts- und Industrie-Erzeugnissen aus den besetzten Gebieten, die teilweise in unbeschränkten Mengen und zollfrei (bei den meisten Industriegütern) oder zu reduzierten Zöllen (Gemüse, Zitrusfrüchte und anderes Frischobst sowie Orangensaft) in die EG eingeführt werden können. Die Anwendung dieser Erlasse sollte daran gebunden sein, daß die palästinensische Herkunft der Erzeugnisse klar erkennbar sei (also: statt Jaffa - Palästina).
"Die Ankündigung dieser Entscheidung, innerhalb der EG schon seit Jahren diskutiert worden war, löste auf palästinensischer Seite starken Beifall und auf israelischer Seite ebensoviel Bestürzung aus. Für das palästinensische Volk war diese Entscheidung nicht nur eine notwendige Möglichkeit für den Export von Überschüssen, sondern bedeutete auch die historische Anerkennung einer eigenständigen palästinensischen Wirtschaft..." (aus: "Trade and Aid: NGO's and palestine economic development", erschienen im Bulletin des "International coordinating committee for NGO's on the question of palestine", Genf - NGO's = "Nicht-Regierungs-Organisaionen).

"Sie (die Israelis) müssen es akzeptieren, oder es wird zu einer schweren politischen Krise kommen ... Die Israelis wissen sehr genau, daß die Weigerung gegenüber unseren Forderungen, von denen wir nicht abrücken werden, die Beziehungen an einen zerbrechlichen Punkt bringen werden ... Sie sind in einer vollkommen illegalen Situation. Wenn sie sich weigern, verstoßen sie gegen internationales Recht und das könnte den Bruch unserer Beziehungen bedeuten." Diese Zitate stammen aus einem Interview, das der EG-Kommissar für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen, Claude Cheysson, im Dez. 87 in Jordanien gab. (s. paläst. Zeitung "Al-Fajr v. 6.12.87)
Die EG verlangt, daß Israel nicht weiter darauf besteht, daß der palästinensische Export über die zionistischen Export-Monopolgesellschaften abgewickelt wird. Wie Cheysson erklärte, würden aus dieser Frage entstehende Spannungen es nicht erleichtern, im EG-Parlament eine Mehrheit für die Verlängerung der EG-Abkommen mit Israel zu bekommen. Tatsächlich ist Anfang dieses Jahres die Erneuerung dieser Abkommen mit Israel vorerst auf Eis gelegt worden. Es wurde daraufhin am 24.5. d.J. ein Treffen der EG-Außenminister mit dem israelischen Außenminister Peres in Brüssel einberufen. Genscher gab danach in seiner Funktion als Vorsitzender des EG-Ministerrats eine Erklärung ab, in er es hieß: "im Interesse aller Beteiligten müsse eine politische Lösung des Nahostproblems gefunden werden. Zugleich appellierte er an die USA unddie Sowjetunion, aktiv auf eine friedliche Lösung im Nahen Osten hinzuwirken. Der Status quo ist unhaltbar' sagte Genscher ... Er kritisierte zum wiederholten Male die israelische Regierung, indem er auf die Gültigkeit der von der EG in den vergangenen Monaten abgegebenen Erklärungen zum Nahostkonflikt verwies." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 25.5.88)
Die EG hat bereits Pläne für den Wiederaufbau des von den Israelis zerstörten Hafens von Gaza, der so längerfristig zur direkten Verschiffung palästinensischer Produkte in die EG benutzt werden könnte. Parallel könnte der Warenaustausch zwischen EG und Westbank über Jordanien abgewickelt werden, was den jordanischen Interessen einer politischen und wirtschaftlichen Kontrolle der Palästinenser westlich des Jordans entgegenkäme. Cheysson erklärte in dem Interview im Dezember in Amman, die EG habe in der Vergangenheit Projekte angestrebt, die gemeinsam mit Jordanien finanziert werden sollten bzw. über jordanische Kanäle laufen sollten. Die EG habe mit direkten Projekten für die Westbank erst begonnen, nachdem eine Kreditlinie für Jordanien zugunsten palästinensischer Ausfuhren aus der Westbank 5 Jahre lang ungenutzt geblieben sei. Eine Direktfinanzierung für Projekte in Gaza sei aber noch dringlicher, weil -so Cheysson sinngemäß- das Aufstandspotential dort, vor allem unter der Jugend, noch größer sei (siehe Al-Fajr v. 6.12.87).

# TÜRKEI-KURDISTAN:

# EINE KOLONIE IM WÜRGEGRIFF DER EG

Es geht in diesem Redebeitrag um die NEUEN Lösungsmodelle der kurdischen Frage, die zum Teil noch Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen unter den herrschenden Kreisen sind, zum Teil schon in die Praxis umgesetzt werden, nachdem die kurdische Guerillabewegung der 80iger Jahre den Glauben an die Effizienz des kemalistischen Konzepts erschüttert hat. Einen Punkt werden wir dabei hervorheben: diese neuen Lösungsmodelle sind weniger eine TÜRKISCHE Antwort auf die neue Situation als die Antwort des WESTENS insgesamt. Es fällt dabei ins Auge, daß das Engagement der BRD in der Türkei und im Nahosten (weil die kurdische Frage nicht nur eine türkische Angelegenheit ist, sondern auch ein Aspekt der Nahostfrage schlechthin) die Grenze eines rein wirtschaftlichen Engagements deutlich überschritten hat. Es stellt sich daher die Frage, in welche Richtung sich die BRD-Politik im Nahen Osten bewegt - sagen wir ganz grob: Aufrechterhaltung der bisherigen, immer brüchiger gewordenen Ordnung, oder Vorbereitung auf eine Umwälzung der regionalen Ordnung. Anhan d der kurdischen Frage wie wir es sehen werden, kann die Antwort aber nur zweideutig sein: offiziell soll die Türkei in ihren bisherigen Grenzen stabilisiert werden; man kann aber ebenso vermuten, daß die Türkei die "Lösung" der kurdischen Frage so weit vorantreibt, daß am Ende die seit langem ersehnte Verschiebung ihrer Grenzen bis ins kurdische Ölgebiet um Mosul zu einem greifbaren Ziel hervorrückt. Und es ist keine Spekulation zu behaupten, daß die BRD dies weiß, und sich dabei anschickt, in dieser voraussehbaren Entwicklung ihre eigenen Interessen gelten zu lassen.



Nach dem Putsch von September 1980 führte der neue Aufschwung des kurdisch nationalen Kampfes den westlichen Mächten das ganze Ausmaß der kurdischen Frage vor Augen. Es war nicht mehr wie früher ein spontaner Aufstand, mit dem sich der türkische Staat auseinandersetzen mußte. Es war eine organisierte Bewegung, die zum erstenmal in der kurdischen Geschichte die politische Unabhängigkeit nicht mit irgendwelchen Autonomie-Lösungen verwechselte, sondern sie als Lostrennung vom türkischen Staat begriff. Bald wurde klar, daß diese Bewegung, die aus dem zunehmenden sozialen Gefälle zwischen dem türkischen Kernland und dem kurdischen kolonialen Hinterland herangewachsen war, nicht mit den Methoden zerschlagen werden konnte, die gegen die früheren kurdischen Aufstände eingesetzt wurden.

Von diesem Moment an machte sich unter den westlichen Kreisen und in den Medien ein Prozeß des "Umdenkens" breit. Vorbehalte und Bedenken gegen die Exzesse der Repression wurden laut, je offenkundiger es geworden war, daß der militärische Feldzug gegen die Guerilla und die repressiven Maßnahmen gegen die sie unterstützende Bevölkerung das Gegenteil dessen bewirkten, was beabsichtigt war. Der türkische Staat mußte sich sagen lassen, daß das starre kemalische Repressionsmodell, die Triade: Assimilierung/ Deportierung/ Liquidierung jeglicher Opposition mal überholt, mal verfehlt, mal zu kostspielig sei; und auf längere Sicht das Problem nur verschärfen könnte. In dieser Situation nahm die BRD eine Linie an, die zumindest den Anschein erweckte, unterschiedliche Optionen offen zu lassen. Mit der massiven Aufrüstung des türkischen Staatesfür die Guerillabekämpfung war tatsächlich klar, daß es sich nur darum handeln konnte, Zeit zu gewinnen. Die BRD konnte aber auch ihre"privilegierten" Beziehungen zur Türkei ausnutzen, um das türkische Regime mithilfe eines sanften Drucks zu überreden, seine Kurdistan-Politik einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen. Nicht daß die kemalistischen Methoden aufgegeben werden sollten: als Teil einer Gesamtlösung - aber eben nur als Teil - sollten sie weiter, und in aller Schärfe, angewandt werden. Mit dem Kemalismus als "Prinzip" allerdings, mit den alten staatsideologischen Grundsätzen sollte das türkische Regime lockerer vorgehen.

Ein Schritt in der neuen Richtung stellt die aktuelle Diskussion um die Anerkennung der Kurden als kulturelle und sparchliche "Eigenart" dar. Aus welcher Ecke die Anregung zu einer solchen Diskussion herkommt, ist nicht schwer herauszufinden. Es ist Heinz Kramer, ein westdeutscher Türkei-Experte, der schreibt, daß es darauf ankommt, zwischen "Separatisten einerseits und Verfechtern von Minoritätsrechten innerhalb des türkischen Staatsverbandes andererseits" zu differenzieren. Und er fügt hinzu: "Zu dieser Differenzierung gehört ferner, daß man das Interesse des türkischen Staates an der Wahrung seiner Integrität legitim anerkennt, GLEICHZEITIG JEDOCH MANCHE DER ZU DIESEM ZWECK EINGESETZTEN MITTEL IN FRAGE STELLT". Die von westlichen Kreisen empfohlene kulturelle und staatsrechtliche "Refrom" soll die Demokratisierung des türkischen staates vervollständigen und einige der krassesten Erscheinungen des kolonialen Systems mildern. Die Anzeichen, daß Zugeständnisse auf der Ebene kultureller Autonomierechte für die Kurden immer mehr Gehör unter den führenden Kreisen der türkischen Bourgeoisie findet, haben sich in der letzten Zeit vermehrt. Abgeordnete der sozialdemokratischen populistischen Partei beklagten im Januar vor dem türkischen Paralment die Exzesse einer Repression, die die Realitäten nicht anerkenne. Dabei wurde zum ersten Mal die kurdische Frage beim Namen genannt. Am 18. Februar kündigte Özal eine neue Verordnung an, welche "die Kommunikation von Gefängnisinsassen mit ihren Verwandten während der Besuchszeit in welcher Sprache auch immer" zuläßt. Natürlich ist dieser Beschluß auch als ein Erfolg des letzten Hungerstreiks zu bewerten. Und es ist ebenso ein Versuch, den Widerstand in den Knästen, der auf die Familienangehörigen übergegriffen hatte, zu entschärfen. Aber ein "taktischer" Schritt kann auch das Signal sein

für eine Revision bestimmte Grundsätze der Kolonialpolitik des türkischen Staates, deren Scheitern offenkundig geworden ist.

Die andere Option des Imperialismus ist eine entwicklungspolitische. Ihr Schwerpunkt liegt in der beschleunigten Durchführung von Entwicklungsprojekten, deren Funktion u.a. ist, die wirtschaftliche Anbindung Kurdistans an die Türkei zu konsolidieren und eine soziale Umwälzung zu fördern, die zur Herausbildung einer ökonomisch integrierten und politisch kollaborationsbereiten ländlichen Mittelschicht führen soll. Die bisher benutzten Methoden, die die kemalistische Politik in Kurdistan kennzeichneten - Bestechung der traditionellen Führuingen, Schüren der Stammes- und Familienfehden - haben sich unter den Schlägen der Guerilla als völlig unzulänglich erwiesen, und werden selbst unter den türkischen offiziellen Parteien immer mehr umstritten; ihnen wird höchstens eine Durchhaltefunktion zuerkannt. Heute richten sich die Hoffnungen vielmehr auf die Entstehung eines für den Weltmarkt produzierenden bäuerlichen Mittelstandes im Zuge des forcierten Aufbaus neuer Entwicklungszonen auf der Grundlage der Staudamm- und Bewässerungsprojekte. Diese werden sich am südwestlichen Rand Kurdistans zwischen dem Tigris und dem Euphrat erstrecken. Sie werden fast ausschließlich für den Export über die Freihandelszone Mersin (Nähe Adana) erproduzieren. Sie werden einen saisonalen Arbeitsmarkt bilden, der, in noch stärkerem Maße als bisher das Baumwollgebiet der Çukurova, die Arbeitskräfte aus dem gesamten Kurdistan heranziehen wird.

Diese Pläne sind zwar nicht neu: seit 30 Jahren liegen sie in den Schubladen. Neu ist aber, daß das notwendige Geld dafür nunmehr zur Verfügung steht. Dies, weil die westlichen Staaten, darunter in erster Linie die BRD, dafür gebürgt haben. Das sog. Südanatolienprojekt ist sozusagen ein EG-Projekt unter westdeutscher Federführung: und es wird unweigerlich erwähnt, jedesmal wenn die marktwirtschaftlichen Perspektiven einer EG-

Integration der Türkei aufgezeigt werden soll. Daher, wenn sich etwas an der Situation Kurdistans ändern soll, so nur in dem Sinne, daß Kurdistan von einer türkischen zu einer EG-Kolonie wird.

Als Pendant zu di eser Entwicklungspolitik wird also dem übrigen Teil Kurdistans die Funktion zugewiesen, die Arbeitskräfte für die geplanten Zonen zu liefern! Arbeitskräfte allerdings, die nur im Rahmen einer saisonalen Wanderung gebraucht werden. Damit ist die Aufrechterhaltung Kurdistansin dem bisherigen Zustand der Rückständigkeit und der sozialen Zerrüttung vorprogrammiert. Das Entwicklungsprogramm für einen Bruchteil des kurdischen Gebiets, das die kurdische Agrarwirtschaft den Überproduktio nskrisen des Weltmarkts ausliefern wird, hat als Kehrseite ein Programm der Abkoppelung des restlichen Teils jeglichem sozialen Fortschritt, nachdem die traditionelle Existenzgrundlage der Bevölkeruing zerstört worden ist. In diesem auf sich belassenen Arbeitskräftereservat werden die kemalistischen Methoden der Behandlung der kurdischen Frage weiterhin das Sagen haben.

So schließt keine von diesen Optionen die anderen aus. In der Praxis wird jede auf ein Maß zurechtgeschnitten, das ihr sich ergänzendes Zusammenspiel ermöglicht. Das Ganze nimmt die Kohärenz einer Strategie an, die den regionalen Machtansprüchen der Türkei untergeordnet ist. tatsächlich wird die Zielsetzung dieser Linie erst dann verstän/dlich, wenn wir die zentrale Bedeutung der kurdischen Frage im Auge behalten. Sich die Kurden gefügig zu machen, heißt für die Türkei im Hinblick auf die Annektionsabsichten des Erdölgebiets von Mossul (d.h. Süd-Kurdistan), sich eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen, vor allem um die zu erwartenden KOnfrontation mit dem iranischen Konkurrenten, der die gleichen Gebiete beansprucht, zu überstehen.

Aber diese Strategie ist nicht nur die Strategie des türkischen Staates, sondern sie ist auch ein Element der westlichen Strategie im Nahen Osten. Und damit soll die Türkei zum einen eine innere Stabilität zurückgewinnen, und zum andern soll sie auch "zu einem attraktiven Vorbild für die Nachbarländer" werden, was natürlich eine Anspielung auf die imperialistischen Erwartungen bzw. der Rolle, die der Türkei in der nahöstlichen Region zugeschrieben wird. Eine Befriedung ihres kurdischen Hinterlands mit den Mitteln der Modernisierung und der Demokratisierung der kolonialen Verhältnisse würde der Türkei insb. die Legitimität verschaffen, um Gebietsansprüche bzw. Einmischu ngsrechte überall dort zu melden, wo Kurden oder türkische Streuminderheiten etabliert sind. Ganz besonders das Gebiet von Mossul, woher 40% der Ölversorgung der BRD kommt.

Die neue Linie in der Bekämpfung der kurdischen Nationalen Bewegung ist ein Produkt der Allianz zwischen der BRD und derTürkei, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, ganz unabhängig davon, ob die BRD es schafft, die Integration der Türkei in der EG durchzusetzen. Denn für die BRD heißt das Bündnis mit einer der "aufsteigenden" Mächte des Mittleren Ostens, sich auf die sich anbahnendeUmwälzung der regionalen Kräfteverhältnisse vorzubereiten, ja sogar den Umstand auszunutzen, um aus der Rolle herauszukommen, die, nach den Worten eines türkischen Funktionärs an die Adresse der deutschen Kollegen, die "ein (es) Elefant(en) sei, der si ch hinter einem Gebüsch zu verstecken suche".

Eine praktische Umsetzung dieser Linie erfahren wir hier in derBRD, und zwar auf 2 Ebenen: es ist zum einen die gezielte Repression gegen die kurdischen Vereine, die die Unterstützung des antikolonialen Kampfes zu ihrem erklärten Ziel machen, und zum anderen derVersuch, durch eine abgestufte Diskrim inierung der politischen Flüchtlinge je nach ihrer Religionszugehörigkeit, die kurdische Immigration zu spalten.

Was den 2. Pun kt nabelangt: in den letzten Jahren wurde unter dem Stichwort "Yezidenfrage" an einer recht merkwürdigen Konstruktion gebastelt. Die Yeziden sind eine religiöse Minderheit unter dem kurdischen Volk; sie leben geschlossen in einigen Dörfern in der Provinz von Mardin und Nusaybin, nahe der syrischen Grenze. Von einer politischen Verfolgung durch den türkischen Staat wollen die westdeutschen Gutachter nichts wissen, dagegen ist die rede von einer "religiösen Verfolgung" durch "sunnitische sog. Kurden". das Auftreten eines kurdischen Nationalismus, so der Wortlaut des gerichtlichen Gutachtens, hätte eine verstärkte Verfolgung der Yeziden zur Folge gehabt, wobei sie diesmal von den "Separatisten" angestiftet sei als Vergeltung für das weise Heraushalten der Yeziden aus den separatistischen Machenschaften. Die Schlußfolgerung aus dieser sog. "Untersuchung" kann man sich leicht vorstellen: der einzige sichere Schutz für die Yeziden sei der türkische Staat selbst, der leider seine Funktion bisher kaum erfüllen konnte wegen der mangelnden regionalen Infrastruktur (sprich der fehlenden Straßen und Kommunikationsmittel, die für eine militärische Präsenz erforderlich sind).

Auf der Grundlage dieser Konstruktion werden die kurdischen Flüchtlinge yezidischer Konfession mit einem Sonderstatus versorgt, der sie von den übri gen Flüchtlingen aus Kurdistan absondert: sie werden zwar nicht anerkannt, aber ein generelles Aufschub der Abschiebung wurde angeordnet, und für die ganze Dauer des Verfahrens bekommen sie eine Arbeitserlaubnis. Vor kurzem wurde ein Erlaß verkündet, der offensichtlich auf einer Absprache mit der türkischen Behörde beruht. Demgemäß werden die Yeziden, die aus der Türkei geflüchtet sind, aufgefordert, sich dem türkischen Konsulat zu stellen, um einen Paß zu bekommen, wobei natürlich damit ihr Recht auf den Flüchtlingsstatus wegfallen würde. Daß diese Spaltuingsmanöver gegen die kurdische Immigration u.a. auch die Absicht hat, den türkischen Partner zu belehren, wie er mit der kurdischen Frage fertig werden soll, ist stark zu vermuten. Nicht zufällig steht der "Yeziden-Erlaß" im zeitlichen Zusammenhang mit der Verhaftuingswelle: beide Maßnahmen ergänzen sich in der verstärkten Bemühung der BRD, die völlige Ausschaltung der kurdischen Vereine vorzubereiten.

Exkurs

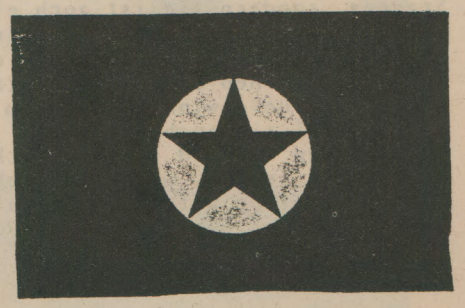
Wir haben somit auf die Existenz eines imperialistischen Konsens hingewiesen, der auf die Ausradierung der kurdischen Frage abzielt, wobei dafür verschiedene Methoden, verschiedene Politiken, die sich gegenseitig stützen und ergänzen, eingesetzt werden. Und doch kann es sich erweisen, daß wir die wahre Dimension der kurdischen Frage immer noch nicht erfaßt haben. Wir sind bisher davon ausgegangen, daß die kurdische Frage eine politische sei - im Sinne einer Auseinandersetzung zwischen einem kolonialen Staat und einem Volk, das zu einem nationalen Bewußtsein erwacht und daher bemüht ist, das koloniale Joch abzuschütteln. Diese Dimension des Problems können wir mit der Feststellung abschließen, daß die in Betracht kommenden "Lösungen" langfristig das Problem nur verschärfen werden, und die aus der sozialen Umstrukturierung entstandenen neuen Unterklassen den antikolonialen Kampf -allerdings mit ihren eigenen Kampfmethoden und Forderungen- weiterführen werden.

Nun wollen wir die Hypothese aufstellen, daß die kurdische Frage eine andere, vom politischen Gesichtspunkt her nicht sichtbare Dimension hat. Damit soll auf die ÜBERSCHNEIDUNG DER KURDENFRAGE MIT DEM "ÜBERBEVÖLKERUNGSPROBLEM" des in der Krise steckenden türkischen Kapitalismus hingewiesen werden. Wobei es richtiger wäre, wenn wir von Krise reden, von einer europäischen Krise zu reden, denn allem Anschein nach ist die Bevölkerungsfrage der Türkei zu einer westeuropäischen Angelegenheit geworden, lange bevor über die Integration der Türkei in die EG diskutiert wurde.
Das Gerede über ein Überbevölkerungsproblem in der Türkei ist nicht neu. Es trat aber verschärft auf, als die westeuropäischen Staaten, vor allem die BRD, um das Jahr 1973 als Antwort auf die Krise und auf die vom ausländischen Proletariat gestellte neue soziale Frage (wilde Streiks, Slum-Bildung) eine allgemeine Grenzsperre erließen. In den 60ziger Jahren war die Absicht vorherrschend, daß das Bevölkerungspotential die Harmonisierung der gegensätzlichen Tendenzen sichern sollte. Aber das große "Umdenken" zeichnete sich im Zuge des wirtschaftspolitischen "Umbruchs" ab, der dem Putsch vom 1980 folgte. Wurde vorher "mehr Wachstum" als Allheilmittel für die Beschäftigung der ca. 1 Million jährlich auf den Arbeitsmarkt strömenden "Erwerbsfähigen" angepriesen; so zeigte das Wachstumsmodell der 80ziger Jahre unter dem Zeichen der verstärkten Bemühungen um die Integration der Türkei in die EG, daß Wachstum und Beschäftigung zwei voneinander unabhängige Größen sind. Es ist kein Geheimnis, daß die "Überbevölkerungs-"Frage der Türkei der zentrale Punkt in den Auseinandersetzungen über den EG-Beitritt geworden ist.
An diesem Punkt fällt es nicht schwer, der Schlußfolgerung von H. Gümrükcü bei Heranziehung seiner eigenen Untersuchung ("Beschäftigung und Migration in der Türkei unter Berücksichtigun der Auswirkungen der Auswanderung auf die Volkswirtschaft der BRD") zu widersprechen. "Es muß der 'demographischen Lösung' eine 'ökonomische Lösung' vorangehen". Wollen wir uns den muß sein-Stil ersparen, so sticht die umgekehrte Behauptung hervor: dadurch, daß der türkische Kapitalismus in eine "Entwickluns"stufe eingetreten ist, in der eine Angleichung der Wachstums- und der Beshäftigungsrate nunmehr als eine reine Utopie erscheint, beide sich vielmehr in einem umgekehrten Verhältnis entwicklen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die türkische Bourgoisie auf die "realistische" Erkenntnis stößt, wonach der "ökonomischen Lösung" der Krise eine "demographische Lösung" vorangeht. Wie Gümrükcü zugibt, ist die Zuspitzung des Problems "in den nächsten 15 bis 20 Jahren .... bereits vorprogrammiert. Daher müssen neue Wege gefunden werden und Strategien entwickelt werden...".
Was für "Strategien" denn? Nunmehr ist die Türkei, der türkische Kapitalismus auf den Import kapitalintensiver Technologie aus dem Westen angewiesen, will er seine Konkurrenzfähigkeit behaupten. Gümrükcü's Hirngespinst von einer "Herstellung des Gleichgewichts zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft" können wir als ein reines Wunschdenken betrachten. Ein solches Gleichgewicht, wenn es überhaupt eins gegeben hat, gehört zum Anfangsstadium der Akkumulation, unter den Bedingungen einer vom Weltmarkt abgekapselten Volkswirtschaft. Im heutigen Stadium, das von der "Angleichung" an die EG gekennzeichnet ist, sind nicht die Wachstumsraten ausschlaggebend, sondern "vielmehr die reguläre Tilgung der Auslandsschulden mittels Exportsteigerung". Was sich also eher variieren ließe, ist die Geburtsrate bzw. der Bevölkerungsüberschuß.

Nicht das WIE ist wichtig. Es wäre müßig, die vielfältigen Formen aufzuzählen, deren sich der Kapitalismus geschichtlich bedient hat, um mit seinen Produktions- und Menschenüberschüssen aufzuräumen. Was uns interessiert, ist folgendes: die Überbevölkerungs-"-Theorien" sind auch soziale, oder genauer Klassentheorien. Es wird nicht nur festgestellt, daß es Überzählige Menschen gibt, sondern es wird auch gesagt, WELCHE als "Überzählige" anzusehen sind. Und all diesen Theorien ist die folgende Feststellung gemeinsam: es sind die Unterklassen, die die Ursache des Übels sind, also die Produzenten. Aber gerade die Produzenten fallen sehr leicht, in den Augen der Bourgeois, unter die Kategorie der "Unproduktiven": sobald sie aus dem industriellen Produktionsprozeß herausfallen, oder sofern sie in ihn nicht aufgenommen werden können, oder wenn ihre Arbeit unter den Bedingunen der kapitalistischen Akkumulation eine Entwertung erfährt und vom Gesichtspunkt der Produktion von Mehrwert "unproduktiv" wird.
Vom Unproduktiven bis zum Überzähligen ist der Weg nicht weit: es reicht die Erkenntnis, daß der "Fortschritt" bzw. die "Bewältigung" der Krise die Hinnahme einer Vergrößerung dieser Reservearmee voraussetzt. Nicht nur ihr produktiver Einsatz erweist sich als eine Utopie, sondern ihre bloße Erhaltung am Leben wird zu einem Störfaktor. Die letzte Bestätigung liefert die Erkenntnis, daß die Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, mit einer Erhöhung ihrer Geburtsraten reagieren. So belegen die Bevölkerungsstatistiker immer wieder, daß die ganze Gesellschaft von der unkontrollierbaren Vermehrung der Unproduktiven in ihrer Existenz bedroht sei.
Das Gerede über die "Unterbeschäftigung" in den rückständigen Bereichen der Wirtschaft bzw. in den rückständigen ländlichen Gebieten ist nur eine Abwandlung dieser Bevölkerungstheorien. Überbevölkert ist nach dem Wort von Gümrükcü der "Gecekondu-Bereich": kleine Händler, Handwerker, Gelegenheitsarbeiter ... Und Gebiete, in denen der Fortschritt es nur geschafft hat, die traditionelle Existenzgrundlage zu zerstören.
Die geplante Deportierung "aller" Kurden aus den Unruhegebieten findet an dem Punkt seine Grenze, wo kein Gebiet mehr in Betracht kommt, in dem sie "produktiv" angesiedelt werden können. Und wo die Deportierung sich als ein Geschäft mit Verlust erweist, stehen billigere Alternativen bevor. So könnte sich das Vorhaben der Deportierung als eine Metapher für eine armenische Lösung der kurdischen Frage erweisen.

Mit der städtischen Überbevölkerungsfrage ist es nicht anders. Der Krieg und die chauvinistische Mobilisierung des Proletariats als Kanonenfutter ist eine Alternative, auf die die türkische Bourgoisie -dem Beispiel der iranischen Bourgoisie folgend- zurückgreifen kann. Sie ist aber nicht die einzige. Der türkische Kapitalismus verfügt über einen gewaltigen Trumpf, wenn es darum geht, mit seinem Proletariat samt "Überzähligen" abzurechnen: seinen kurdischen kolonialen Besitz. Der Raubbau an den kurdischen Arbeitskräften hat unter anderem zur Folge, daß gerade die Kurden in den stillen Reserven der türkischen Industrie und in den sog. unproduktiven Bereichen überproportional vertreten sind. In dieser proletarisierten Masse werden die chauvinistischen und religiösen Spannungen vom Staat und den staatstragenden Kräften geschürt; Beispiele von progromartigen Auseinandersetzunen im "Gecekondu-Bereich" hat es in den 70ziger Jahren zur Genüge gegeben. Die Monopolisierung der Gewalt duch das Militärregime nach September 1980 ist nicht darauf zurückzuführen, daß dieses Konfliktpotential innerhalb der Unterklassen abgebaut wäre (die Welle der chauvinistischen Solidarität mit der türkischen Kolonialpolitik in Kurdistan ist der beste Beweis dafür) oder daß der Staat auf dessen Ausnutzung für die Zukunft verzichtet hätte. Die Kurden, als kolonisierte Fremde in die türkischen Städte zwangseingewandert, als "Bergtürken" oder "Aleviten" stigmatisiert, können zur Zielscheibe einer progromartigen Vernichtung bzw. einer staatlich gelenkten Ghettoisierung werden. Damit wäre allerdings das letzte Wort der "Assimilation" sowie der "kulturellen Autonomie" ausgesprochen.
Eins sollte für uns klar sein: die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft der Türkei über Kurdistan stellt für den türkischen Kapitalismus die günstigste Ausgangsposition dar, um die Vernichtungsprozesse einzuleiten, die ihm aus der Krise verhelfen sollen. Umgekehrt: wenn es der kurdischen nationalen Bewegung gelingt, dieses koloniale Verhältnis zu brechen - was unter den heutigen Bedingungen ohne eine Lostrennung Kurdistans nicht möglich ist - dann wird es mit den Kampfbedingungen des Proletariats anders aussehen. Das Ende der kolonialen Abhängigkeit Kurdistans von der Türkei wird auch das Ende der Anbindung des türkischen Proletariats an "seinen" Staat heißen, und der Anfang seiner Konstituierung als Klasse für sich. Erst dann wird die Frage, wie die Revolution der Vernichtung Einhalt gebieten kann, konkret werden.

Beitrag von einer Veranstaltung am 18.4.88 in Hannover

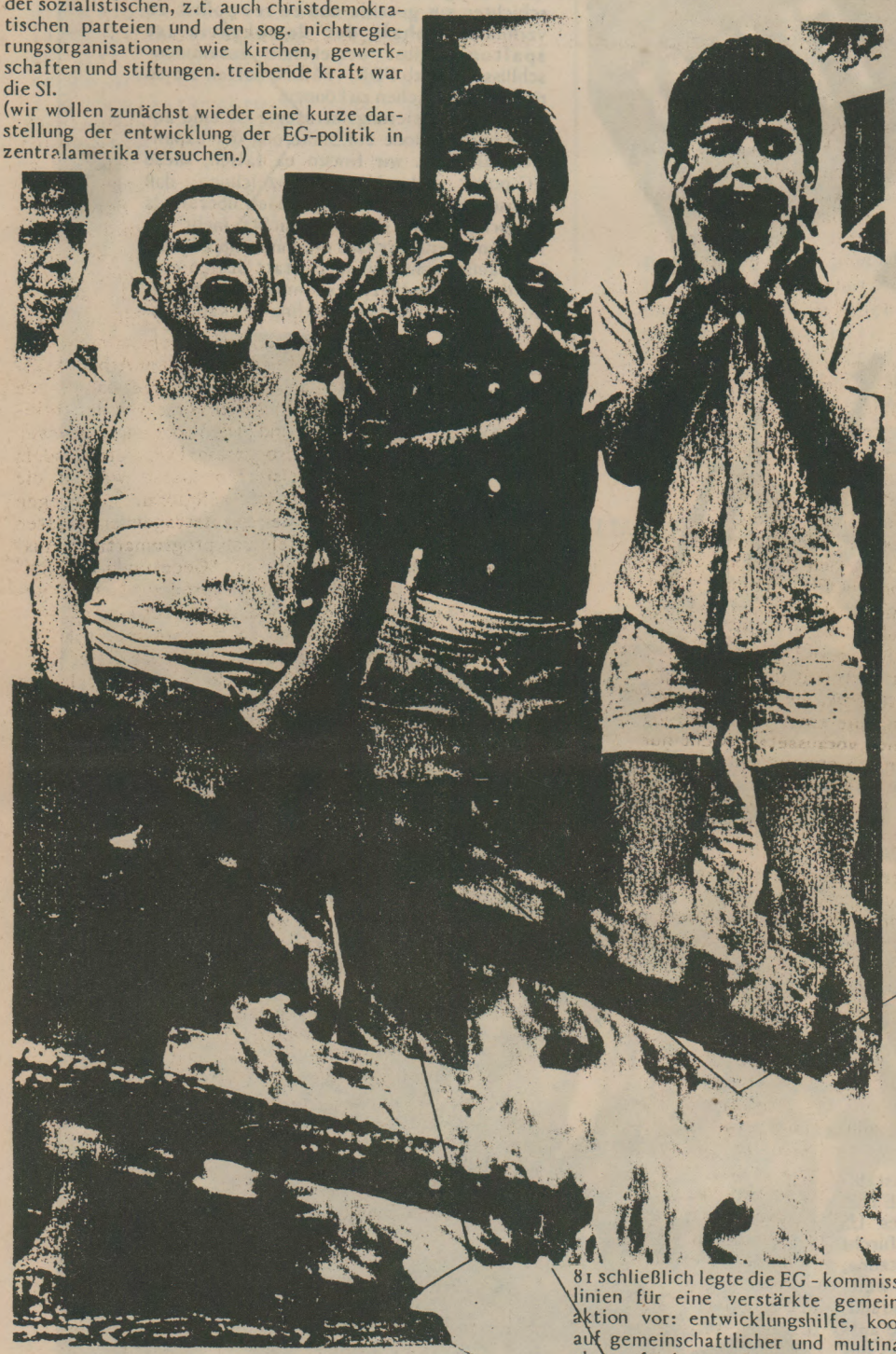


# EG - ZENTRAL AMERIKA POLITIK

I.

"seit 30 jahren war das, was in zentralamerika passierte, ein problem der USA und niemand bezweifelte das ... ob es den USA gefällt oder nicht, die monroe doktrin ist tot, man begrub sie in san jose ..." (rouquier).

erst zu beginn der 70ziger jahre wuchs das europäische engagement in zentral- und lateinamerika -- artikuliert durch vetreter der sozialistischen, z.t. auch christdemokratischen parteien und den sog. nichtregierungsorganisationen wie kirchen, gewerkschaften und stiftungen. treibende kraft war die SI.
(wir wollen zunächst wieder eine kurze darstellung der entwicklung der EG-politik in zentralamerika versuchen.)



bis 80 liefen die gespräche der EG v.a. mit wirtschaftlichen institutionen zentralamerikas - SIECA - secretaria pemanente de integracion economia de centroamerica. die EG war zweitgrößter markt für zentralamerikanische produkte. die fortschreitende integration mittelamerikas im ökonomischen bereich entsprach dem ziel der EG, die kooperation von region zu region auszubauen.

die förderung regionaler zusammenschlüsse ist eine weltweit praktizierte strategie westeuropas. damit verbunden ist die integration unterschiedlicher politiken in der EG selbst. es gab keine vorgegebene gemeinsame EG - strategie gegen dritte, vielmehr hat die initiative und das vorgehen der/des stärksten gegen dritte integrierende wirkung auf die übrigen EG "partner", was meistens nicht über einsichten oder gemeinsame meinungsbildung laufen dürfte, wie sie zu suggerieren versuchen, sondern mittels druck und aussichten auf geschäfte. mit blick auf diese bedingungen und methoden des zustandekommens "gemeinsamer postitionen" bildeten sich folgende kriterien europäischer mittel- und lateinamerikapolitik heraus: stabilisierung demokratischer systeme oder förderung demokratischer ansätze, unterstützung von strukturreformen, interregionale kooperation bei konkreten projekten und: menschenrechte.

von seiten der zentralamerikanischen länder bestand die notwendigkeit nach wirtschaftlicher zusammenarbeit mit den westeuropäischen ländern wegen der starken abhängigkeit von den USA. die US - hegemonie der politischen einflußnahme in dieser region - die monroe doktrin - war nie angetastet worden. 8 hatte der MCCA (mercado comun centroamerica) die SIECA beauftragt, möglichkeiten eines globalen kooperationsabkommens mit der EG nach dem ASEAN-modell auszuloten. wegen der internen schwierigkeiten der zentralamerikanischen länder (für dessen regierungen) sowie des desintegrationsprozesses des MCCA lief das dann nicht.

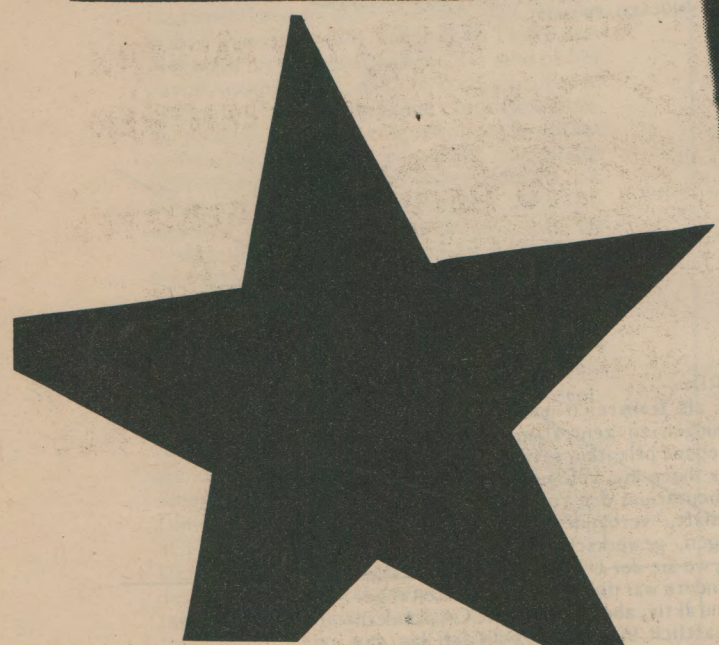
81 schließlich legte die EG - kommission leitlinien für eine verstärkte gemeinschaftsaktion vor: entwicklungshilfe, kooperation auf gemeinschaftlicher und multinationaler ebene, förderung des agrar- und nahrungsmittelsektors, sind die stichworte des papiers. 82 legte der außenwirtschaftsausschuß des europäiscen parlaments (EP) weitere vorschläge bzgl. wirtschaftlicher rahmenabkommen vor. auch von zentralamerikanischer seite wurde das thema zwischen 82 und 84 immer wieder angesprochen, aber bis 84 tat sich nichts in diese richtung.
im märz 82 äußerte sich der europäische rat (mit den EG außenministern das eigentliche lenkungs-/entscheidungsorgan der EG) zum 1. mal zu zentralamerika mittels einer initiative für ein soforthilfeprogramm. der rat brachte darin seine "sorge über die gewalt in der region" zum ausdruck sowie den "wunsch nach achtung der demokratischen grundregeln und der menschenrechte". die ursache der spannungen und konflikte wurde in schwerwiegenden wirtschaftlichen problemen und sozialer ungleichheit festgestellt - womit sich klar von der US - position distanziert wurde. aber das war's dann erstmal. der rat wurde sich nicht einig: die BRD setzte ordnungspolitische bedingungen, GB wollte nicaragua ausgeschlossen wissen, NL, GB und dänemark wollten quasi guatemala ausschließen. das EP wiederum kritisierte die blockadepolitik des rates scharf und schloß sich der haltung der kommission an, die kriterien, nach denen die länder ausgewählt werden sollten, blieben in der EG zunächst stark umstritten, so wurde einmal nicaragua ausgeschlossen, das nächste mal el salvador .... die zeit war zunächst durch die widersprüche innerhalb de EG gekennzeichnet, was sich auch darin zeigte, daß die EPZ - außer 79 zu nicaragua - keine gemeinsame öffentliche stellungnahme zuwegebrachte.
die unterschiede und widersprüche zwischen den einzelnen EG - ländern haben auch mit ihrem jeweiligem vehältnis zu den USA, oder genauer: bestimmten kräfteformationen und machtverschiebungen von kapitalfraktionen/-blöcken, zu tun:

z.B. BRD:
anders als frankreich und spanien, die die beziehungen zu zentralamerika auf staatlicher ebene pflegten, setzte die BRD mehr auf das ihnen zur vefügung stehende breite instrumentarium der transnationalen ebene (wirtschaft, verbände, kirchen, parteien, stiftungen, gewerkschaften usw, auch .ein aspekt, wo sie der USA voraus ist), von allen WE - ländern war die BRD am stärksten engagiert und aktiv, aber nicht im MCCA, sondern wirtschaftlich in mexico. politisch lag das gewicht auf parteipolitischer kooperation mittels der "schwesterparteien" und zwar auf den gesamten südlichen kontinent bezogen.
während sich die CDU/CSU der sicherheitspolitischen argumentation der reagan - administration anschloß, übten SPD (brandt, holtz, wischnewski) und FDP (schärfer) kritik an reagan und plädierten für unterstützung des nicaraguensischen "reformexperiments". materiell fand das seinen niederschlag in einem anstieg der entwicklungshilfe. dazu ist wichtig, die verquickung von entwicklungs- und außenpolitik nicht zu vergessen: "grundbedürfnisorientierung, bereitschaft zu sozialen reformen, menschenrechte". die finanz-

hilfe an nicaragua hat das ziel der stärkung der blockfreiheit. komplementär dazu wurde die el salvador hilfe gestrichen - die "durch staatliche zwangsmaßnahmen erzwungene stabilisierung" galt als nicht förderungswürdig. insgesamt schien der BRD - entwicklungs/außenpolitik duch das US - interesse an der region grenzen gesetzt.

den anstoß zu intensiveren kontakten gab genscher 83: der plan einer europäisch - mittelameikanischen außenminister - konferenz war da. die contadora staaten stimmten sofort zu. monge (costa rica) und duarte waren von genscher gebeten worden, für das unternehmen zu werben. 84 sprachen sich auch kreisky, brandt und gonzales (SI) für größere europäische autonomie aus. die USA wurden nicht um teilnahme gebeten und nicht als beobachter eingeladen. die vorbereitungstreffen hatten sich um ökonomische fragestellungen konzentriert. die feststellung, daß die ökonomische situation sich "nur durch frieden in der region" verbessern könne, gab dem unternehmen einen explizit poli-

# EG - ZENTRAL AMERIKA POLITIK II.



tischen charakter. diesbezügliche bedenken und widerstände GB's und anderen ländern waren inzwischen ausgeräumt worden.
basisthese der EG wurde, daß die zentralamerikanische krise in erster linie den strukturellen ungleichgewichten zuzuschreiben ist; oligarchien und militärdiktaturen seien zum untergang verurteilt, deshalb müsse ökonomische und diplomatisch-politische unterstützung die stabilität langfristig verbürgen.

als resultat läßt sich kurz zusammenfassen, daß die USA die "probleme" unter sicherheitsaspekten sehen und von daher den demokratisierungsprozeß für "gefährlich" halten, während die europäischen interessen im gegenteil ein ÜBERLEBEN der "demokratishen experimente" fordern. in konservativen kreisen der herrschenden blöcke wird natürlich verständnis für den reagan kurs aufgebracht, jedoch eine kriegerische lösung abgelehnt. bemerkt wird, daß weniger die "ereignisse in mittelamerika selbst, als die art und weise des REAGIERENS der USA für die europäische politik von bedeutung" sei ... .

wir wollen jetzt versuchen, den inhalt des oben geschriebenen zu fassen, bzw. einen bestimmten teil davon, d.h. den plan des internationalen kapitals unter dem aspekt des verhältnisses USA - EG. wir denken, daß das/ein hauptkennzeichen dieses verhältnisses in dem "projekt demokratie" zum ausdruck kommt:
die alleinige fixierung auf den US-imperialismus begreifen wir als falsch, bzw. als verharmlosung des imperialistischen systems insgesamt; sei es dadurch, daß nur bestimmte seiner formen oder mittel (z.b. das militärische) bekämpft weden, sei es, daß dem die einschätzung, der "imperialismus ist praktisch am ende" zugrundeliegt (folge dieser einschätzung ist z.b. der triumphalismus und fehleinschätzung der eigenen kräfte ...). das "praktisch am ende sein" oder "... nichts anderes mehr haben ..." trifft unserer meinung nach nicht zu. das wäre so, wenn imperialismus als US-imperialismus begriffen wird, wenn von einem "gesamtsystem" unter US-hegemonie ausgegangen wird. wir gehen von einer nicht aufhebbaren innerimperialistischen konkurrenz mit sich verschiebenden machtverhältnissen und kräfteformationen aus; konkret davon, daß die konkurrenz und die widersprüche zwischen WE und USA im maße der formierung WE's zugenommen haben, die ihrerseits in dem maße zustandegekommen sind, wie die stärksten kapitale innerhalb der EG die dominanz errungen haben und daß interessenvertreter dieses stärksten kapitalblocks vor allem die Regierung der BRD ist. wir denken das aufgrund der arbeit und diskussionen insgesamt und kommen gleich zurück zu einem ausdruck der EG - weltmachtpolitik - zu ihrer politischen strategie in zentralamerika. /13
kennzeichnend für die EG - macht ist der einsatz eines breiten instrumentariums an mitteln, was den USA nicht zur verfügung steht (ein weiterer gesichtspunkt, weshalb sie sich auf ihre verbliebene macht - die militärische - festlegen müssen. nebenbei, alle militärbündnisse der USA wie cento, anzus, seato ... sind auseinandergefallen, außer der NATO. die EG - politik zeichnet aus, daß sie sich den jeweiligen, spezifischen situationen und kräfteverhältnissen anpaßt, so ist ihre politik in afrika andes als in zentralamerika gestaltet, in asien anders als im nahen osten.

global gesehen entspricht ihrer weltweiten strategie der regionalisierung der konflikte das ziel, sich der unterordnung unter den OST - WEST - KONFLIKT zu entziehen; d.h. dem einsatz anderer nämlich ihrer - machtmittel ein qualitativ anderes gewicht zu geben und so die machthierarchie global zu verändern.

auch in bezug auf lateinamerika wird das

deutlich. die konflikte und politische instabilität in zentralamerika wird als FOLGE DES SCHEITERNS DER US POLITIK; des US ENTWICKLUNGSSTILS begriffen. die furcht "der" europäer beruht auf der einschätzung, daß die krise in der region nur vorbote weitreichender umbrüche auch in mexico und südamerika ist. die strategie der EG wurde aufgrund der wachsenden einsicht in die begrenzte fähigkeit der USA zur konfliktsteuerung entwickelt.

was heißt: demokratisierungsstrategie als mittel der revolutionsbekämpfung/verhinderung konkret?
dieser strategie geht die anlyse voraus, daß der "aufstieg kleiner guerilla-verbände zu massenbewegungen erst begann, als sich die etablierten sozialreformistischen oppositionen als unfähig erwiesen, eine friedliche ablösung der autoritären regime zu erreichen" und dieses scheitern der "demokratischen und sozialreformistischen alternative" wird der konfrontationspolitik der USA zugeschrieben. die EG-politik der demokratisierung zielt also direkt gegen die us-hegemonie in deren "hinterhof", denn es wird nicht nur angenommen, daß der demokratie/reformweg revolutionen erfolgreich verhindern und bekämpfen kann, sondern auch, daß so den erahnten umbrüchen in ganz zentral- und lateinamerika **zuvorzukommen** ist.
bedingung dafür ist, daß das "wichtigste hindernis" für eine politische "lösung des internationalisierten bürgerkriegs": die festlegung der us-administration auf eine niederwerfung der revolutionären bewegungen, **beseitigt** werden kann.
solche formulierungen sollen den blick von einer militärisch konzipierten strategie ablenken, weil sie ihre funktion für das imp expansionsstreben nicht mehr ausreichend erfüllt und weil das im imp konkurrenzkampf zuungunsten der USA auszunutzen ist. die pol-öko offensive, für die die EG-politik steht, will sich verkaufen, indem bei der basis angesetzt wird. dh, es werden systematisch und exemplarische "trägergruppen" gefördert: kleine landwirtschaftliche familienunternehmen, zusammenschlüsse landloser oder fast landloser campesinos, kleine bis mittlere industrieunternehmen, lokale regierungen und verwaltungen. gestärkt soll die fähigkeit, mit "bausteinen der demokratie wie partizipation, konsens, konkurrenz und kooperatioin umzugehen".
die akzentverschiebung ist, daß in einer situation, wo die rechten und militärischen kräfte nicht zu kontrollieren sind und die befürchtung bei den imperialisten aufkommt, daß auch der sozialreformistische sektor sich immer mehr vom regime löst (und wie zb in el salvador), sich mit der guerilla verbündet und dieser prozeß ab einem bestimmten punkt nicht mehr umkehrbar ist. das projekt demokratie vorfolgt das ziel, durch eine glaubwürdige schwächung der militärischen kräfte, die christ und sozialdemokratische politik zu stärken. nicht nur, weil sie in dieser politik selbst eine langfristigere stabilität sehen; unmittelbares ziel ist, die immer stärkere hinwendung verschiedener bevölkerungsschichten zur guerilla und zu rev politik zu verhindern. **inhalt der demokratie ist spaltung** selbst bestehende zusammenschlüsse, wie zb FDR - FMLN hoffen sie so rückgängig machen zu können.
die demokratisierungs-strategie ist eine andere imp methode zur sicherung der expansionsfähigkeit. wir finden es falsch, diese EG-poltik dadurch zu kennzeichnen, daß mensch sagt, daß "die europäer überall da einspringen, wo die USA nichts mehr erreichen", denn das läßt die innerimp konkurrenz außer acht und setzt statt dessen eine solidargemeinschaft von imperialisten voraus, die wesen und entwickling des kapitalismus negiert.
die alleinige fixierung auf die USA und das verständnis von westeuropa als deren satelliten ist so teil davon, den we-imp objektiv zu stützen und -gegenüber den USA- als das kleinere übel zu verteidigen. wird nicht als das begriffen, was es ist: ein imperialistisches zentrum.

# SODENGEL VERTEIDIGEN!

DURCH INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN, AUTONOMEN ZENTREN UND BEFREITEN GEBIETEN

KEINE RÄUMUNG - WEG MIT DEM ULTIMATUM

SPRENGEL IN SELBSTVERWALTUNG

GEGEN DIE MONOPOLISIERUNG DER MACHT UND DES KAPITALS

ENTSCHEIDUNGS- UND PLANUNGS VERFAHREN, WELCHES DIE BETROFFENEN SELBSTBESTIMMEN

GEGEN EIN EUROPA DER BONZEN UND BULLEN

NUTZUNGSVERTRAG FÜR DAS GANZE SPRENGELGELÄNDE

FÜR EIN EUROPA DER REVOLUTION

SELBSTORGANISIERUNG VON UNTEN GEGEN SANIERUNG UND SOZIALPLANUNG DER HERRSCHENDEN

## Demo:

## Sa. 25.6. 12 Uhr Sprengel PARKPLATZ

HANNOVER

## DAS ULTIMATUM

Mitte Juni ist das Sprengelgelände 1 Jahr besetzt. Im März hat der Verwaltungsausschuß als das letzte Entscheidungsgremium das Konzept der SPD für das Gelände beschlossen: Erhalt von 2 der 7 Gebäude, Ermöglichen eines Projektes "alternatives Arbeiten und Wohnen" im ehemaligen Fabrikationsgebäude, schnellstmöglicher Bau einer Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt im ehemaligen Turnhallengebäude, "Schaffung zusammenhängender Freiflächen" (Möglicherweise für Neubauten planieren?) Damit soll das Gelände als ein Zusammenhang von Freiflächen umschließenden Gebäuden zerstückelt werden. Das ziehlt natürlich auf den sozialen Zusammenhang, der sich unter Menschen und Projekten mit Unterschiedlichen Vorstellungen entwickelt hat und weiterentwickelt. Die Stadtverwaltung versucht mit ihrem "Angebot", ein einziges Gebäude für ein unklar definiertes Projekt zur Verfügung zu stellen, die Besetzer und die sich formulierenden Nutzungsinteressenten (aus dem "alternativen" Spektrum) an verschiedenen Linien zu spalten. Einmal mit der Ankündigung für einen Teil der Besetzer Einzelnutzungsverträge abzuschließen, um "Kompromißbereite" gegen "radikale" Besetzer auszuspielen. Dann mit dem Versuch, einzelne Projekte durch Raumangebote außerhalb des Geländes aus dem Gesamtzusammenhang herauszulösen.

## SANIERUNG

Am 9.6. hat es nach längerer Pause wieder einen neuen Verhandlungstermin, diesmal gemäß unserer Forderung direkt mit der Verwaltungsspitze, gegeben. In diesem Gespräch, was im übrigen ohne Einigung abgebrochen wurde, stellten sie uns ein Ultimatum: innerhalb einer Frist von 4 Wochen (bis zum nächsten Verhandlungstermin) sollen wir uns auf ihre Kernforderung, die langfristige Zurückdrängung in das ehemalige Fabrikgebäude einlassen. Verhandlungsmasse ist dann nur noch ein evtl. Übergangswohnrecht (Während des Umbaus des Fabrikgebäudes) in 1 oder 2 anderen Häusern. Weiterhin weigerten sich die verhandelnden Bonzen einem "Katalog vertrauesbildender Maßnahmen) zuzustimmen, der eine Garantie, daß für die Dauer der Verhandlungen, mind. aber 3 Monate nicht geräumt wird und im Gegenzug eine Zusicherung, keine weiteren Barrikaden zu errichten, enthält. Im Gegenteil Oberstadtdirektor Lehmann-Grube (LG) behält sich auch für diese 4-Wochen-Frist die Möglichkeit einer Räumung vor, indem er sich Vollmachten für die sofort danach vorgesehenen Abrisse ausstellen läßt. In den 4 Wochen gedenkt Lehmann-Grube in "Kontakt zu bleiben", um unsere Bereitschaft, Kapitulationsschritte zu machen, auszuchecken.

## SOZIALPLANUG

Termin soll der 25.6. sein, an dem gleichzeitig der EG-Gipfel läuft. Ausschlaggebend für die Wahl des Zeitpunktes ist dabei eher der verschärfte Räumungsdruck und der Zwang so schnell wie möglich eine Mobilisierung zu erreichen, als eine Ausführliche beschäftigung mit dem EG-Gipfel unsercrseits.

Diese einzige Demo während des EG-Gipfels könnte ein Ansatz sein, an dem der Kampf um Freiräume sozialer Selbstverwaltung und der Widerstand gegen die westeuropäische Zentralisierung und Vereinheitlichung imperialistischer Herrschafts-und Ausbeutungs strategien einen gemeinsamen Ausdruck findet.

Zu diesem Zeitpunkt eine Demo zu machen bedeutet aber auch eine Schärfe der Konfrontation, in der noch ungewiß ist, inwieweit sie eine Demo überhaupt zulassen. Auch dann wenn eine Demo direkt in die Innenstadt unmöglich gemacht wird: Auf jeden Fall werden wir sie durchführen, um duetlich zu machen, daß wir im Fall einer Räumung nicht allein sein werden und die politischen Kosten für die Stadt in die Höhe treiben werden.

## WIDERSTAND

In dieser Auseinandersetzung geht es nicht nur um den Erhalt von Gebäuden. Wir wollen mit vielen Leuten, unterschiedlich kulturell/politischen Gruppen auf der Grundlage von Selbstverwaltung zusammen kommen: Um nicht länger nur Objekt staatlicher Sanierungs-und Sozialpolitik zu sein, sich im stattdessen im Widerstand dagegen zu organisieren. Ein Sozialplaner der SPD machte auf einer Bezirksratssitzung unter Bullenschutz klar: Auf dem Gelände bestehe eine "Konzentration sozialer Problem und Randgruppen", die im Interesse des sozialen Friedens im Stadtteil aufgelöst und verteilt werden müsse. Diese Aussage ist exemplarisch für Sanierungsziele in der Nordstadt und überall dort wo Teile der unteren zozialen "Schichten" zugunsten einer sozial stärker durchmischten und im Schnitt kaufkräftigeren Wohnbevölkerung verdrängt werden sollen.

Auf diese Weise sollen -neben der ökonomischen Aufwertung des Stadtteils- potentielle Unruheherde zersplittert und isoliert werden.

## UNSERE FORDERUNGEN ERKÄMPFEN

Sprengel in Selbstverwaltung mit einem Planungs und Entscheidungsverfahren in dem die Betroffenen (die auf dem Gelände sind oder hier was machen wollen oder die direkten Anwohner) unmittelbar selbst bestimmen, was auf dem Gelände passiert.

Mindestens für die Dauer dieses Verfahrens einen Gesamtnutzungsvertrag

Offensichtlich will sich die Stadt nicht freiwillig darauf einlassen. Es geht uns deshalb jetzt darum mit möglichst vielen Menschen zusammen diese Forderungen durchzusetzen. Als einen Schritt in diesem Prozess wollen wir eine starke Demo machen, die ausdrückt, daß viele unsere Vorstellungen von Selbstvewaltung und die Forderungen unterstützen.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in den letzten Jahren bundesweit etwa um die Hälfte gestiegen. Immer mehr Menschen werden auf diese, in der BRD unterste Einkommensstufe herabgedrückt. Natürlich bedeutet eine Zunahme von Armut nicht automatisch ein Anwachsen von Widerstand, oder gar organisiertem Widerstand, doch ist dies eine Möglichkeit auf die sich der Staatsapparat auf allen Ebenen seiner Planungs-, Kontroll- und Repressionsinstanzen vorbereitet. Dazu gehört auch Ansammlungen von gesellschaftlich an den Rand gedrängten, verarmten und jeder ökonomischen Perspektive beraubten "Schichten" präventiv unter Kontrolle zu bringen, bevor es zu Entladungen wie etwa 1. Mai. 87 in Kreuzberg kommt.

Hier in der Nordstadt gehen sie mit ihrem integrativen und behutsamen Sanierungskonzept (Bürgerbeteiligung u. verhältnissmäßig großzügige Angebote an die Alternativscene) auch an die spezifische Bevölterungsstruktur ein. Diese ist gekennzeichnet durch Studenten und und alternativ orientierten mittelschichten. (30% Grühnwähler). Das Sprengelgelände als erstes großes Projekt der Nordstadt-Sanierung ist der Punkt, an dem die Farce einer von oben aufgesetzten "Bürgerbeteiligung" für ein breites Spektrum entlarvt wurde: Der Bürger darf sich die Pläne der Stadt anhören, Fragen stellen, die Verwaltung entscheidet. In der Auseinandersetzung mit dieser Reihe von Propagandaveranstaltungen hat sich für viele Menschen und Gruppen aus der eher alternativen Scene herausgestellt, daß es für sie zu unserer Vorstellung von Selbstverwaltung und Planung von unten mehr Berührungspunkte gibt, als zu einer von oben aufgesetzten "Bürgerbeteiligung" der bedingungslosen Zustimmung. Auch mit diesen Gruppen wollen wir eine Bündnisslinie nicht nur für den Erhalt von Gebäuden, sondern auch Ansätze von Selbstverwaltung weiterentwickeln.

# SPRENGEL

„Sprengel-Gelände muß geräumt werden"

**Sprengel-Gelände bald Hannovers Hafenstraße?**

**Nachts brennen Feuer**

**„Randale" auf dem Sprengelgelände**

Gewalt gehe jedo... aus, seit Zus... Jugendzen... zern d... ...ungen. Polizeibeamte wagt... das Gelände zu betreten ... Flucht vor Prügeln retten können. Der Versuch zum Dialog, so beric... SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ilse Lau... unergiebig geblieben.

Fraktionsvize Ursula Koch-Laug... „Wenn dort monatelang jede Nacht Randale ist, dann liegen harte Reaktionen auf der Hand. Das ist Sache der Leute dort." Auch Reinhardt ist nicht für einen Räumeinsatz der Polizei: „Das kann derzeit keine politische Forderung sein, sondern höchstens eine Sachentscheidung der Verwaltung."

**Räumen? Das sagt die Polizei**

**Viele Nordstädter haben Angst**

In den auflagenstarken Wochenendausgaben von HAZ, NP und BILD erschienen diese Berichte zum Sprengel-Gelände.
Die hannoversche SPD zeigt durch einheitliches Erscheinungsdatum und inhaltliche Übereinstimmung der Artikel ihren Einfluß auf den gesamten bürgerlichen hannoverschen Zeitungsmarkt. Die Auszüge verdeutlichen, worum es den Drahtziehern dieser "Berichte" geht:

*Im Sprengel würde ein politischer Unruheherd - "Hannovers Hafenstraße" (Bild) - entstehen. Kein Wunder, schließlich seien "Professionelle Besetzer" (HAZ), "Eindringlinge" (Bild) und "Punker aus der Kornstrasse" (NP) am Werk.*

Wer sind wir? - Größtenteils Lebenskünstler, Auszubildende, Studenten, Schüler und Arbeitslose. Viele kommen aus der Nordstadt, einige waren auf Wohnungssuche, alle waren unzufrieden mit der Wohnsituation in dieser Stadt.
ZUR HAFENSTRASSE STEHEN WIR SOLIDARISCH
Was sind "professionelle Besetzer" und wieviel Geld verdient man bei diesem Job?

## ANTIFA-DEMO 26.2.

Am letzten Freitag versuchten ca 8 Faschisten einen Ansc hlag auf das Sprengelgelände durchzuführen, dabei wurde einer von uns lebensgefährlich verletzt. Er bekam zuerst einen großen Stein an den Kopf und als er kniete, wurde ihm von hinten ein Messer in den Rücken gerammt. Wäre der Krankenwagen etwas später erschienen, wäre jede Hilfe für Kai-Uwe zu spät gewesen. Die Nazis nehmen ohne zu zögern auch Tote in Kauf.

Wir glauben zwar nicht, daß die Stadtverwaltung an Toten interessiert ist, jedoch liegt Unruhe um das Sprengel-Gelände durchaus in ihrem Interesse. Denn derartige Vorfälle bedeuten auch Angst und Einschüchterung der Nachbarn. Sie bieten Rechtfertigung dafür, daß sich die anwohner durch die Anwesenheit der Besetzer bedroht und belästigt fühlen. Damit ist eine größere Legitimatin für ein Räum ung gegeben.

Aber trotzdem - wir bleiben hier!

Seit sechs Monaten wohnen und arbeiten wir auf dem Sprengel-Gelände. Was als Treffpunkt und Sommerresidenz von Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen begann, ist für ca. 70 Leute zu ihrem festen Wohn- und Lebensraum geworden. Alle der 7 Gebäude werden bewohnt oder anderweitig benutzt. Nach den Vorstellungen der SPD und der von ihr dominierten Stadtverwlatung sollen 5 der 7 Gebäude abgerissen werden. Deshalb machte sie uns folgenden Vorschlag: wir sollen uns aus 6 der Häuser zurückziehen und bekommen einen Nutzungsvertrag für das ehemalige Fabrik- und Produktionsgebäude. In diesem Gebäude sollen dann außerdem ein alternativer Gewerbehof in das Erdgeschoß und in den Keller einziehen. Mit der Annahme dieses Vorschlags wäre von unseren Vorstellungen eines großen selbstverwalteten Lebenszusammenhanges ein paar WGs in 2 - 3 Etagen übriggeblieben. Wir wollen weiterhin durch die Besetzung des gesamten Gelänbdes anderen Menschen die Möglichkeit geben, Räume und Freiflächen zu nutzen. Denn ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzeptes ist, daß sich die sich entwickelnden Strukturen auf eine größere Anzahl von Personen und Projekten ausweiten lassen. Mit der Aufgabe der anderen Häuser hätten wir unseren Anspruch "Sprengel für alle" verworfen und eine alternative Nische bekommen. Wir sollen mit diesem Angebot "befriedet" und ruhiggestellt werden.

Immer dort, wo Menschen sich selbstbestimmte Lebenbsstrukturen aufbauen wollen, versucht das System, diese im Keim zu ersticken.

1981 wurde Sprengel sofort geräumt - heute haben sie bisher sogar auf Provokationen von Seiten der Bullen verzichtet. Sie wollten Zeit gewinnen. Sie haben auf Spaltung unter uns gesetzt und sie hofften auf die Isolierung von den Nordstädtern. Jede Solidarisierung mit uns sollte durch die Hetze verhindert werden. Sie behaupten, wir verträten nur unsere Privatinteressen. Dies wäre der Fall gewesen, wenn wir auf ihr Angebot eingegangen wären. Mit unserem Vorschlag der Bürgerbeteiligung von Nordstädtern, vornehmlich Blockrandbewohnern, haben wir deutlich gemacht, daß die Entscheidung von den Betroffenen selbst gefällt werden sollen.

Die Ziele der Sanerunbgspolitik stehen im Widerspruch zu der Entwicklung selbstbestimmter Lebensformen. Die Sanierungspolitik steht im Interesse des Staates, der die Funktion hat, den verschiedenen Kapitalinteressen größtmögliche Profite zu gewährleisten. In der Nordstadt werden durch Verteuerung der Mieten und Abriß billigen Wohnraumes ärmere Schichten durch kaufkräftigere verdrängt. Es wird durch gezielten Abriß und Neubau bestimmt, wer wie und wo wohnt. Ganze Bevölkerungsteile werden in bestimmten Gegenden angesiedelt oder auseinandergerissen. Um diese Politik voranzutreiben, hat sich die Interessengemeinschaft Nordstadt gegründet, in der nur Mitglied werden darf, der einen eigenen Betrieb hat. Die allerdings trotzdem nach außen vorgeben, Vertreter aller Nordstädter Bürger zu sein.

soziale Unruhen sollen im Vorfeld unmöglich gemacht werden, indem Randgruppen auf viele stadtteile verteilt werden. Die Verhinderung von eigenständigen Strukturen im Stadtteil ist teil präventiver Aufstandsbekämpfung.

Bei derbeschlußgebundnen Sitzung der Sanierungskommission hat sichgezeigt, daß die große Mehrheit der anwesenden Besucher gegen die Abrißpläne der SPD ist. Denn bei der Abstimmung aller Anwesenden meldete sich nur einer für Abriß. Dannach hinderten wir die SK daran, ihren Beschluß über Abriß zu fassen, indem wir dafür sorgten, daß nicht die nötige Friedhofsruhe da war. Die Sitzung wurde auf den nächsten Tag ins Rathaus vertagt und dort unter Bullenschutz durchgeführt. Der Beschluß nur zwei Häuser erhalten zu wollen wurde gefällt. Auch das nächste höhere Gremium folgte diesem Beschluß. Wir konnten allerdings erreichen, daß die Zivilbulölen den Raum verlassen mußten.

Am 10.3. wird der Verwaltungsausschuß die Abrißpläne endgültig absegnen. danach ist die Räumung jederzeit möglich. Wir haben beschlossen, uns nicht freiwillig aus unseren Häusern vertreiben zu lassen. Wir sind auf Unterstützung angewiesen. Deshalb werden wir Konzerte und Veranstaltungen machen und dabei andere Nutzungsmöglichkeiten dsiskutieren.

SPRENGEL BLEIBT

FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

GEGEN RÄUMUNG

# Rhein-Main INFO 3

Mai '88

Bestelladresse für das INFO 3:

Info
c/o Nicaragua-Komittee
3. Welt-Haus
Frießengasse 13
6000 Frankfurt 90

Info-Knete auf das Konto
- Ralf Stutzke -
Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 500 502 01
Kto-Nr: 307028 755

Einzahlungen unbedingt kennzeichnen mit dem Kennwort 'info'.
Bei Bestellung von weniger als zehn Exemplaren kann auch mit gängigen Briefmarken bezahlt werden.
Auf Grund unserer schlechten Erfahrungen werden Infos nur noch gegen Vorkasse versandt

3 DM

- Radio Preungesheim mit sieben Beiträgen.
- Bastelecke
- Post aus'm Knast
- Eine Antwort drauf
- Kurzinfos über Frank
- Interview mit Andreas Semisch
- Solidarität und Moral
- Über den Umgang mit Verätern, ein Menue mit acht Gängen.
- Versuch einer endgültigen Verabschiedung
- Ein Comic

## ANSÄTZE zum ... von ... jwf-frauengruppe berlin

INHALT


Vorwort .....2

IWF und Weltbank - zwei wichtige Instrumente der kapitalistischen Weltwirtschaft .....4

Auf dem Weg zur "Globalen Fabrik" Umstrukturierung in der Metropole.....10

Zur Probe und umtauschbar - Sexismus und Sextourismus am Beispiel Tailand.....16

Frauen auf der Flucht - Kein Ort... .....25

Frauen als Trägerinnen der Entwicklung - Sticken, stricken und kochen gegen die Armut ...37

Auslese und Ausmerze - Geschichte der Bevölkerungspolitik in der BRD.....44

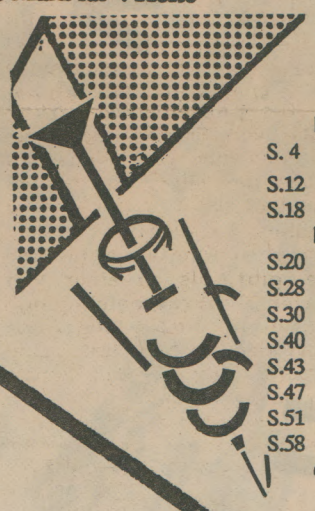
Gen-, Bio- und Reproduktionstechnologie! Die Gier nach dem Profit oder die Herren aller Länder sind schon vereinigt.....46

Nachwort .....55

Kalender .....57


Kontaktadresse und Bestellungen:
Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61, Tel. 692 87 79
Gruppen- und Einzelbestellungen nur bei Vorauszahlung von 6 DM
Postgirokonto BlnW 290891 - 103, M. Junk

**Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich, Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109**
**1 Heft 3,30 DM (inkl. Porto)**
**Abo: 10 Mark für 4 Hefte**



**WILDCAT NR.45**

**Bewegungsversuche...**


S. 4 ... in der Frauenfabrik...
S.12 ... im Sklavenhandel...
S.18 ...und Thesen zu einem Arbeiter-Innen-Netz
S.20 Streik der FordarbeiterInnen in GB
S.28 Frühling in Südkorea
S.30 Streik bei SNECMA in Frankreich
S.40 Die weiße Fabrik (*Forts.*)
S.43 Blut, Schweiß und Seife
S.47 Interview mit Freiburger "Sitzwachen"
S.51 Streiks im Krankenhaus / GB
S.58 Ob Anstalt oder Wissenschaft, die Psychiatrie gehört abgeschafft (*Forts.*)


## MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS NR. 1

### Zentralamerika — Mexiko
### Klassenkämpfe ohne Grenzen

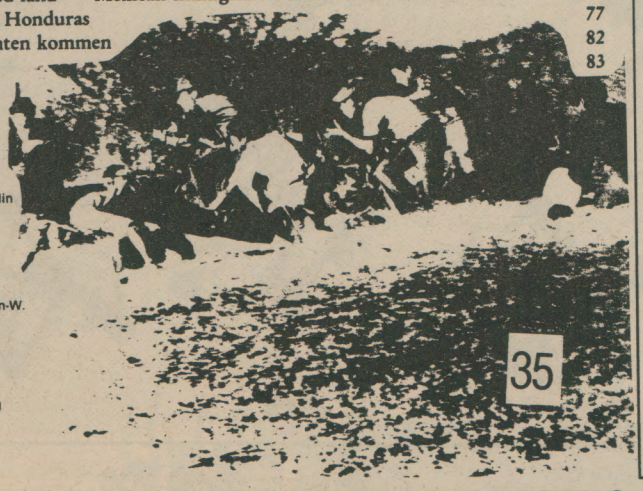
DM 9.–

Inhalt


Editorial 2
Einleitung zum Thema 11
Gescheiterte Befriedung: Geschichte eines zu Fall gebrachten Entwicklungsmodells 12
Verwertbare Zwischenlösung: Der Konflikt geringer Intensität — Krieg gegen die Bevölkerung 22
Grenzüberschreitung: Trikontinentale Kämpfe in der Metropole 27
Selbstbestimmung und Verwertung: Schlaglichter auf Kämpfe mit doppeltem Charakter 37

Dokumente

Chronologie der US-Interventionen in Zentralamerika und der Karibik 58
Die neue amerikanische Interventionsdoktrin — "Low-Intensity-Conflict" 59
Report of the National Biparisan Commission on Central America — (Kissinger-Report) 62
Folter gegen Menschenrechte in Chiapas 65
Weltmarktfabriken und Feminisierung der Arbeit 67
Acapulco-Fashion 70
Flüchtlingslager in Zentralamerika (Landkarte) 73
"Outlaws in the promised land" — Mexican immigrant workers and Americas future 74
Die Rücksiedlungen aus Honduras 77
Gesundheit muß von unten kommen 82
Zitierte Literatur 83


Hrsg.: Rote Straße, Göttingen
Kleine Freiheit, Gießen
Schwarze Risse, West-Berlin
im Verlag M. Junk, West-Berlin
ISBN 3-924737-05-3
Druck: Aktiv-Druck, Göttingen

Gruppen- und Einzelbestellung nur bei Vorauszahlung an:
Postgirokonto: 2908 91-103, Berlin-W.
M.Junk, Verlag Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
030/692 87 79

Buchhandel
an: AURORA-Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
030/322 71 17


35

**Im Gemeinschaftsprojekt der Buchläden:**
Keine Freiheit, Gießen
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

**Autonomie 14**
- Massenarmut und Existenzrecht
- Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion
- Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis
- Völkermord gegen soziale Revolution
- das US-imperialistische System von Bretton Woods

287 Seiten, DM 14.–

**Autonomie 10**
- Neuzusammensetzung der Unternehmerklassen in drei Kontinenten
- Die Krise der 70er Jahre
- Ölkrise, Inflation, Regie d. Multis
- Reproduktion der Armut

60 Seiten, DM 7.–

**Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus 1**
- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
- Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenauseinandersetzungen
- Ökonomie des Widerstands

(April 88)

**Materialien für einen neuen Anti-Imperialism. 2**
- Brasilien
- Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
- die „neuen" Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells

(Juni 88)

**Leben als Sabotage**
**D. Hartmann**
Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM 10.–

Die Autonomie 10 und 14 sowie die Materialien zu Migrationsbewegungen – transnationale Klassenauseinandersetzungen sind unabdingbare Lekture für die Diskussion um einen neuen Internationalismus (IWF-Kampagne!!)

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag

## Schwarze Katze

**Nr. 5**

***erscheint Mitte Juni:***

***Schwerpunkte:***

Zweiter Arbeitsmarkt:
- ABM
- Zwangsarbeit
- Zivildienst

Internationalismus:
- Berichte aus der Türkei
- Multinationale Arbeit in Hamb.

Berichte zu Knast und Prostitution

4 DM in Briefmarken an:

***Schwarze Katze***
***c/o Café & Buch***
***Holstenstraße 186***
***2000 Hamburg 50***

## ANSCHLAG

**auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf**
**Texte zu Gentechnologie, Frauenbewegung, Faschismus und Bevölkerungspolitik**

Ausgesucht von Ulla Penselin (z.Z. Untersuchungsgefängnis Hamburg) und Ingrid Strobl (z.Z. Frauenhaftanstalt München-Neudeck). Dokumentation der Ereignisse und der »anschlagsrelevanten« Themen.
Herausgeberinnen: Broschürengruppe von Hamburger Frauen mit Unterstützung von ca. 70 Gruppen, Betrieben und Organisationen.
Umfang: ca. 80 Seiten, DIN A 4, gebunden. Verkaufspreis: DM 7,— (davon gehen DM 4,— auf die Solidaritätskonten). Bestellungen an: Konkret Literatur-Verlag, Osterstr. 124, 2000 Hamburg 20, Tel.: 040/491 00 41
ISBN 3-922144-75-6

LIBERTÄRES ZENTRUM AUFGELÖST
VORLÄUFIG C/O JUGENDWERKSTATT
KRIFTELER STR. 32-34
6000 FRANKFURT 1

Verhindern
wir
den
IWF -Kongreß